

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.10 M.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Geschäftslich täglich außer Montage.

**Die Insertions-Bedingungen**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen  
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 25. Februar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Die politische Situation in Italien.

Rom, 21. Februar. (Eig. Ber.)

Die heutige Abstimmung in der Kammer bei der Wahl des Präsidenten, die eine dem Ministerium unglückliche war, und die darauf folgende Demission des Ministeriums Zanardelli-Giolitti haben wie eine Bombe eingeschlagen, obwohl die Erklärung derselben nicht schwer ist.

Drei Fragen sind es vor allem, welche den Sturz herbeigeführt haben: die sozialistische Agitation, die Streikbewegung und die Frage der Ehecheidung; die erstere mehr als die zweite, vor allem die Politik des sogenannten liberalen Kabinetts, eine Politik, die in der letzten Periode die Parteien der äußersten Linken, besonders die Sozialisten durchaus unzufrieden gemacht hatte. Wir haben gesehen, wie der Handelsminister Vaccelli im Senat der von diesem vorgenommenen Verschlechterung des Gesetzes betreffend das Arbeitsamt zustimmte. Diese Verschlechterung bestand bekanntlich darin, daß die Vertreter, welche nach dem ursprünglichen Entwurf seitens der Arbeitsskammern und der Arbeitervereinigungen in das Arbeitsamt zu delegieren waren, diesen nun abgeprochen wurden. Der Minister des Innern bedroht die Eisenbahn-Angestellten, welche den Streik beschlossen haben, falls man ihre Forderungen, die sie in ihrem Memorandum niedergelegt haben, nicht erfüllt, mit gerichtlicher Verfolgung. Diese Drohung ist ja lächerlich, aber sie zeigt, von welchem Geiste die Regierung jetzt durchdrungen ist, wie wenig sie die Koalitionsfreiheit achtet. In derselben parteiischen Weise hat die Regierung auch Stellung genommen im Casararbeiter-Streik zu Turin. Seinen Kollegen schließt sich der Minister der Posten und Telegraphen, Herr Galimberti, würdig an; den Post- und Telegraphen-Angestellten verbietet er jede Versammlung und nimmt ihnen auch die Möglichkeit, sich zu organisieren. Er ist selbst so weit gegangen, einige der Führer durch Verurteilungen zu bestrafen. Der Erfolg ist, nebenbei bemerkt, den Wünschen des Ministers durchaus nicht entsprechend, die Postbeamten haben nämlich Filippo Turati zu ihrem Präsidenten ernannt. Die und da sind noch die alten Instrumente der Reaktion, die Präfeldten und die alten Polizeibeamten verblieben, die zu beseitigen man nicht den Mut hatte, und welche ihre Gewaltpolitik und Verletzung der Gesetze ruhig in der Weise fortsetzen, wie sie es unter Pelloux gewohnt waren. Das Zwangsdomizil soll zwar aufgehoben sein, in Wirklichkeit wird es noch immer angewandt, besonders gegen die Anarchisten.

Das „positive“ Programm der Regierung, wie es durch die Thronrede bekannt geworden, enthält zwar eine populäre Forderung, nämlich das Ehecheidungsgesetz, aber in einer so schwächlichen Form, daß es beinahe wertlos wird. Auch die angekündigte Herabsetzung des Salzpreises kann nur wenig befriedigen, so lange die Ausgaben für Heer und Marine aufrecht erhalten bleiben. Salbe Maßregeln bleiben auch die Arbeitergesetze, welche die Regierung plant. Das Gesetz betreffend die Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken bleibt weit hinter den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft zurück, während das Gesetz, das den Arbeitskammern und den Arbeitervereinigungen die juristische Persönlichkeit geben will, deren Bewegungsfreiheit arg beschränken würde.

Die so geschaffene Situation veranlaßt die sozialistische Gruppe und den Parteivorstand, zu beschließen, durch eine jetzt geschlossene Opposition die Gefahr einer legalen Einschränkung der Arbeiterbewegung zu verhindern.

Die dem Ministerium Zanardelli-Giolitti gewährte Unterstützung, so heißt es in der angenehmen Erklärung, war notwendig zur Verteidigung der proletarischen Organisationen, deren Unterdrückung durch eine Regierung, welche die Gewaltpolitik Pelloux' fortgesetzt hätte, verhindert werden mußte. Aber heute, nachdem das Proletariat von der Freiheit profitiert und sich eine Organisation von starker Widerstandskraft geschaffen hat, muß sich die Partei der Politik des Kabinetts Zanardelli widerlegen als einer Politik, die nicht weniger gefährlich ist als jene Gewaltpolitik. Aus diesen Gesichtspunkten heraus haben die Sozialisten heute in der Kammer gegen den ministeriellen Kandidaten gestimmt und ihre Stimmen auf den Dozenten des Socialismus, Andrea Costa, vereinigt.

Die konstitutionelle Opposition setzt sich zusammen aus Anhängern von Lacara, dem Centrum, welches Sonnino zu seinem Chef hat, und dem rechten Flügel, welcher Rudini folgt. Außer der Unstimmigkeit nach Macht, welche bei derartigen Leuten immer vorhanden ist, hat diese Opposition das Ministerium namentlich aus folgenden Motiven bekämpft: aus Furcht vor der Streikbewegung, die überall in Italien herrscht — eine ganz natürliche Erscheinung, die in den Perioden der wirtschaftlichen Wiedergeburt in allen Ländern sich zeigt — aus Furcht vor der sozialistischen Propaganda, die überall große Fortschritte macht, aus der Erwägung heraus, daß die Herabsetzung des Salzpreises um 10 Cts. das Budget erschütterten könnte, und in letzter Linie wegen des Ehecheidungsgesetzes, welches, trotzdem es nur eine halbe Maßregel darstellt, die größte Opposition des Vatikans und der — Frauen hervorgerufen hat. Viele Deputierte fürchten deswegen die Opposition ihrer Wähler, welche, was namentlich für den römischen Süden gilt, Petitionen gegen das Ehecheidungsgesetz unterzeichnet haben.

Das Weisheit der Kapitalisten, die sich durch die Forderungen in ihrem Profite bedroht fühlen, und der Ruf der Frauen sind nicht ohne Einfluß auf eine große Zahl der Deputierten geblieben, welche ihr Votum gegen das Diktum politische Freiheit und Antikerikalismus des Ministeriums Zanardelli abgegeben haben. Unter dem Schutze der geheimen Abstimmung (das ist die bei ihnen übliche Art des Kampfes) haben sie welche Zettel in die Urne gelegt und so mit den Sozialisten, welche in lokaler Weise ihrer Politik

gefolgt sind, den Sturz des Ministeriums herbeigeführt. Mit den Stimmen der äußersten Linken und der Sozialisten hätte der ministerielle Kandidat gestiegt.

Aber das Ministerium hat nur allein sich selbst die Schuld zugeschrieben. An die Macht gelangt nach einem erbitterten Kampfe der äußersten Linken für die Vereins- und Versammlungsfreiheit, hat es nicht den Mut gehabt, sich offen und ehrlich auf die Linke zu stützen; es hat auch unterlassen, seiner Zeit an das Land zu appellieren und sich durch eine Neuwahl eine solide Majorität der Linken zu schaffen. Im Gegenteil, es hat versucht, sich auf die verschiedensten Oppositionsgruppen zu stützen. Und das Kabinett selbst enthielt Elemente in sich, die nach den ersten geringfügigen Reformen ihre Demission gaben, wie z. B. noch kürzlich der Minister Giuffo, der das Ehecheidungsgesetz nicht mit vertreten wollte. Die eigne Schwäche, sein Mangel an Aufrichtigkeit hat den Sturz des Kabinetts herbeigeführt.

Was wird nun geschehen? Man spricht von Neuwahlen. Es ist besser, das Wort dem Telegraphen zu überlassen. Was immer auch geschehen möge, die Arbeiterschaft ist bereit, den Kampf für die politischen Freiheiten aufzunehmen.

Nach Meldungen der Blätter wird der König die Demission des Kabinetts nicht annehmen. Das Kabinett soll nach Prüfung der politischen und parlamentarischen Lage beschloffen haben, demnächst nach der Ernennung eines neuen Arbeitsministers in der Kammer vollständig zu erscheinen und eine namentliche Abstimmung über die Richtung der Regierungspolitik herbeizuführen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Februar.

#### Der Reichstag

hielt am Montag nur eine kurze Sitzung ab, von der nicht recht anzusehen war, weshalb sie überhaupt anberaumt worden war, denn das Thema, das zur Verhandlung stand, hätte ganz gut bis zum nächsten Donnerstag verschoben werden können. Bei Beginn der Verhandlung waren genau fünf Abgeordnete im Saal anwesend, deren Zahl im Laufe der Sitzung auf etwa dreißig stieg. Diese dreißig sonderten sich in drei kleine Häuflein, von denen das kleinste auf der Rechten, das größte auf der Linken saß.

Vorgenommen wurde die zweite Lesung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern. Der Etat der Zölle umfaßt die Getreidezölle und bringt etwa 500 Millionen ein. Er wurde zunächst der Budgetkommission überwiesen.

Der Etat der Verbrauchssteuern setzt sich zusammen aus der Tabak-, Zucker-, der Salz-, der Branntwein- und der Brausteuern und der Verbrauchsabgabe für Branntwein. Der Gesamtertrag der Zölle und Verbrauchssteuern ist auf 807 Millionen, um 3 Millionen geringer als im Vorjahr, veranschlagt.

Nur bei der Tabaksteuer setzte eine Debatte ein. Der Bündler Köfcke konnte seine Sehnsucht nach höheren Tabakzöllen nicht zurückdrängen. Gegenwärtig werden 85 M. Zoll für ausländischen und 45 M. Steuer für einheimischen Tabak für den Doppelcentner erhoben. Diese Spannung ist Herrn Köfcke zu gering. Er will dem deutschen Tabakbau dadurch zu Hilfe kommen, daß die Einfuhr ausländischen Tabaks möglichst erschwert wird. Mit nationaler Begeisterung trat er für die Vorzüglichkeit des Pfälzer und Obhauer Gewächses ein. Hörte man ihn, so müßte man glauben, daß in den deutschen Schlössern die schweren Importen ganz unbekannt sind und daß der richtige Junker sich nur dann zufrieden fühlt, wenn er eine einheimische Stinkader genieszen kann.

Unser Genosse Mollenbuhr trat dem Redner scharf entgegen. Er wies ihm nach, daß er keine Ahnung von den Verhältnissen in der Tabakindustrie habe und erinnerte an die schweren Schädigungen, die die Erhöhung des Tabakzolles für die Tabakarbeiter mit sich gebracht habe. Daß er in einer kleinen Nebenbemerkung des Tabakbauers Hehl zu Herrnsheim gedachte, nahm ihm der Präsident so übel, daß er das Eingehen auf persönliche Verhältnisse der Abgeordneten ausdrücklich rügte.

Der Schatzsekretär Herr v. Thielmann bestritt den ständigen Rückgang des deutschen Tabakbaues und suchte die Vorzüge der gegenwärtig bestehenden Gewichtsteuer gegenüber der Wert- und Flächensteuer hervorzuheben. — Die weitere Debatte bestand in Auseinandersetzungen zwischen den Abgeordneten Hehl zu Herrnsheim und Köfcke mit unfrem Genossen Mollenbuhr.

Die nächste Sitzung wurde auf Donnerstag vertagt, um der Budget- und Zolltarif-Kommission das Feld während zweier Tage zu überlassen. Die Budgetkommission hat außer dem ihnen heute überwiesenen Titel der Zölle nur noch den Etat der Eisenbahnen zu beraten.

Der Reichstag wird sich am Donnerstag mit Wahlprüfungen und Petitionen zu beschäftigen haben.

#### Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Montag die Generaldebatte zum Etat des Ministeriums des Innern fort. Noch einmal wurden alle die Fragen, über die sich das Haus an den beiden letzten Tagen unterhalten hatte, nach den ver-

schiedensten Seiten berührt, aber viel neues kam dabei nicht mehr zu Tage.

Die Sitzung begann mit einigen heiteren Momenten. Zunächst stotterte der Regierungsrat v. Falkenhayn, der am Sonnabend der Berliner Stadtverordneten-Versammlung den Vortwurf gemacht hatte, daß sie Kauffmann nur aus Laune wiedergewählt habe, einige Worte der Entschuldigung hervor. Man merkte es seinen endlos verschlungenen Sätzen an, daß er nur widerwillig, vermutlich auf Befehl seines Chefs, sprach. Der Chef selbst, der Minister v. Hammerstein, beteiligte sich nur noch sehr wenig an der Debatte, aber das wenige, was er sagte, genügte ihm, sich aufs neue der Unsterblichkeit zu sichern. Er erklärte, daß er inzwischen über die Handhabung des Vereinsgesetzes bei der Bundesversammlung im Circus Busch Erkundigungen eingezogen und erfahren habe, daß allerdings Frauen an der Generalversammlung teilgenommen haben. Aber der Polizeipräsident habe von einer Auflösung Abstand genommen, weil die Frauen nicht selbst in die Verhandlungen eingegriffen, sondern nur zugehört hätten. Ein neuer Beweis dafür, wie der Grundtag des zweierlei Rechts in Preußen immer weitere Fortschritte macht! Socialdemokratischen Vereinen wird sogar die Veranstaltung von Tanzkränzchen verboten, sobald Frauen daran teilnehmen; der Bund der Landwirte dagegen darf unter den Augen der Polizei das Gesetz übertreten. Würde der Minister die Konsequenz aus seinen Worten ziehen, so müßte er dem Landtage so bald wie möglich eine Novelle zum Vereinsgesetz vorlegen und den Frauen die Betätigung am politischen Leben in uneingeschränkter Weise gestatten. Wir besprechen den interessanten Fall auch noch an anderer Stelle des Blattes.

Im übrigen verlor sich die Debatte in Einzelheiten. Abg. Dr. Crüger (fr. Sp.) betonte die Notwendigkeit einer Abänderung des Vereinsgesetzes und regte die Verleihung des Stadtrechts an die großen Landgemeinden Wilmersdorf, Pflaumenberg und Weihensee an. Der Minister gab die Erklärung ab, daß es nur an den Gemeinden selbst liege, wenn ihnen bisher das Stadtrecht noch nicht verliehen sei; früher oder später würden sie es erhalten.

Auf die Beschwerden des Abg. Hansen (Däne) über den Küllerkurs in Nordschlesien erwiderte der Minister in scharfer Zone, daß die Regierung nicht daran denke, von ihrer bewährten Politik in Nordschlesien Abstand zu nehmen, sondern mit aller Energie fortzufahren werde, im deutschen Lande deutsche Politik zu treiben. Natürlich mit demselben negativen Erfolge wie mit ihrer Polenpolitik!

Einen großen Teil der Sitzung füllte der häusliche Streit zwischen den Nationalliberalen und dem Bund der Landwirte aus. Diederich Hahn war, wie er in bekannter Wichtigkeitserei erzählte, eigens mit dem Nachzug von einer Agitationstour am Rhein zurückgekehrt, um den Liberalen Mores zu lehren. In seiner an Größenvahn erinnernden Weise drohte er, der selbst nur mit Hilfe der Nationalliberalen gewählt ist, den Nationalliberalen und dem Centrum mit der Entziehung der Unterstützung des Bundes. Er wurde aber von den Abgeordneten v. Ehner (nat.) und Dr. Barth (fr. Bg.) arg gerzauft. Am Dienstag geht die Debatte weiter.

#### Die liberale Spaltung und die Arbeiter.

London, 22. Februar. (Eig. Ber.)

Die seit Monaten erwartete Seccession der liberalen Partei ist nun zur Thatfache geworden. Lord Rosebery und Genossen haben sich von der offiziellen liberalen Partei losgelöst. Wie viele ihrer sein werden, ist noch nicht bekannt. Sicher ist indes, daß sich Rosebery der konservativen Partei nicht anschließen wird. Es ist allem Anschein nach sein Bestreben, an die Gründung einer social-imperialistischen Partei zu schreiten. Sein Appell an seine früheren Parteigenossen, ihr Programm zu revidieren („die Tafel rein zu waschen“), wurde vom liberalen Führer Sir Campbell-Bannerman in einer Rede in Leicester eindringlich zurückgewiesen. Hieran antwortete Rosebery in einem Briefe an die „Times“ von gestern: „In seiner Rede fragt mich mein Freund Sir Henry Campbell-Bannerman, ob ich innerhalb oder außerhalb meines Zeltles spreche... Als Pontifex hat er aus seinem „Zelte“ meine Erklärungen über die Reinvasation der Tafel und über Homerule mit dem Haupte belegt. Auch unsere Ansichten über den Krieg und dessen Methoden sind nicht die gleichen. Ich bleibe also außerhalb des Zeltles und, wie ich glaube, nicht allein.“

Der Brief hat eine ungewöhnliche Sensation hervorgerufen. Denn „das Unvermeidliche kommt oft unerwartet“, bemerkt heute die „Daily Chronicle“.

Die unmittelbare Ursache zu dem Scheidungsbriefe war Campbell-Bannermans Rede vom letzten Mittwoch in Leicester. Die liberale Vereinigung hielt dort eine Konferenz ab und forderte die Regierung auf, von ihrer Forderung der bedingungslosen Intervention der Boeren Abstand zu nehmen. Am Abend desselben Tages sprach Campbell-Bannerman in einer öffentlichen Versammlung; er bekannte sich unumwunden als Liberaler im Sinne Gladstones und forderte Rosebery auf, sich klar darüber auszusprechen, welchen Lager er angehöre. Die Antwort Rosebergs war der früher angeführte Brief an die „Times“.

Die liberale Konferenz würde für uns keine große Bedeutung haben, wenn sich an ihr nicht auch drei Arbeitervertreter beteiligt hätten. In einer richtigen liberalen Versammlung müssen immer einige englische Parade-Arbeiter als Redner auftreten. Es waren anwesend: Broadhurst, Maddison und Garvey. Lezterer trat für Lord Rosebery als den Führer des Volkes ein; Maddison für Campbell-Bannerman; Broadhurst wußte noch nicht recht, wie



der Wind weht und balancierte mit vielem Geschick. Er war einst Mitglied der „Internationale“, Mitglied eines liberalen Ministeriums und stimmte auf Gewerkschaftskongressen manchmal für die sozialistische Resolution, manchmal dagegen, je nach der Stimmung der Mehrheit.

Die liberalen Wirren versprechen also, einen kräftigen Widerhall in Arbeiterkreisen zu finden und die Konfusion noch zu vergrößern.

### Die anarchistischen Machenschaften in Barcelona.

Die neuesten Berichte über die Barcelonaer Unruhen bestätigen, was jedem Kenner der dortigen Parteiverhältnisse von vornherein klar war, daß die sozialistische Arbeiterpartei an den Straßenkämpfen sich nicht beteiligt hat, sondern der Generallstreik und die in seinem Gefolge vorgekommenen Tumulte von der anarchistischen Partei inszeniert sind, hinter der wieder gewisse auf die Los-trennung Cataloniens vom übrigen Spanien hinarbeitende Elemente zu sehen sind. Obgleich Catalonien zu den industriell entwickeltesten Gebieten Spaniens gehört, hat dort der Sozialismus bisher wenig Terrain zu gewinnen vermocht, so erhielten die in den drei Barcelonaer Wahlkreisen aufgestellten sozialistischen Kandidaten bei den allgemeinen Wahlen im vorigen Jahr noch nicht ganz 400 Stimmen, und der sozialistische Gewerkschaftsverband zählte in Barcelona und den Vororten, d. h. in einem Städtekomplex mit einer halben Million Einwohnern, nach dem letzten Bericht vom Oktober vorigen Jahres nur 7 Sektionen mit 530 Mitgliedern. Die weitaus größte Zahl der Barcelonaer Gewerkschaften, darunter auch der Verband der Metallarbeiter, zu dessen Unterstützung der jetzige Generallstreik verhängt wurde, bekennt sich zum Anarchismus, und zwar zu dessen revolutionär-blankettistischer Spielart, die als Universalmittel seit Jahren den Generallstreik predigt, weniger zum Zweck der Erreichung besserer Arbeitsbedingungen, als zur Entflammung der revolutionären Energie des Volkes, als deren Wirkung sich, wie man behauptet, von selbst der Sturz des herrschenden Regimes und seine Ersetzung durch ein freiheitliches Regiment ergeben würde.

Von dieser Auffassung ausgehend, haben in den letzten Jahren die anarchistischen Gewerkschaftsleitungen in verschiedenen spanischen Industriestädten Generallstreiks inszeniert, die nach einigen Streikentwürfen meist dazu führten, daß der Belagerungs-zustand verhängt wurde und die Militärbehörde mit brutaler Gewalt einschritt, die Streikleiter sehtnahm und jede Ansammlung unterdrückte; worauf dann, zumal eigentliche Streikfonds fast nie vorhanden waren, nach wenigen Tagen die Arbeiter an ihre Arbeitsplätze zurückkehrten. In der Erinnerung ist noch der im vorigen Herbst aus Anlaß des Streiks der Straßenbahn-Angestellten über Barcelona verhängte Generallstreik, der ebenfalls schließlich von der Militär Gewalt im Blut erstickt wurde. Die politischen Verhältnisse Barcelonas sind nämlich für derartige Generallstreiks- und Putz-versuche die denkbar günstigsten. Nicht nur hat hier in der industriellen und der Hafenarbeiterchaft die anarchistische Doktrin weitest Verbreitung erlangt, sondern Barcelona ist auch zugleich das Hauptquartier der catalonischen Separatisten, welche die Selbstständigkeit Cataloniens erstreben, der Karlisten und des intransigenten Mexikalismus, und diese Elemente sehen es nur gar zu gern, wenn der unfähigen Regierung in Madrid Schwierigkeiten bereitet werden und der Haß des Volkes gegen sie neue Nahrung erhält.

Diese Elemente, speziell die anarchistischen, stehen hinter den Vorgängen in Barcelona; die sozialistische Arbeiterpartei hat damit nichts zu schaffen. Im Gegenteil, sie führt seit langem einen ersten Kampf gegen die anarchistische Taktik, bald hier bald dort die Arbeiter in einen lokalen Generallstreik zu treiben, dessen Ergebnis schließlich nichts andres ist, als die Erschießung und Einlieferung von so und so vielen der Hauptbeteiligten und die Wieder-aufnahme der Arbeit seitens der übrigen zu weit ungünstigeren Bedingungen, als vor dem Streik vorhanden waren. Noch in seiner letzten Nummer wendet sich unser Madrider Partei-Organ „El Socialista“, nachdem es das Vorgehen der Behörden gerügt hat, wieder mit folgenden Worten gegen die Generallstreiks-Manie:

„Jeder Generallstreik kann unter den heutigen Verhältnissen kein andres Ergebnis haben, als den Tod einiger Arbeiter, die Einkerkelung anderer und die Entziehung von Freiheiten, der die Arbeiter so nötig bedürfen, um sich organisieren und an ihrer Bildung arbeiten zu können, und um sich jene Kenntnis der Ideen zu erwerben, die ihre Emanzipation betreffen.“

Und in einem andren „Auxiliares de la burguesia“ (die Hülfstruppen der Bourgeoisie) betitelten Artikel wird den Anarchisten indirekte Unterstützung des Unternehmertums vorgeworfen und es als gewisslos bezeichnet, Arbeiter, nur um Tumulte zu provozieren, zu ausichtslosen Streiks zu veranlassen, ohne vorher für die Anlegung von Streikfonds zu sorgen.

Der Generallstreik in Barcelona scheint infolge des Mangels an Mitteln und der barbarischen Maßregeln im großen und ganzen bereits beendet zu sein. Telegramme vom Sonntag melden:

Heute vormittag herrschte hier Ruhe; man glaubt, daß die Unruhen sich nicht erneuern werden. Die Verhaftungen von Anarchisten werden fortgesetzt. Eine Gesamtmarzsch teil mit, daß die Universität morgen wieder geöffnet wird.

Die Zeitung „Liberal“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Generalkapitän in Barcelona, welcher erklärte, daß die Straßenbahnen und viele Wagen wie gewöhnlich verkehren. Die Hafenarbeiter arbeiten wieder. Eine große Zahl von Fabriken beladeten den Docks, die Arbeit wieder aufzunehmen. Er, der Generalkapitän, hoffe, daß morgen alle Fabriken die Arbeit wieder aufnehmen werden. Schließlich betonte der Generalkapitän, er verfüge über hinreichende Machtmittel, um allen Eventualitäten gewachsen zu sein. Die ihm gesandten Verstärkungen habe er nicht erbeten.

### Deutsches Reich.

**Haus Stimmung.** Zu der rein-agrarischen Presse wird zwar noch ein wenig geklärt über die Ablehnung noch höherer Löhne seitens der Regierung. Im ganzen aber ist die Stimmung sehr kleinlaut geworden. Man will nehmen, was man kriegt.

Es wird Aufgabe der Zollgenossen sein, dafür zu sorgen, daß sie nichts nehmen können.

**Den Record des Byzantinismus** geschlossen zu haben, rühmt sich heute mit tolen Kapriolen das Scherl-Blatt. Durch die Leistung, durch eine Extra-Ausgabe zu allererst von allen Berliner Blättern das westerschütternde Ereignis der Prinzenhochzeit gemeldet zu haben, habe sich Herr Scherl gewissermaßen überhehrt. Die offizielle Berichterstattung und die der Berliner Monatsblätter haben dagegen vollständig versagt. Der Reformator des deutschen Zeitungswesens kann sich denn auch das Geständnis nicht versagen, daß „man“ sich angesichts dieses Records „eines gewissen Stolzgefühles (welch erlebtes Scherl-Deutsch!) nicht erwehren“ könne. Postscriptum!

Ganz leicht ist nun allerdings dem großen Mann der byzantinische Record nicht geworden. Ein Depeschenbureau meldet nämlich: Als sich das Schiff der amerikanischen Küste näherte, war Prinz Heinrich namentlich den Zeitungsberichterstattungen gegenüber sehr liebenswürdig. Ein Berichterstatter wies

darauf hin, daß der Vertreter eines bestimmten Blattes auf der Station für drahtlose Telegraphie zu Rautendek Vorzugrecht habe, und regte deshalb an, Prinz Heinrich möge durch drahtlose Telegraphie jeder Zeitung eine Mitteilung schicken, um zu verhindern, daß eine einzelne in der Berichterstattung die Siegespalme davontrage.

Und trotz solcher Umtriebe pflichtete Scherl die Siegespalme! Ja, Scherl ist groß!

Dem Zeitungsblatt selbst, wie allen weiteren Kilometertelegrammen ist nichts weiter zu entnehmen, als daß der Kronprinz Wilhelm infolge der unglücklichen Laune Regis volle 24 Stunden verspätet in New York eintraf und die armen Korrespondenten im Zustande furchtbarer Seelenqual, den seeltesten Prinzen Heinrich jedoch im vollsten Wohlstande ans Land setzte. Prinz Heinrich wurde von den Neugierigen mit Händelstücken empfangen, wofür er sich, nachdem er seine erste Verblüffung über den Primadonnenempfang, der aber nur der Nationalität entsprechen soll, mit solcher Haltung überwunden hatte, huldvollst verneigte. Sein Lächeln soll im Sturm der Herzen aller Anwesenden erobert haben, so daß die amerikanische Polizei die umfassendsten Vorregeln treffen mußte, um Herrn Wheeler, den demokratischen Rädler aus Kentucky, vor dem Nationalkongress zu schützen.

**Ferner wird berichtet:** Der frühere Präsident Cleveland hat mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand die Einladung des Präsidenten Roosevelt zum Bankett im Weißen Hause zu Ehren des Prinzen Heinrich abgelehnt. — Prinz Heinrich wohnte abends dem Empfang des Deutschen Vereins bei und trat dann die Weiterreise nach Washington an.

**Ein Interview.** Die „Associated Press“ veröffentlicht den Inhalt eines Interviews, das einer ihrer Vertreter mit dem Begleiter des Prinzen Heinrich, Kapitän v. Müller, der in Ostasien Adjutant des Prinzen war, sofort nach der Ankunft des Kronprinzen Wilhelm hatte. Im Verlaufe des Gesprächs berührte der Interviewer die Angelegenheit Dewey. Kapitän v. Müller schilderte die Sachlage bei dem Kampf, das Prinz Heinrich seiner Zeit im Hafen von Hongkong den gleichzeitigen dort anwesenden fremden Schiffskommandanten gab, und hob hervor, der Prinz habe später bei einem gelegentlichen Besuche auf Deweys Flaggschiff „Olympia“ Dewey darin recht gegeben, daß, da Dewey bei jenem Mahle der älteste der anwesenden Gäste war, der Prinz in seinem Toast auf die Souveräne und Oberhäupter der in Hongkong vertriebenen Flaggen den Präsidenten der Vereinigten Staaten vor den Souveränen Englands und Russlands hätte nennen sollen.

So wäre denn auch dieser Verstoß gegen die Etikette gesühnt. Ob das das Ende der Reichte bedeutet?

**Ein Mangel an weltmännlicher Bildung** und feinerem Stillsitzen scheint entschieden der Präsident der Vereinigten Staaten zu besitzen. Das an den Prinzen Heinrich gerichtete Telegramm trug nämlich folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr, 22. Februar.

Prinz Heinrich von Preußen

an Bord der „Hohenzollern“.

New York-City.

Ich nehme Ihren so herzlichen Gruß bei Ihrer glücklichen Ankunft an und danke Ihnen für die Bekanntschaft im Namen des amerikanischen Volkes. Ich werde Sie sehen und freue mich darauf, morgen mit Ihnen persönlich zusammenzutreffen.

Theodore Roosevelt.

Ein Empfangstelegramm an Herrn Müller, Käsehändler in Potsdam, könnte genau so ärmlich stilisiert sein. Armer Roosevelt, wie wird das freimüthige „Berliner Tageblatt“ Dich wegen dieser „Gleichheitslegerei“ abfangeln!

**Das Bestätigungsrecht in ministerieller Beleuchtung.** In dem jüngst erschienenen Werk „Aus Bismarcks Briefwechsel“ findet sich ein Brief Karl v. Montenuffs, damals Unterstaatssekretär im preussischen Ministerium des Innern, an Bismarck, damals preussischer Gesandter am Bundesstag in Frankfurt a. M., datiert vom 28. August 1881. Montenuffel beantwortet darin eine Anfrage Bismarcks zu Gunsten des bisherigen Bürgermeisters Brandt in Brandenburg. Wir geben die Stelle ausführlich, da sie außer dem besonders interessanten Schlußatz noch manche ergötzliche Wendungen enthält:

„Die Stadtverordneten in Brandenburg hatten in derselben Sitzung den Bürgermeister Brandt und einen gewissen Spitta, der wenn ich nicht irre Kammerer, jedenfalls aber Demokrat ist, wieder gewählt. Letzterer nahm die Wahl sofort an, ersterer befiel sich aber noch eine Weile, weil er noch um 200 Thaler Gehalt handelte; die Folge davon war, daß die Potsdamer Regierung, welche über Wahlen noch der alten Stadtordnung zu entscheiden hat, dem Spitta sagte, sie könne ihn nicht bestätigen, da die Einführung der Gemeinde-Ordnung vor der Thüre sei, nachdem dieser Bescheid ergangen ist, befiel Brandt seine Bedenken, nimmt gleichfalls an und wundert sich nun, daß die Regierung ihm denselben Bescheid erteilt, den Spitta erhalten hat. Bei dem besten Willen sehe ich nicht ein, wie hier zu helfen ist. Andererseits hat Brandt keine Veranlassung zu verzagen; wird der Gemeinderat in Brandenburg seiner Majorität nach konservativ, so ist seine Wiederwahl höchst wahrscheinlich, wird er demokratisch, so bestätigen wir den gewählten Bürgermeister nicht und ostrotrieren Brandt.“

Deutlicher kann nicht ausgesprochen werden, daß das Bestätigungsrecht einfach als Mittel ausgefaßt werden kann und nach Belieben ausgefaßt wird, den Regierungskandidaten in die gewünschte Stellung zu bringen. Wird er nämlich von den hartsöpfigen Gemeindevertretern nicht gewählt, so wird deren ersten und zweiten Erwählten die Bestätigung verweigert und der Regierungskandidat mit der kommissarischen Verwaltung der Stelle betraut. Da die kommissarische Verwaltung so lange dauert, bis eine Neuwahl durch die Stadtverordneten die vorgeschriebene Bestätigung erhalten hat, kann sie beliebig lange ausgedehnt werden, indem man fortfährt, die Bestätigung zu verweigern und zwar ohne Angabe von Gründen. Selbstverwaltung mit „ostrotriertem“ Bürgermeister, Stadträten u.!

### „The New York Journal“.

Zu Ergänzung unserer früheren Mitteilungen schreibt uns unser Londoner Mitarbeiter:

Herr v. Bülow scheint über den Wert einzelner amerikanischer Blätter schlecht unterrichtet zu sein. Er würde sich sonst mit seinem Dank an das „Journal“ nicht so arg blamieren haben. Das Blatt wird in keinem anständigen amerikanischen Hause gelesen. Es ist der Typus der gelben Presse. Seine herabsetzenden Charakterzüge sind seine schredlichen Bilder von defolletierten „Damen“ und waghalsigen Wörtern, seine Ehedruckpropaganda und seine anarchistischen und demagogisch-socialistischen Leitartikel. Ueber das deutsch-amerikanische English macht sich in seinen Spalten ein amerikanischer Witzling unter dem Pseudonym „Dialspiel“ einmischend die „Woche“ lustig. Wer den brutalen Gesinnung, das tiefe geistige Niveau des amerikanischen Volks und das widerwärtige Demagogentum der Organen lernen will, sehe sich einmal das Journal von Mr. Hearst an.

Vaterlandlose Gesellen, wie wir sind, möchten wir doch den deutschen Reichskanzler in einer solchen Gesellschaft nicht sehen. Will man schon die amerikanische Presse für deutsche Zwecke gewinnen, so wende man sich an Blätter wie New Yorker „Evening Post“, die „Tribune“ oder den „Springfield Republican“, die Talent, Wissen und auch bürgerlichen Anstand besitzen. Den Beifall dieser Blätter zu gewinnen, wäre freilich nicht so leicht wie den des „Journal“, aber er wäre bis zu einem Grade ehrenvoll.

Bismarck verstand dies besser. Hatte er es nötig, international zu intrigieren, so ließ er sich einen Mitarbeiter der „Times“ kommen. Er würde es gewiß verschmäht haben, mit Mr. Hearst zu kokettieren, der von amerikanischen Professoren beschuldigt wird, durch seine principienlosen Artikel an dem gewaltthätigen Tode Mc. Kinleys mit schuldig zu sein.

Eigentlich sollten wir uns über den demokratischen Sinn des deutschen Reichskanzlers freuen. Nur müßte er sein demokratisches Herz erst in der „Heimatpolitik“ offenbaren. Dann hätten wir keine so auffallenden Kontraste, die — wie jeder Kenner weiß — das Element der Romik bilden.

Durch bodenlose Unwissenheit oder ebenso bodenlose Perfidie zeichnet sich eine Notiz aus, in der die „Konserv. Korresp.“ gegen den „Vorwärts“ wegen dessen Ausführungen über die Haltung unserer spanischen Genossen in Sachen des Generallstreiks in Barcelona polemisiert. Unsere Bemerkung, daß unsere spanischen Genossen nur ihre traditionelle Taktik beobachteten, indem sie das System spontaner Streiks und Putzschlachten, kommentiert die „Korrespondenz“ folgendermaßen:

„Die ‚Wißbilligung‘ der spanischen socialdemokratischen Parteileitung ist augenscheinlich nur Spiegelfechterei. Nachdem sie ihren Anhang und die Arbeiterchaft in Streiks hineingetrieben und in Aufruhrstimmung versetzt haben, wird ihnen, da sie einen Mißerfolg vor Augen sehen, angst und bange. Aber gerade in solchen Momenten spontaner revolutionärer Vorgehens verfährt der Ordnungsruf und es tritt die Situation ein, in welche der belannte Zauberspruch geraten war. Wir haben in Deutschland alle Ursache, die Früchte der socialdemokratischen Verheerung, die sich nicht nur in Spanien, sondern auch in Ober-Italien bemerkbar macht, uns recht genau anzusehen. Auch auf deutschen Gefilden reifen sie bereits mit Macht heran.“

Wir sind in den letzten Jahren selten einer dümmteren und gemeineren Anzuspang begegnet. Wer den „Vorwärts“ liest — und ein Tintenkuhl, der gegen den „Vorwärts“ polemisiert, sollte das doch wohl thun! —, kann die wiederholten Darlegungen des Führers der spanischen Socialdemokratie, des Genossen Galefias, nicht übersehen haben, in denen es lange und breiten über den hartnäckigen Kampf der spanischen Socialdemokratie gegen die Putz-Politik der Anarchisten berichtet wurde. Die Darlegungen ihres heutigen Entrefiletts über diesen Kampf stellen nur eine gedrungene Rekapitulation dieser früheren Berichte dar. Das muß der „Konservativen Korrespondenz“ bekannt sein, auch wenn ihre Mitarbeiter in ihrer berufsmäßigen Unwissenheit keine Ahnung davon haben, mit wie beängstigender Schärfe bereits der Anführer der deutschen Socialdemokratie, Genosse Engels, die verbrecherische Putzschere des spanischen Anarchismus geißelt hat.

Selbst die biedere Absicht, die regsten Gegner des Brotwuchers als Anführer künftiger Straßenkämpfe zu denunzieren, rechtfertigt noch nicht eine derartige infame Dummheit.

**Den frühzeitigen Tod des Herrn v. Woedtke** glaubt die „Konservative Korrespondenz“ wie folgt erklären zu können:

„Ueberarbeitet, wie er war, hat ihn die Hitze wegen der bekannten Zwölftausend-Mark-Affaire in ungewöhnlichem Maße mitgenommen, und der dem Centralverbande Deutscher Industrieller nahestehende Zutritt, welcher den ungeheuren Brief des Generalsekretärs Weder zur Veröffentlichung gebracht hat, mag sich mit seinem Gewissen abfinden; denn er hat zur Abklärung des Lebens des Präsidenten Dr. v. Woedtke erheblich beigetragen.“

Unter der Voraussetzung, daß Herr v. Woedtke der Schuldige der 12000-Mark-Affaire gewesen wäre, würde die Behauptung der „Korrespondenz“ das Eingeständnis enthalten, daß der Verstorbenen durch seine Schuld sich so schwer bedrückt gefühlt hat, daß sie ihn gerächtete.

Nun weiß man aber, daß Herr v. Woedtke nicht der Schuldige gewesen ist, sondern daß er für einen andern als „meinungsloser Geheimerat“ leiden mußte. Hat die „Konservative Korrespondenz“ also Recht mit ihrer Angabe, daß die Affaire das Leben des Mannes verkürzt hat, so kann das nur bedeuten, daß es ihn gekränkt und erbittert hat, für einen andern geopfert zu sein.

**Eine halbbrändige Redezeit** wünscht die „Kölnische Zeitung“ für die Reichstags-Abgeordneten. Wenn die halbe Stunde darüber wäre, müßte das Haus befragt werden, ob es den Redner weiter hören wollte.

Zu Köln herrscht, wie man sieht, immer noch Carneval. Aber ein Freund der „Kölnischen Zeitung“ so nahelebenden Herren Wassermann und Paasche war es sicher nicht, der dem Blatt den Spott einblies; denn gerade die nationalliberalen Redner verstehen es, in möglichst viel Worten möglichst wenig zu sagen.

**Nadelstiche.** Der Vertrauensmann des Wahlkreises Greifswald-Gruppen, Genosse Otto Raschl zu Wolgast, schreibt uns:

Der neue Polizeiminister ist falsch unterrichtet, wenn er meint, die Ursache des agrarischen Boykotts des Wolgast-„Preußischer Hof“ zu Grimmen (Hr. Witwe Müller) liege darin, daß Frau Müller ihr Lokal allen Parteien zur Verfügung gestellt habe.

Dies ist nicht richtig, Frau Müller hat ihr Lokal noch nie der socialdemokratischen Partei zu Versammlungszwecken und so weiter eingeräumt. Mit Ausnahme des Industrie-Arbeiterortes Wolgast stehen in Grimmen in einer kleinen Gastwirtschaft eine Versammlung ab-der betreffende Wirt ist dann aber wegen dieses Vergehens sofort aus dem Kreiserverein ausgeschlossen worden!

Die freimüthig-socialdemokratische „Verbrüderung“ hat folgenden Abriss:

Die erste konservative Wählerversammlung fand in Grimmen statt. Hierzu hatte der damalige Regierungsdirektor, jetziger Landrat Herr v. Malchow (Sohn des Oberpräsidenten von Pommern) durch das Kreisblatt, welches am Kopfe die Bezeichnung führt: Redigiert im Bureau des Kreis-Ausschusses, eingeladen. Sämtliche Großgrundbesitzer des Kreises waren diesem Binde gefolgt, natürlich hatten sich aber auch Grimmer Arbeiter und Bürger eingefunden, von denen die letzteren sich zur freimüthigen Partei zählten. Die Versammlung nahm einen stürmischen Verlauf. Ich war in die Versammlung als Diskussionsredner gerufen worden und ging nicht gerade glimpflich mit den Brotwuchern und Junkern um, trotz allem Gehäss und Geschrei der Letztern. Von dem freimüthigen Angriff angefaßt des Varns niemand das Wort, natürlich konnte ich es nicht hindern, daß dieselben meinen Ausführungen zustimmten und ihren Beifall bezeugten. Darauf andern Tages in der konservativen Presse Gefasel von gemeinsamer Wahlmacht. Im übrigen hat ja auch unser jetziger Abgeordneter Gothein erklärt, daß unsere eingehenderen und manchmal heftigen Diskussionen durchaus nichts von „Verbrüderung“ merken ließen. So wird es auch in Zukunft bleiben!

Herr Dr. Freund findet, wie wir heute nachtragen können, mit seinem Artikel in der „Socialen Praxis“ die Zustimmung der „Konservativen Korrespondenz“, also des amtlichen Organs der reaktionären, arbeitserfindlichen Partei Deutschlands, die übrigens auch gegen die Resolution Paquide-Röske gestimmt hat, weil sie ihr noch zu weit ging.

Herr Dr. jur. Freund darf um mehr von seiner Gesinnungsfrist stolz erklären: Es ist erreicht!

Strecken bauen, den „Vorwärts“ aus einer ihm unterstellten Anwaltskanzlei verbannen, die Arbeitslosigkeit vertuschen, die Socialdemokratie als „Wesigetwicht der Arbeiterbewegung“ angeben und endlich die Zustimmung der „Konservativen Korrespondenz“ finden — fürwahr der Mann hat sich entwickelt, daß er unmittelbar ins preussische Polizeiministerium berufen werden kann, vorausgesetzt, daß er auch seine Konfession in Ordnung gebracht hat.

**Konservative, Standesherrn und Diäten.** Die Konservativen in der sächsischen zweiten Kammer, überwiegend Mittelstands-



Leute, hatten sich kürzlich einstimmig die Diäten erhöht. Die vornehmsten geborenen Mitglieder der ersten Kammer aber haben den Beschluß der zweiten Kammer abgelehnt.

Die konservativen Standesherren haben es eben nicht nötig wie das gleichfalls konservative „Paar“ der zweiten Kammer.

**Ueber den deutsch-englischen Afrika-Vertrag** erzählt ein „Diplomat“ in der „Westminster Gazette“:

Im Sommer 1898 wandte sich Portugal unter dem Druck seiner steigenden finanziellen Notlage und in der Sorge vor der bevorstehenden Entscheidung des Berner Delagoa-Bahn-Schiedsgerichts an Deutschland mit der Bitte um Hilfe und Unterstützung. Es schlug ein Abkommen vor, das Deutschland ein Vorkaufsrecht über gewisse Kolonien als Gegenleistung für pekuniäre Unterstützung und Hilfe gegen Großbritannien in der Delagoa-Bahn geben sollte. Deutschland spielte zuerst eine sehr zweideutige und englandfeindliche Rolle, schließlich mußte es aber doch Kooperation suchen. England beschloß bereits ein Vorkaufsrecht auf die Delagoa-Bahn und durch den Vertrag von 1891 ein ähnliches Recht auf alle portugiesischen Besitzungen südlich vom Äquator. Das Resultat der Unterhandlungen war ein Uebereinkommen, durch das die britische Garantie, soweit Afrika in Betracht kommt, mit Deutschland geteilt und das Vorkaufsrecht auf alle afrikanischen Besitzungen Portugals von beiden Mächten erworben wurde. Das Uebereinkommen definiert weiter die territoriale Sphäre der beiden Vorkaufsmächte, bestimmt die Summe, die gezahlt werden muß, wenn die Kolonien veräußert oder verpachtet werden sollen, und reguliert eine Menge kleinerer Fragen, die auf die Uebertragung Bezug haben. Durch das Uebereinkommen, sagt der Diplomat, sind England und Deutschland „Partner in der Hegemonie Afrikas geworden und müssen daher in allen afrikanischen Fragen (mehr oder weniger) in Uebereinstimmung handeln.“

Diese Anordnungen werfen sowohl ein bezeichnendes Licht auf die deutschen weltpolitischen Pläne als auf Deutschlands Haltung in der Transvaalfrage.

**Die Reichstags-Wahl** der „Frank. Ztg.“ auf den 25. April festgesetzt worden.

### Ausland.

#### Schweiz.

##### Socialdemokratie und Finanzen.

**Zürich**, 20. Febr. (Fig. Ver.) Wegen der städtischen „Finanznot“, die den bürgerlichen Stadtvätern immer zum vollen Bewußtsein kommt, wenn es sich um Ausgaben für die Arbeiter handelt, wären die Herren in Zürich sehr geneigt, die „riesige“ Unterstützung der Arbeitslosen mit 80 Cts. pro Tag auf einen geringeren Betrag herabzusetzen. Da machten nun die Socialdemokraten Vorschläge zur Vermehrung der Einnahmen. Sie schlugen vor, das städtische Amtsblatt nicht länger gegen einen Jahresbetrag von 50 000 Fr. zu vergeben, sondern 100 000 Fr. zu verlangen, ferner für die Mitarbeit des polizeilichen Kontrollbureaus an dem von einer Druckfirma herausgegebenen Adreßbuch statt der bisherigen 5000 Fr. deren 10 000 Fr.; ferner wies Grenlich darauf hin, daß die Preimauerwerke für ihre Liegenenschaft ganz ungerechtfertigterweise von der Steuer befreit sei. Das war eine löstliche Situation, zu sehen, wie sich da die Vertreter des Geldsacks für den heiligen Profit wehten und mit allseitiger Demagogie den roten Papagen schwaften. Ein Socialdemokrat machte dann den vernünftigen Vorschlag, die Stadt möge doch das Adreßbuch selbst herausgeben, aber freilich, dazu gehörte auch eine eigene Druckerei, sonst fällt dann der Gewinn doch wieder einem Privatunternehmer zu. Die wohlberedene Demagogie mit dem „roten Geispen“ wies Grenlich energisch zurück. Würden die socialdemokratischen Vorschläge angenommen, so gäbe es sehr wahrscheinlich 55 000 Fr. neue Einnahmen, während für die Unterstützung der Arbeitslosen während des ganzen Winters bisher nur 50 000 Fr. bewilligt wurden.

#### Dänemark.

**Island** soll nun seinen eigenen Minister erhalten, der bei den Sitzungen des Althings zugegen sein muß. Die aus Reykjavik gemeldet wird, hat die isländische Fortschrittspartei der königlichen Waischaft und dem Programm des Ministeriums bezüglich der Verfassungsfrage zugestimmt und auch die Gegenpartei hat seine Vorschläge genehmigt.

**Der Vertrag über den Verkauf der drei Inseln** wurde am Sonntagabend im dänischen Reichstag in dänischer und englischer Sprache verlesen. Außer der Einleitung enthält der Vertrag acht Paragraphen. Am Schlusse der Inseln auf Dänemark werden durch den Verkauf annulliert. Die Bevölkerung soll die bisherigen Freiheiten genießen, bis andre Bestimmungen getroffen werden, soll aber auch dann in keinem Punkt ungünstiger gestellt werden. Die Vereinigten Staaten zahlen 5 Millionen Dollar in Gold. Ungeneigt über irgend einen Punkt des Traktats soll durch das Schiedsgericht im Haag geschlichtet werden. Die Ratifikationen sollen innerhalb 6 Monaten ausgewechselt werden.

#### Holland.

**Ein Lebenszeichen der Inausständigen.** Der Verwaltungsrat der internationalen Schiedsgerichtshofes ist auf den 5. März einberufen worden, um auf Veranlassung der Frage bezüglich der Berichte entgegenzunehmen. Der Rat, daß die Lächerlichkeit löst, hat sich an dem Haager Possensivum also bis jetzt noch nicht bestätigt.

#### Frankreich.

**Ein socialistisches Parteiprogramm.** Das Generalkomitee der socialistischen Partei Frankreichs (Parcours, der Genossen) veröffentlichen den Entwurf eines Parteiprogramms, das dem Kongress von Tours unterbreitet werden soll. Das Programm zerfällt in drei Teile, der erste Teil enthält die Prinzipien-Erklärung, im zweiten Teil sind die politischen und im dritten die ökonomischen Forderungen aufgestellt.

**Der Landwirtschaftsminister Dupuy**, welcher bei der Preisverteilung in der Landwirtschaftlichen Gesellschaft des Departement du Nord den Vorsitz führte, hielt hierbei eine längere Rede, in welcher er darauf hinwies, daß das neue Gesetz über die zeitweilige zollfreie Zulassung von Getreide wohl begründet sei; daselbe haben den Zweck, die Spekulation zu unterdrücken. Frankreich habe einen Teil des englischen Marktes für Butter, Eier und Käse verloren. Es sei eine Abordnung nach England, Deutschland und Belgien geschickt worden, um Mittel zu finden, diesen Verlust wieder gut zu machen. Der Minister legte hervor, England sei der größte Konsument, aber es wünschete die Aufhebung der von andern Ländern bewilligten Prämien, um seinen Kolonien zu Hilfe zu kommen. Frankreich ist bereit, seine Prämien aufzuheben, wenn diejenigen der übrigen Länder abgeschafft würden. Man könne nicht verstehen, daß die deutsch-österreichischen Kartelle beibehalten und gleichzeitig die französische Zuckergelddruckung geändert werden sollte.

#### Belgien.

**Regierung und Nationalgarde.** Die Regierung ist der Nationalgarde durchaus nicht sicher. Bei eventuellen Volkserhebungen kann sie sich auf diese nicht verlassen. Wie der „Peuple“ mitteilt, haben die Kommandeure der Nationalgarde der kaiserlichen Befehle von oben erhalten. In den Instructionen wird u. a. anbefohlen, daß jeder Garde, welcher zögern sollte, den Befehlen der Offiziere nachzukommen, der etwa nicht schiesse oder in die Luft schiesse wolle, sofort in Haft zu nehmen ist.

#### Italien.

**Der Kongress der italienischen Socialisten** wird vom 15. September an in Triest tagen. Schon 1894 sollte der Parteikongress in dieser Stadt abgehalten werden, wurde jedoch von Crispi verboten.

**Anklage-Erhebung gegen Casale.** Der „Tribuna“ wird aus Neapel gemeldet: Die strafrechtliche Untersuchung gegen den früheren Deputierten Casale, welche auf Grund der Ergebnisse der Untersuchung über die Gemeindeverwaltung eingeleitet wurde, ist abgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft stellt den Antrag, daß Casale sowie der frühere Bürgermeister Sumonte und fünf ehemalige Beigeordnete der Stadt Neapel vor Gericht gestellt werden.

**Murken in Turin.** Vom Sonntag wird aus Turin gemeldet: Heute vormittag hat sich kein bemerkenswerter Zwischenfall ereignet. Gegen Mittag verließ eine Anzahl Ausländer, an deren Spitze sich der socialistische Deputierte Morgari bewahrte, die Straßenbahnwagen anzuhalten. Sie wurden jedoch durch Kavallerie auseinander getrieben. In der letzten Nacht wurden zwei Carabinieri auf einem Patronenwege in der Richtung nach Veinaco von einer Anzahl Personen, welche sie arretrieren wollten, erschossen.

#### Rußland.

**Russische Zettelungen in der Mongolei.** Aus der Wand, die Turkeien umschließt, hat die Expedition des Obersten Zeman, der die Turkeien unter Vanluku bei Tuleme besichtigte, hat mit den Mongolen in dem an die Provinzen Zikar und Kirin angrenzenden Teil der Mongolei Beziehungen angeknüpft. Der Oberkommandierende der Truppen des Chabarowsker Militärbezirks erhielt von verschiedenen mongolischen Fürsten Briefe, in welchen dieselben für die Entsendung der russischen Truppen gegen Vanluku und die Wiederherstellung der Ruhe im Lande ihren Dank aussprechen und ihm mitteilen, daß sie beschließen hätten, in Zukunft ein Denkmal zu errichten, auf welchem in russischer, mongolischer, tibetanischer und chinesischer Sprache Inschriften angebracht werden sollen, die auf die Befreiung der Mongolen durch die Russen von ihren Leiden hinweisen.

#### Griechenland.

**Parlamentssitzung.** In der Sonnabend-Sitzung der Deputierten-Kammer vorheisigte der Deputierte Mikolongo die Proposition in den Wandelgängen den Deputierten Buduris, indem er behauptete, Buduris habe das Ansehen von Tritonis geschmälert.

#### Türkei.

**Wiß Stone endlich freigelassen?** Nach einer Meldung der „Agence Havas“ ist Wiß Stone freigelassen und am Sonntagvormittag in Strumija eingetroffen.

### Partei-Nachrichten.

**Die Socialdemokratie in den Niederlanden vor 10 Jahren.**

Am 22. Februar waren 10 Jahre verflossen, seitdem zu Brander in Friedland eine Versammlung stattfand, die insofern für die Entwicklung der niederländischen Arbeiterbewegung von großer Bedeutung wurde, als hier die Vertreter der modernen-socialdemokratischen Anschauung und Taktik dem geehrten und gleich einem Apollon verehrten Domela Nieuwenhuis zum erstenmal in öffentlicher Versammlung entgegen traten. „Het Volk“ gedenkt der damaligen Vorgänge in einem längeren Leitartikel, dem wir folgendes entnehmen: „Er (Nieuwenhuis) sprach über die revolutionäre Taktik — über die Ohnmacht der Gesetzgebung, über die parlamentarische Korruption, über die Reichheit des Principals, über all das, was wir nicht thun sollten, und über die Propaganda, die wir einsetzen sollten, um dem Socialismus reinzubringen von kleinbürgerlichen Beimischungen. Die Revolution ist das einzige, um zum Ziel zu gelangen“, sagte er. „Hollen wir immer das revolutionäre Princip hoch, auf dem Wege der Revolution ist allein Verbesserung möglich.“ — Ein Geistesverwandter hatte uns namens anders ersucht, an dem Tage mit Nieuwenhuis zu debattieren. So kamen wir, jung und erregt, aber voll Vertrauen auf unsere ehrlichen Absichten. Die Debatte verlief unfern Zwecken voll entsprechend. Der Berichterstatter des „Sneeker Courant“ hatte, wie er schrieb, von der Versammlung den Eindruck gewonnen, daß eine neue socialdemokratische Partei im Werden begriffen ist, die, mit der organischen Entwicklung der Gesellschaft rechnend, die Verwirklichung der socialistischen Principien anstrebt und Aussicht hat, großen Anhang im Lande zu gewinnen.“ Es sollte noch ein paar Jahre dauern, ehe die Zeit zur Organisation dieser Partei gekommen war. Verlangt ward uns ein Propagandamittel zur Vorbereitung einer solchen Partei in die Hand gegeben, dem der Herausgeber des „Sneeker Courant“ bot uns die Redaktion dieses Leitartikels an und die Nummer vom 24. März erhielt 1893 den „Nieuwe Tijd“ unter Redaktion Van der Goss und und (Troelstra). — Im Dezember 1893 wurde zu Utrecht der „Baandbreker“ gegründet, der unter andrem die Bahn brach für unsere Partei, und aus dem am 1. Januar 1896 „De Socialdemokrat“, unser erstes Partei-Organ emstand. — Während all der Jahre ist der Kampf mit der Organe Nieuwenhuis — so wahr als möglich geführt worden, so daß wir am 1. Januar 1896 beschlossen, die ausgetretene Saat sich selbst zu überlassen und den Anarchismus, der nur so lange gefährlich ist, als er sich verummumt zeigt, nur seine letzten Fortschrittsverderber in dem alten Bund allein verdrängen zu lassen. Und als dann das Jahr 1897 unser Partei die Kammertribüne verschaffte, war der Prozeß beendet; im selben Jahre trat Nieuwenhuis aus dem alten Bund aus, der sich bald darauf auflöste.“

#### Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

**Den Vorstand der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft** soll der Genosse Veimpeeters in Bochum, Redacteur der „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“, durch einen Artikel in seinem Blatt beleidigt haben. Er wurde verurteilt, von der Strafkammer in Bochum zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. In dem Artikel handelte es sich um das Grubenunglück auf dem Schacht „Grünberg“ bei Berg-Camen, woselbst am 13. September durch Schlagwetter-Erlosion 8 Bergleute und Leben kamen. Die in dem Artikel aufgestellten Behauptungen über ungenügende Fürsorge gegen Explosionsgefahren sollten sich, wie wir einem Bericht der „Reinisch-Westfälischen Zeitung“ entnehmen, bei der Beweisaufnahme als unwahr erwiesen haben. Nicht einen „Schäumer“ von belastenden Thatsachen (gegen die Betriebsleitung) soll nach der Urteilsbegründung die Beweisaufnahme ergeben haben. Der Schutz des § 193 wurde dem Angeklagten verweigert, obwohl er als Redacteur einer Bergarbeiterzeitung die Interessen der Bergleute wahrzunehmen hat.

### Aus Industrie und Handel.

#### Kohlenyndikat contra Eisenindustrie.

Worüber eigentlich ein Zweifel kaum bestehen konnte, nämlich, daß der Staat gar nicht beabsichtige, die Monopolstellung des Kohlenyndikats zu erschüttern, hat ja nun Herr Köhler, Handelsminister von Centralverbandes Gnaden, im Abgeordnetenhause offen ausgesprochen. Das geschah nicht zur Verhöhnung der Syndikatsmänner, diese fühlten durch die Erwerbungen des Eisens im Ruhrrevier sich durchaus nicht irritiert, sie wußten, von dieser Seite ist nichts zu befürchten. Die Erklärung Köhlers, welche auf eine unbeschränkte Vorkaufsrecht des Syndikats hinanklief, hat aber die Wirkung, eine vorhandene falsche Vorstellung noch zu stärken — im Interesse des Syndikats. Die Aufhebung des Abhängigkeitsverhältnisses der großen Eisenwerke vom Kohlenyndikat, — indem die Werke selbst Gruben erwerben, — soll, ebenso wie die Erwerbungen seitens des Eisens, auf die Preisgestaltung einwirken. Das ist schon richtig, aber genau in der entgegengesetzten Richtung, als wie man glauben machen will. Gerade dadurch, daß die großen Eisenwerke vom Syndikat sich unabhängig stellen, scheiden sie nicht nur aus der Gruppe derjenigen aus, welche an niedrigen Syndikatspreisen Interesse haben, sie treten mit ihren Interessen auf die Seite des Syndikats, je höher die Kohlenpreise, desto besser für die Konkurrenzfähigkeit und die Geschäftsergebnisse der Kleinen Konsumenten, die Geschädigten sind die Kleinen Konsumenten,

besonders die kleineren Eisenwerke, welche zum Bezug der teureren Syndikatskohlen gezwungen sind. Wie wenig das Kohlenyndikat durch die Erwerbungen seitens der großen Eisenwerke in seiner Monopolstellung erschüttert wurde, mag folgende Zusammenstellung belegen. Es betrug die Kohlenförderung:

| Jahr | Preußen     |     | Oberbergamtsbez. |     | Kohlenyndikat |                         |
|------|-------------|-----|------------------|-----|---------------|-------------------------|
|      | To.         | Zo. | To.              | Zo. | überhaupt     | Prozent der Gesamtprod. |
| 1891 | 67 528 015  | —   | 37 478 579       | —   | —             | —                       |
| 1892 | 65 442 558  | —   | 36 969 549       | —   | —             | —                       |
| 1893 | 67 657 844  | —   | 38 702 909       | —   | 33 539 230    | 49,57                   |
| 1894 | 70 643 979  | —   | 40 734 027       | —   | 35 044 225    | 49,61                   |
| 1895 | 72 621 509  | —   | 41 734 027       | —   | 35 347 730    | 48,87                   |
| 1896 | 78 993 635  | —   | 45 008 600       | —   | 38 919 112    | 49,26                   |
| 1897 | 84 253 393  | —   | 48 510 894       | —   | 42 195 352    | 50,06                   |
| 1898 | 89 575 328  | —   | 51 306 299       | —   | 44 865 536    | 50,09                   |
| 1899 | 94 740 829  | —   | 55 072 422       | —   | 48 024 014    | 50,89                   |
| 1900 | 101 976 014 | —   | 60 119 400       | —   | 52 080 808    | 51,07                   |
| 1901 | 100 991 411 | —   | 58 164 745       | —   | 50 411 926    | 50,00                   |

Die Hälfte der gesamten Produktion Preußens beherischt das Kohlenyndikat. Die Prozentziffer ist allerdings im letzten Jahre gegen die Vorjahre etwas gesunken, das findet aber seine Erklärung in der Krise und zum Teil in der stärkeren Produktion der nicht syndikatisierten Kohlen, welche, wie zum Beispiel die Zeche „Reinmühl“, wegen der Specialität der von ihr gefördert Kohle, auch jetzt, zur Zeit der stärksten Krise, mit Hochdruck arbeiten können. Jedenfalls ist die Abnahme der Prozentziffer so unbedeutend und so wenig durch das Unabhängigstellen einzelner Eisenwerke beeinflusst, daß von einer Erschütterung der Monopolstellung, oder von einer Preisbeeinträchtigung durch diesen Faktor, gar keine Rede sein kann, selbst dann nicht, wenn dieser Faktor die Tendenz des Eisensyndikats hätte, was aber, wie man noch sehen wird, durchaus nicht der Fall ist.

Die unabhängigen Werke, die ihren Verbrauch aus eignen Gruben decken, sparen nicht nur den Unternehmerrisiko, den sonst die Kohlenproduzenten einfließen, sie sind auch den Werken gegenüber, die vom Syndikat beziehen, die hohen Preise zahlen müssen, in demselben Verhältnis, wie für jene die Einkaufspreise mit ihren Kohlen selbstkosten differieren, Konkurrenzfähiger, können bei ungünstiger Konkurrenz um diese Differenz gleichem Gewinnergebnis den Preis der Produkte herabzubringen, die Konkurrenz der Kleinen vollständig lahm legen, während sie, wenn auf dem Warenmarkt Nachfrage nicht hinter Angebot zurückbleibt, bei gleichen Verkaufspreisen, gegenüber den Werken, welche Kohlen kaufen müssen, die Preisdifferenz zwischen Selbstkosten und Syndikatspreisen als Extraprofit einstreichen. Der angeblühete preisdrückende Faktor entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Vernichtungsinstrument für die kleineren industriellen Unternehmen. Daher erklärt es sich auch, daß diejenigen Organe, durch welche die interessierten Werke Verbindung haben, das Lob des Kohlenyndikats singen, wie z. B. die Handelskammer in Dortmund, Bochum und Essen. In diesen Handelskammern dominieren diejenigen Eisenwerke, welche ein Interesse an hohen Syndikatspreisen haben, neben den Kohlenmagazinen, und da wäre es wirklich ein Wunder, wenn die Handelskammern nicht die Ueberzeugung von dem wohltätigen Wirken des Syndikats gewonnen hätten.

Die wohltätige Wirkung ist in die Augen springend bei den Werken mit eignen Kohlengruben. Während die übrigen Werke im vergangen Jahre sehr ungünstig abgeschlossen haben, haben die „Hörsing“, „Dortmund“, „Thyssen“, „Röhrig“, „Gewerkschaft Deutscher Kaiser“, „Bruchhausen“, „Bochumer Verein“, „Bochum und Krupp“, „Essen“ wie auch „Gehr. Stamm“, „Reinmühl“ ganz gute Resultate erzielt, teilweise noch weit über die Ergebnisse der Vorjahre hinausreichend. Warum sollten diese Unternehmen die Syndikatspreisdifferenz verurteilen, wenn durch diese ihre eignen Geschäftsergebnisse günstig beeinflusst werden?

Verwunderlich ist nur, daß das kleinere Unternehmertum, die reinen Bergwerke, die Kleinen- und Maschinenindustrie, nicht energischer gegen die ruinöse Syndikatspolitik auftritt! Jedenfalls haben dieselben die Gefahr, welche in der gezeichneten Entwicklung für ihre eigene Konkurrenzfähigkeit liegt, noch gar nicht erlirmt. Daß durch die Vergewaltigung der Preisbildung diese Gefahr auch nur in etwas beschränkt wird, wird man nun auch in jenen Kreisen wohl nicht mehr glauben. Zunächst verdirbt die Regierung es sich nicht gern mit den Königen der Industrie, und dann hat der Fiskus als Kohlenverkäufer ja auch ein Interesse an hohen Preisen und hat als Preisverderber noch niemals Vorbeugen zu Gunsten versucht. Dabei ist das Kohlenyndikat auf dem besten Wege, seine Macht noch zu vergrößern. Die Bestrebungen, das Coalitionsyndikat und auch die Brüggenwerkverbindung dem Kohlenyndikat — anzuschließen, haben, so viel ist jetzt schon sicher, wenigstens in Bezug auf das Coalitionsyndikat Aussicht auf vollen Erfolg.

Interessant ist, wie einige Hauptstädte nämlich Vorkaufsinhaber wissen. Einige derselben sind nämlich als Kohlen-Hauptaktionäre und Großgewerke und Mitglieder des Kohlenyndikats an sehr hohen Kohlenpreisen interessiert, gleichzeitig sind dieselben Leute aber auch Aktionäre und Aufsichtsräte eines Eisenwerkes, das sich durch Erwerb eigener Gruben vom Syndikat unabhängig machte — Bochumer Verein, Bochum, „Eisen-Industrielle“ und Kohlenkonsumenten verschaffen die Leute sich den Vorteil billiger Kohlen, können daher wohlfeiler produzieren als die Konkurrenz, die von ihnen als Kohlenproduzenten abhängen ist. Durch Verteuerung der Kohlen mittels des Syndikats erleichtern sie sich den Konkurrenzkampf als Eisenindustrielle.

Diese Verhältnisse erklären zur Genüge, weshalb aus industriellen Kreisen heraus die „wohltätige Wirkung“ der Syndikatspolitik offen ausgesprochen und anerkannt wird. Die Leute sind sich treu in dem „Schutz der deutschen Volkswirtschaft“ und „nationaler Interessen“, so wie es ihr Geldbeutel erheischt.

**Die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft** weist in ihrem Abschluß für den Monat Januar wieder einen erheblichen Rückgang des Einnahme-Uberschusses auf. Der Einnahme-Uberschuss betrug im Monat Januar 1902 1 040 783 M., gegen 1 584 545 M. im Dezember vorigen Jahres und 1 504 818 M. im Januar 1901.

**Die Einkäufe der englischen Großhandels-Gesellschaft** im Auslande, wie sie sich 1901 vollzogen, werden durch folgende Zahlen für die Hauptbezugsländer wiedergegeben:

| Bezugsland   | Haupt-Waren                        | Betrag des Bezogenen in Pfund. |
|--------------|------------------------------------|--------------------------------|
| Australien   | Käse, Speck, Schinken, Mehl        | 938 583                        |
| Brasilien    | Butter, Weizen, Zuck, Leder        | 274 425                        |
| Canada       | Käse, Butter, Leder                | 219 073                        |
| Dänemark     | Butter, Schinken, Speck, Eier      | 2 275 261                      |
| Deutschland  | Zucker, Schinken, Eier, Modewaren  | 378 984                        |
| Frankreich   | Zucker, Dörrobst, Modewaren        | 308 353                        |
| Griechenland | —                                  | —                              |
| und Türkei   | Getrocknete Früchte                | 125 806                        |
| Holland      | Reis, Kakao, Käse, Hefe, Margarine | 119 257                        |
| Schweden     | Butter, Eier, Kruten               | 340 139                        |

Der Gesamtimport aus dem Auslande, den die Genossenschaft 1901 hatte, belief sich auf 5 080 206 Pfd.-Sterl. oder 101 805 820 M. Der Transport der Waren wird von der Genossenschaft selbst zum Teil auf ihren eignen, die Strecke regelmäßig abfahrenden Schiffen, zum Teil auf besonders für bestimmte Transporte gecharterte Fahrzeugen besorgt. Besonders trifft für die Einkäufe in Griechenland, Spanien (Apfelsinen etc.), Südamerika (Kaffee) und Schweden (Holz und Holzspänen) zu. Der regelmäßige Schiffsverkehr wird von sechs Dampfern besorgt. Sie halten einen Schiffsverkehr, der vierteljährlich wöchentlich Goole und Hamburg, einmal in 14 Tagen Manchester und Rouen, einmal in der Woche Goole und Calais verbindet. Feste Depots mit dort anwesigen Beamten für den Einkauf hat die Genossenschaft in New York, Montreal, Sidney, Denia in Spanien, Aarhus und Kopenhagen in Dänemark, Hamburg und Gothenburg



Der amerikanische Petroleumtrust, die Standard Oil Company, hat für das laufende Geschäftsjahr die enorm hohe Dividende von 20 Proz. verteilt, die an ihre Aktionäre 20 Millionen Dollar ausgezahlt. Die Gesellschaft hat ihren Aktionären in den beiden letzten Jahren je 48 Millionen Dollar überwiesen und seit dem Jahre 1897 insgesamt 212 Millionen Dollar.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Die Freie Vereinigung der Berliner Holzindustriellen** beschloß in ihrer letzten Generalversammlung, den 1. Mai als Feiertag der Arbeiter nicht anzuerkennen. Ueber die Dauer der Aussperrung derjenigen Arbeiter, die den 1. Mai feiern, will man sich mit den übrigen Verbänden verständigen. Auch im vorigen Jahre ist ein gleicher Beschluß gefaßt, mit dessen Durchführung es aber sehr unglücklich bestellt war. Ferner wurde noch folgender Antrag angenommen: „Unter Hinweis auf die Folgen des § 20 der Satzungen und im Anschluß an den gleichen Beschluß der Delegiertenversammlung der Berliner Tischlerinnung beschließt die ordentliche Generalversammlung der Freien Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin, für ihre Mitglieder die Vergütung des singulär errichteten Arbeitsnachweises der vereinigten Verbände obligatorisch zu machen.“

Der „Reichsbote“ hat seine Sonntagsnummer nicht rechtzeitig fertigstellen können, weil die gottlosen Stereotypen des Blattes teufelscherweise, wie der „Reichsbote“ behauptet, konträrwidrig die Arbeit niederlegten. Wie wir erfahren, erfolgte die Arbeitsniederlegung der Stereotypen infolge Mahregulierung eines Kollegen.

**Achtung! Kleber und Bauhandwerker!** Die Bauten Friedenau, Krenzstr. 13 (Unternehmer Langer, Friedenau, Handjerystraße) und Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraße und Grünstraßen-Ecke (Unternehmer Heinrich, Lüderstr. 40) sind wegen Nichtbewilligung der Tarifpreise gesperrt.

Die Sperre über die Firma Schulz Sohn, Friedrichstraße (Bau Kantstr. 120) ist aufgehoben. Bewilligt haben nachträglich Siebert, Friedrichsfelderstr. 25 (Bau Kantstr. 66), Werschützki, Plantagenstr. 14, und C. Sonnenburg, Goltzstr. 8.

**Bauhandwerker!** Wir fordern Euch hierdurch nochmals auf, uns in unserem Kampf zu unterstützen und alle Kleber nach der Arbeitsberechtigungskarte zu fragen. Schickt alle, die nicht im Besitze einer solchen sind, nach dem Streikbureau der Kleber, Schützenstr. 18/19, Telefon Amt I, 1308.

Die Lohnkommission der Kleber Berlins und Umgegend.

Herr Tapeziermeister S. Feder, Vestingstr. 6, sendet uns in Bezug auf die Veröffentlichung der Lohnkommission der Kleber in unserer Sonntagsnummer eine Nichtigstellung, in der er sagt, daß er schon seit zwei Jahren anfangs 60 Pf. wie verlangt 65 Pf. und mehr zahlt. Von Seiten der Lohnkommission wird dies nicht bestritten. Dagegen hat sich Herr Feder geweigert, den Tarif schriftlich anzuerkennen; infolge dessen erfolgte bei ihm die Arbeitsniederlegung und die Sperre.

**Achtung, Bäcker!** Unter den schwedischen Kollegen gärt es gewaltig. Lebensbewegungen stehen im ganzen Lande unmittelbar bevor. Schwedische Agenten bereisen Deutschland, um unter falschen Angaben deutsche Bäcker dorthin zu locken. Die Kollegen seien hiermit gewarnt.

Der Vorstand des Verbandes der Bäcker Deutschlands (Mitgliedschaft Berlin).

**Achtung, Metallarbeiter!** Die Werkstatt von Koppin, Elsbachstr. 10, ist gesperrt für Drücker und Dreher. Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

**Achtung, Bildhauer!** Die Differenzen bei der Firma Hauser (Stadgeschütz) Berlin, und der Möbelfabrik Felder u. Platten sind noch nicht beigelegt.

**Achtung, Zinkblech und Stürzer!** Die Sperre bei der Firma Goldheim u. Feder, Alexandrinenstr. 33, ist aufgehoben.

Die Agitationskommission.

### Deutsches Reich.

**Achtung, Modellstecher!** Wie der Stettiner „Volksbote“ erfährt, schickt die Gesellschaft „Union“, welche ihre Modellstecher ausgesperrt hat, Zeichnungen nach Stettin und sucht dort auch Modellstecher. Es ist anzunehmen, daß dies auch anderswärts geschieht. Die Modellstecher werden deswegen wiederholt allerorts gesucht, weder Streikarbeit anzufertigen, noch Arbeit in Berlin anzunehmen.

**Die Antwort der Firma Otto Orson in Magdeburg** auf die Weigerung der Arbeiter, einen Arbeiterauschuss zu wählen, besteht darin, daß sie trotz vorgenommener Arbeiterentlassungen nachts arbeiten läßt. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag waren ca. 20 Mann zur Nachtarbeit bestellt. Was soll wohl bei diesen Praktiken herauskommen?

**Die Banarbeiter von Glückstadt** beschloßen, bei den Meistern um Verlängerung des zur Zeit gültigen Vertrages vorstellig zu werden.

**Der Schneiderstreik in Flensburg** ist nun beschlossene Sache. Die Arbeitgeber haben die Lohnforderung der Arbeiter vollständig abgelehnt. Eine Gefellenversammlung, in der 86 Gefellen anwesend waren, beschloß mit 81 Stimmen, die Kündigung einzureichen. Der Ausstand tritt am 8. März in Kraft. Die ledigen Streikenden werden dann sofort abreisen; auch eine Anzahl Verheirateter will nach 8 tägiger Dauer des Streiks Flensburg verlassen. — Zugung ist streng fernzuhalten.

**Achtung, Metallarbeiter!** Wegen Lohn- und Accordreduktion bis 60 Proz. haben sämtliche Schwarzblech-Klempner, Zuschnneider, Drücker und Planierer der Blechwaren-Fabrik Springorum u. Comp., Grafenberg-Platz (Rheinprovinz), die Arbeit niedergelegt. Zugung ist streng fernzuhalten. Alle Anfragen sind zu richten an Heinrich Schweizer, Wille-Weg 216 II.

**Eine Buchdrucker-Versammlung in Hamburg**, die von der „Gewerkschaft“ einberufen und von Gewerkschaftsmitgliedern aus Hamburg, Harburg und Bremen besucht war, erzielte trotz des ablehnenden Verhaltens der Gewerkschaftsmeisterei die Generalkommission der Gewerkschaften, eine Einigung zwischen Verband und Gewerkschaft herbeizuführen. Hossentlich kommt die Generalkommission dem Wunsche nach und ermöglicht es, eine Einigung auf für beide Teile annehmbarer Grundlage herbeizuführen.

**Die Situation in Oetz** ist unverändert. An die Albertischen Arbeiter ist am Sonnabend zum ersten Male Unterstützung ausgezahlt worden.

**Der Streik in der Handschuhfabrik von Müller zu Arnstadt**, welcher seit Anfang November vor. J. dauert, ist durch Vergleich beigelegt worden. Ein Teil der alten Leute tritt wieder in Arbeit, andre dagegen wollen ihre jetzige Kondition nicht aufgeben.

**Die Scharfmacher an der Arbeit.** Eine Aussperrung der Holzarbeiter steht in München bevor. Wegen fortgesetzter Accord-Lohnkürzungen und Mäßigung des wöchentlich zu bezahlenden Contogeldes haben die Tischler der Firma Kehler u. Schnell die Arbeit niedergelegt, nachdem vorausgegangene Verhandlungen mit der Firma resultatlos verlaufen. Daraufhin hat eine am Sonnabend stattgefundene Versammlung der Scharfmacher des Gewerwerkes für München und Umgegend beschloßen, falls bis Dienstag, den 25. d., der Streik bei der Firma Kehler u. Schnell nicht aufgehoben sei, 50 Proz. der bei Verbandsmessern beschäftigten Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes an diesem Abend zu entlassen; falls bis Freitag, den 28. d., abends 6 Uhr, nicht die bindende schriftliche Zustimmung gegeben sei, daß der Streik und die Sperre bei der Firma Kehler u. Schnell aufgehoben, die Streikposten zurückgezogen und Streikunterstützung an die ausständigen Arbeiter eingestellt sei, am Sonnabend, den 1. März, sämtliche bei Verbands-

meistern beschäftigten Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu entlassen.

### Ausland.

**Die französischen Streiks im Jahre 1901.** Bei der Direktion des Arbeitsamtes wurden im Jahre 1901 insgesamt 623 Streiks gemeldet, von drei derselben sind nähere Mitteilungen nicht eingegangen. An den übrigen 520 Ausständen waren insgesamt 111 200 Personen beteiligt, die Zahl der durch dieselben verloren gegangenen Arbeitstage betrug 1884. Darunter befinden sich 181 800 Arbeitstage, die auf 10 800 Arbeiter entfallen, welche nicht direkt an den Streiks beteiligt, sondern nur infolge der Ausstände zur Arbeitsruhe gezwungen waren. Der Umfang der Streiks ist im Jahre 1901 weit hinter dem der zwei Vorjahre zurückgeblieben; im Jahre 1900 betrug die Zahl der Streiktage 3,7 Millionen, die sich auf 222 714 Ausständische verteilten, im Jahre 1899 waren 740 Streiks mit 8,5 Millionen Arbeitstagen zu verzeichnen. Von den Ausständen im Jahre 1901 führten 308 mit 53 540 Streikenden zu einem vollständigen oder teilweisen Sieg der Streikenden, 212 mit 57 600 Streikenden zu einem Mißerfolg. Zu den letzteren gehört der Ausstand der Hafenarbeiter von Marseille. Die 8 hervorragendsten Ausstände umfassen  $\frac{1}{3}$  der Streikenden und  $\frac{1}{2}$  der Streiktage. Es sind dies der der Grubenarbeiter von Montceau, der Hafenarbeiter von Marseille, der Porzellanarbeiter von Bierzon, der Maurer von Grenoble und Toulouse, der Schieferarbeiter von Rimagne, der Glaser von Montluçon und der Grubenleute des Nord und Pas de Calais.

## Gewerkschaftliches.

**Die Denunziationsfähigkeit der Milchzentrale.** Zum Weltkrieg gehörte eine Anklage wegen Uebertretung des § 6 des Preßgesetzes, die gestern vor der achten Strohkammer gegen den Vorsitzenden der Vereinigung der Milchhändler-Bereine Berlins und Vororte, Milchhändler August Wiesener, verhandelt wurde. Die Vereinigung hatte Zettel drucken lassen, die für die einzelnen Bezirksvereine bestimmt waren und folgenden Inhalt hatten: „Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß in ihrem Bezirk folgende Geschäfte mit dem agrarischen Milchring (Centrale für Milchverwertung) in geschäftlichen Verkehr getreten sind.“ Die Einförmigkeit der Namen war vorbehalten worden. Unterzeichnet waren die Zettel namens der Vereinigung durch den Angeklagten Wiesener. Darauf hin wurden vom Schöffengericht sowohl der Drucker, als auch der Angeklagte als „Verleger“ der Zettel zu je 15 M. Geldstrafe verurteilt, weil auf denzetteln der Name des Druckers und des Verlegers fehlte. Hiergegen legte der Angeklagte Wiesener Berufung ein. Rechtsanwalt Dr. Platau führte aus, daß auf eine Mitteilung der vorliegenden Art nur dann der Begriff „Verlag“ und „Verleger“ angewendet werden könnte, wenn es der Jurisprudenz gestattete wäre, von der unbefangenen Beurteilung der Lebensverhältnisse abzugehen. Er bestritt auch, daß es sich im vorliegenden Falle um eine „Verbreitung“ im juristisch-technischen Sinne handle und meinte, daß diese Anklage wohl von einer größeren Aktion übrig geblieben sei, die die Milchzentrale geplant gehabt habe. Thatsächlich habe sich diese seiner Zeit mit der Anfrage an die Polizei gewandt, ob nicht den Leuten, die Ringwils vertreiben, infolge Schmutz gewährt werden könnte, als Wiesener bestraft oder verhaftet werden könnte. Im übrigen erbot sich der Verteidiger, Circulare der Milchzentrale vorzulegen, auf denen gleichfalls weder Drucker noch Verleger angegeben sei. — Der Gerichtshof erkannte auf Verwerfung der Berufung, indem er die Ansicht vertrat, daß diese „Druckchrift“ nicht zu den Ausnahmen des § 6 a 2 zu rechnen sei. Danach sollen von der Vorschrift nur ausgenommen sein die nur zu den Zwecken des Gewerbes und Verkehrs, des häuslichen und geselligen Lebens dienenden Druckchriften, als Formulare, Preiszettel, Visitenkarten etc. Der hier in Frage stehende gedruckte Zettel verfolge aber nicht nur gewerbliche, sondern darüber hinaus auch sozialpolitische Zwecke.

Es ist ja begreiflich, daß die Milchhändler keine Abnung davon haben, wie Socialdemokraten gegenüber das Preßgesetz angewandt wird.

Zweifellos wird die in der Verhandlung aufgedeckte Denunziationsfähigkeit der Milchzentrale das Gegenteil von Sympathie, das diese Institution bisher in der Bevölkerung Berlins genossen, noch um ein bedeutendes Stück vermindern.

**Das Schwurgericht** des Landgerichts II begann gestern eine neue Tagung unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirectors Dieh. Aus der Untersuchungsakten wurde der 30jährige Schuhmacher Otto Kruppa vorgeführt, welcher beschuldigt war, auf dem Tempelhofer Felde einen Menschen derauf mißhandelt zu haben, daß infolgedessen der Tod eingetreten ist. Das Tempelhofer Feld ist bekanntlich der Tummelplatz für allerlei arbeits- und lichtsüchtigen Gesindel. Auch der Angeklagte gehörte zu diesen Leuten. Er soll früher ein fleißiger, ordentlicher Mann gewesen sein, bis er vor etwa 5 Jahren die Frau Weber, eine Prostituierte, kennen lernte, die sich stets auf dem Tempelhofer Felde unthätig verhielt. Von diesem Zeitpunkt an begann mit dem Angeklagten eine plötzliche Wandlung zum Bösen. Er wurde arbeitslos und zog sich eine Bestrafung nach der andern zu. Am Nachmittag des 27. September v. J. hatte sich der 19jährige Gravenur Siegfried Rosenberg mehrere Stunden lang auf dem Tempelhofer Felde aufgehalten. Als er nach Hause zurückkehrte, klagte er über Kopfschmerz und legte sich nieder. Er verlor nach einigen Tagen an Gehirnentzündung. Davon, daß ihm irgend etwas begegnet sei, hatte er nichts erwähnt. Am Tage nach dem Tode Rosenbergs wurde dessen Mutter von einer Hausgenossin die Mitteilung, daß ihr Sohn an dem fraglichen Nachmittag von Wegelagerern auf dem Tempelhofer Felde gemißhandelt worden sei. Frau Rosenberg setzte sich mit den Kindern in Verbindung und diese erzählten ihr, daß fünf Personen, drei Männer und zwei Frauen, in der Nähe der Bodbrauerei im Grase gelagert hätten. Der junge Rosenberg, den sie als Hausgenossen ganz genau kannten, sei mit einem andren jungen Mann auch aufs Feld gekommen und beide hätten sich umweil der ersten Gruppe niedergelassen. Sie seien von den fünf Personen erst gehänselt worden und als Rosenberg sich dann erheben habe, um sich zu entfernen, sei einer von den drei Männern aufgesprungen, auf Rosenberg zugegangen und habe ihm mehrere wichtige Schläge mit der Schirmmütze über den Kopf gegeben. Die Kinder versicherten, daß sie den Angreifer, den sie häufig auf dem Tempelhofer Felde gesehen, sofort wiedererkennen würden und entdeckten auch den Angeklagten als solchen.

**Der Spruch der Geschworenen** lautete auf Schuldig der schweren Körperverletzung mit tödlichem Ausgange unter Billigung von mildernden Umständen. Der Staatsanwalt beantragte gegen denselben 1 Jahr Gefängnis; der Gerichtshof erkannte demgemäß unter Anrechnung von 2 Monaten durch die erlittene Untersuchungshaft.

**Inskripta im Apollo-Theater.** Der Eigentümer dieser Bühne, Herr Max Ziegra, sendet uns zu dem kürzlich veröffentlichten Gerichtsbericht folgende Inschrift: Der Schriftsteller Herr Volten-Bäcker war laut Vertrag als Angestellter des Apollo-Theaters verpflichtet, gegen ein bestimmtes monatlich zu zahlendes Gehalt drei Libretti pro Jahr an die Direktion des Apollo-Theaters zu liefern. Am 15. Dez. 1900 hatte Herr Volten-Bäcker laut Kontrakt das Libretto zu der neuen qu. Operette „Inskripta“ in bühnenfertigen Zustand abliefern müssen. Dieses geschah jedoch nicht, sondern Herr Volten-Bäcker zögerte, obwohl er seine Gage bereits vorläufigweise bis zum 1. Juni 1901 erhalten hatte und nach seiner eigenen Aussage noch zur Lieferung von zwei Stücken verpflichtet war, die Uebergabe seines neuesten Opus an mich von Monat zu Monat hinaus, so daß ich mich genötigt sah, wegen Nichterfüllung der kontraktlichen Verpflichtungen seitens des Herrn Volten-Bäcker den Vertrag zu lösen. Daß das Libretto zu „Inskripta“ noch unter den Vertrag fällt und vollständig bezahlt ist, geht aus den oben angeführten Thatsachen hervor. Da also ein Gehaltsrest nicht ausstand, konnte Herr Volten-Bäcker auch seitens der Direktion des Apollo-Theaters eine Zahlung dieses nicht vorhandenen Restes

unmöglich zugesichert werden. Dessen hat Herr Paul Linde Ruff und Libretto des in Frage stehenden Werkes nicht als „streng vertraulich und privat“ im Theaterbureau zur Aufbewahrung hinterlassen, sondern beides der Direktion des Apollo-Theaters ohne Vorbehalt zur Durchsicht übergeben, so daß von einer widerrechtlichen Oeffnung des Restes und widerrechtlicher Kenntnisnahme des Inhalts gar keine Rede sein kann.

## Veranstaltungen.

**Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer.** In der am Sonntag abgehaltenen Generalversammlung wurden die Verhandlungen der vorigen Generalversammlung fortgesetzt bei dem Punkt: Wie gestalten wir unsere Verwaltung? Zunächst wurde ein Antrag debattiert und angenommen, welcher befragt: Unternehmungen, welche mit Geldkosten verbunden sind, dürfen seitens der Zahlstellen nicht ohne Mitwirkung des Vorstandes vorgenommen werden, ebenso dürfen Inserate und Bekanntmachungen nicht ohne Mitwirkung des Vorstandes erlassen werden. Wie aus der Diskussion hervorging, bezieht sich der Antrag hauptsächlich auf Vergütungen, die von den einzelnen Zahlstellen veranfaßt werden. — Hierauf wurde die Frage diskutiert, ob zur Erledigung der Vereinsgeschäfte ein oder zwei besoldete Vorstandsmitglieder bestellt werden sollen. Hierzu wurde beschloßen: Da die Verwaltung der Organisation durch die Einführung der sogenannten Einheitsmarke wesentlich vereinfacht ist, da es aber andererseits für die Vertrauensmänner-Centralisation der Maurer Deutschlands unerlässlich ist, wenn für sie eine Centralstelle für die Agitation geschaffen wird, so sollen die zur Leitung der Vereinsgeschäfte zu wählenden beiden Personen gleichzeitig die Geschäfte der Häuser-Kommission der Vertrauensmänner-Centralisation der Maurer Deutschlands übernehmen, und zwar so, daß der erste Vorsitzende des Vereins das Amt des Vorsitzenden der zu wählenden Häuser-Kommission übernimmt, und der erste Kassierer des Vereins die Kassengeschäfte der Häuser-Kommission verwaltet. Die Entscheidung der beiden Personen geschieht mit Einwilligung der einzelnen Vereine der Centralisation zu  $\frac{1}{2}$  vom Verein der Berliner Maurer und zu  $\frac{1}{4}$  aus dem Agitationsfonds der Maurer Deutschlands. — Ferner wurde beschloßen: Diejenigen Zahlstellen des Vereins, die mehr als 300 Mitglieder zählen, haben das Recht, dem Bezirkskassierer einen Hilfskassierer zur Seite zu stellen, welche beide mit je 75 Pf. für den Zahlenden entschädigt werden. — Hierauf erfolgte die Renoual des Vorstandes, welche folgendes Resultat hatte: 1. Vorsitzender Julius Gehl, 1. Kassierer Ernst Witte, 2. Vorsitzender Pudig, 2. Kassierer Dietrich, 1. Schriftführer Herrfurth, 2. Schriftführer Löwenstein, Ferner wurden gewählt als Revisoren Domisch, Deubert, Dittmann, als Thesaurier Schütz und Danisch; als Hilfskassierer für Weihenau wurde Grewisch befragt. — Die Versammlung beschloß, daß der erste diesjährige Wochenbeitrag am Sonnabend, den 8. März erhoben wird. — Bericht und Wahl des Ausschusses wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

## Lezte Nachrichten und Depeschen.

**In Schöneberg** wurde gestern Abend in der Stadtverordneten-Sitzung nach vierstündiger heftiger Debatte der Verlängerung des Vertrages mit der englischen Gasgesellschaft in namentlicher Abstimmung mit 43 gegen 12 Stimmen zugestimmt.

### Die zweijährige Dienstzeit in Frankreich.

**Paris, 24. Februar.** (W. Z. V.) Deputiertenkammer. Ministerpräsident Waldeck-Rousseau erklärt, er habe bereits in der Kommission des Senats dargelegt, daß eine Herabsetzung der Dienstzeit zwar möglich sei, wenn zugleich alle Dispense aufgehoben würden, daß aber mit derselben andre Maßnahmen untrennbar Hand in Hand gehen müßten, um nicht dem Zufall zu überlassen. Man müsse in dieser Frage den Wünschen des Landes Rechnung tragen, jedoch ohne etwas zu beschließen, was die nationale Verteidigung schädigen könnte. (Beifall.) Kranz betont, daß man bei der Einführung einer neuen Dienstzeit vorstichtig zu Werke gehen müsse und weist auf das Beispiel Deutschlands hin, welches bei seinen militärischen Reformen stets sehr zielbewußt vorgegangen sei.

Le Hérisse und Gonzon bringen folgende Resolution ein: Die Kammer nimmt die Erklärung der Regierung zur Kenntnis und stimmt dem Princip der zweijährigen Dienstzeit zu, deren Einführung verwirklicht werden soll durch Aufhebung aller Dispense und Annahme von Kapitalanten mit Rücksicht auf die Verstärkung der einzelnen Truppenkörper und der Sicherstellung der nationalen Verteidigung. Die Resolution wird mit 553 gegen 2 Stimmen angenommen und die Sitzung sodann geschlossen.

### Unterhand.

**London, 24. Februar.** (W. Z. V.) Schatzsekretär Hildesbach erwiderte an Stelle Cranbornes auf eine bezügliche Anfrage, die fremden Truppen in Shanghai besäßen gegenwärtig annähernd aus 800 Briten, 700 Franzosen, 500 Japanern und 800 Deutschen. Für endgültige Räumung Shanghais sei bis jetzt keine Vereinbarung getroffen.

### Zur italienischen Kabinetts-Krise.

**Rom, 24. Februar.** (W. Z. V.) Da die Lösung der erusten innerpolitischen Frage niemand übernehmen will, hat das Kabinetts-Rat sich entschloßen, im Amte zu verbleiben. Das Fortbestehen der öffentlichen Arbeiten soll einem Senator übertragen werden. Erst wenn sich die parlamentarische Lage geklärt hat, soll eine durchgreifende Rekonstruktion des Ministeriums erfolgen.

**Büroberg i. Pr., 24. Februar.** (W. Z. V.) Gestern ist auf dem Eis des Koschkes bei Jodanisburg ein Fuhrwerk mit zwei Männern und drei Frauen eingebrochen. Die Insassen des Fuhrwerks und die Pferde sind ertrunken.

**Cwila, 24. Februar.** (W. Z. V.) In einem hiesigen Hotel hat sich ein elegant gekleidetes Paar, welches anscheinend aus Deutschland zugereist ist, erschossen. Es ist bisher nicht gelungen, die Identität der beiden festzustellen.

**Wien, 24. Febr.** (W. Z. V.) Im Einlaufe des Abgeordnetenhauses befindet sich eine Interpellation Kubil betreffend das Vorgehen der preussischen Gendarmerie in Myslowitz gegenüber Auswanderern.

**Prag, 24. Febr.** (W. Z. V.) Große Vermehrungen im Betrage von mehreren Millionen Kronen sind bei dem Bürgerlichen Brauhaus in Budweis entdeckt worden. Die Unterschlagungen reichen bis auf 10 Jahre zurück. Die gezahlten hohen Dividenden sind auf Grund falscher Buchungen herangerechnet worden.

**Rom, 24. Februar.** (W. Z. V.) Infolge des teilweisen Ausstandes des Eisenbahnbeamten in Turin hat die Regierung heute verfügt, daß das Eisenbahnpersonal in ganz Italien unter militärischen Befehl gestellt und, soweit nötig, durch Militär ersetzt wird. Da der gegenwärtige Effektivebestand der Armee ein geringer ist, ist eine Jahresklasse zu den Waffen einberufen worden.

**Turin, 24. Februar.** (W. Z. V.) In den Gas- und Elektrizitätswerken herrscht wieder die gewohnte Thätigkeit, der Straßenbahnverkehr ist nicht gestört. Ein Teil der Eisenbahnbeamten und der Typographen sind in den Ausstand getreten, die Zahl der ausständigen Arbeiter beträgt jedoch nicht mehr als 20 Proz. der Gesamtzahl der hiesigen Arbeiter.

**Madrid, 24. Februar.** (W. Z. V.) Hier herrscht wieder vollkommene Ruhe; Straßenbahnen und öffentliches Fuhrwerk sind in unge störtem Betriebe. In den meisten Werkstätten sind die Arbeiter wieder angetreten. — In Barcelona herrscht ebenfalls volle Ruhe, die Zeitungen sind heute erschienen, die Fabriken haben ihre Thätigkeit wieder aufgenommen.



Reichstag.

151. Sitzung vom Montag, 24. Februar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Hr. v. Thielmann. Eingegangen sind Uebersichten über die Verhältnisse der Arbeiter in Betrieben der Heeres- und Marinewerwaltung. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern.

Der Titel Zölle wird auf Antrag des Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Bp.) an die Budgetkommission überwiesen. Es folgt der Titel Tabaksteuer.

Abg. Dr. Köstke-Kaiserlautern (B. d. L.) macht auf den Rückgang des inländischen Tabakbaues aufmerksam. Schuld daran trägt die ungenügende Spannung zwischen Höhe der Steuer und Höhe des Zolles. Die Steuer beträgt 45, der Zoll 85 M. pro 100 Kilo. Der Durchschnittswert importierten Tabaks unverzollt beträgt ca. 170 M., so daß der Zoll etwa 60 Prozent des Wertes bedeutet. Die Einfuhr ist aber von 1880-1900 von 10 000 bis auf 58 000 Tonnen gestiegen. Der Rückgang der inländischen Produktion ist aber wesentlich durch Verneuerung des Imports. Daher ist ein höherer Zollsatz unbedingt notwendig. Unser inländischer Tabak ist dadurch konkurrenzfähig gegenüber dem importierten. (Lachen links.) Wir sind eben in unfern Ansprüchen bescheidener als die Herren der Zölle. (Heiterkeit.) Eine wesentliche Ursache des Rückganges der heimischen Produktion ist auch die Art der Besteuerung, die als Flächensteuer eine Beschränkung der Kleinen Pflanzung und eine Behinderung der technischen Entwicklung bedeutet. Das Beste wäre, eine Wertsteuer einzuführen. Ich hoffe, daß bald eine Vorlage in dieser Richtung kommen wird. Nur auf diesem Wege kann neben einer starken Erhöhung des Zolles auf ausländischen Tabak den deutschen Tabakbauern geholfen werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Mollenbuhr (Soz.):

Die Ausführungen des Herrn Vorredners haben nur bewiesen, daß er von den wahren Ursachen des Rückganges des deutschen Tabakbaues keine Ahnung hat. Er führte aus, daß die Selbstkosten zu hoch und die Preise zu niedrig sind und daß infolgedessen, wenn eine höhere Spannung zwischen Steuer und Zoll eintritt, dann der inländische Tabakbau sich heben würde. Weshalb geschah das denn nicht im Jahre 1879, als der Zoll von 24 M. auf 85 M. und die Steuer von 7 M. auf 45 M. erhöht, also die Spannung doch erheblich gesteigert wurde. In den ersten Jahren trat das ja auch ein. Die Tabakbauern spekulierten darauf, daß sie nunmehr die einträglichsten Tabakfabrikanten sein würden; mußten aber die bittere Erfahrung machen, daß ihre Rechnung ein großes Loch hatte, und daß ihr Absatz immer geringer wurde. Die Ursache lag darin, daß der deutsche Tabak in sehr vielen Arten gar nicht zur Cigarrenfabrikation zu gebrauchen ist.

Die deutschen Tabakfabrikanten verzeichnen sich nicht ausländischen Tabak, weil sie deutschfeindlich sind, sondern weil sie den deutschen zur Cigarrenfabrikation nicht brauchen können. Dieser Tabak muß daher zu Pfeifentabak verschmitten werden. Die Zollerhöhung von 1879 brachte aber notwendigerweise eine erhebliche Vertenerung des Pfeifentabaks mit sich, weil die ganze Zollerhöhung ausschließlich von den Konsumenten erhoben werden mußte. Anders liegt es bei der Cigarrenfabrikation. Da verstanden es die Fabrikanten, aus Bremen nach dem Binnenlande zu gehen, weil man in den badischen Dörfern Pfeifentabak für einen Lohn herstellte, der billiger ist als der Lohn, der in norddeutschen Gefängnissen bezahlt wird. Daher war es möglich, den Zoll nicht dem Konsumenten aufzuballen, sondern dem Arbeiter vom Lohn abzuziehen und die Cigarren zum alten Preis anzubieten. Nun wurde zwar ausgeführt, daß die Einfuhr des ausländischen Tabaks erheblich gestiegen sei. Herr Köstke hat also ganz tendenziöse Zahlen gewählt. Er sprach dann weiter von den Kleinen und Kleinsten Leuten, die Tabak bauen. Nun, Herr Heyl zu Herrnsheim, der ja auch Tabak baut, gehört wohl auch zu den Kleinen Leuten, denen geholfen werden muß? Dem Kleinen Tabakbauer thun Sie einen schlechten Dienst, wenn Sie ihn mit dem Zoll belasten wollen. Wie wir an den Ländern sehen, wo hohe Zölle erhoben werden, würde der Erfolg nur sein, daß auch in Deutschland nur noch Cigarren geraucht würden, und wenn das der Fall ist, können Sie den deutschen Tabak nicht mehr gebrauchen, höchstens als Pflanzung. Zugabe ist, daß die Art der Steuererhebung manche Plakereien mit sich bringt. Die Wertsteuer, die Herr Köstke empfiehlt, ist undurchführbar und auch ungerecht. Wenn sich ein Weg findet, die Steuer zu vereinfachen, wollen wir auch dafür sein. Ich begreife ja, daß in der Zolltarif-Kommission Anträge auf Zollerhöhungen von den Herren auf der Rechten gestellt sind. Was kümmern sich die Herren um die 150 000 Tabakarbeiter. Im Anfang der achtziger Jahre mußten dieselben zu Tausenden nach Amerika auswandern. Damals wurden die männlichen Arbeiter durch die weiblichen ersetzt. Jetzt haben Sie ja die weiblichen und wenn die noch mehr bedrängt werden, dann können Sie sich ja der Prostitution ergeben. Was kümmern Sie sich darum. (Mruhe rechts. Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Balkeström: Der Herr Abg. Mollenbuhr hat ohne jede Veranlassung, ohne jede Provokation die privaten Verhältnisse eines andern Abgeordneten, des Herrn Abg. Freiherrn Heyl zu Herrnsheim hier mit seinen Ausführungen verwickelt. Ich muß das als gänzlich unangebracht bezeichnen.

Schatzsekretär Hr. v. Thielmann:

Die Art und Weise, wie die beiden Vortredner verfuhr haben, die Gründe für den Rückgang des heimischen Tabakbaues zu ermitteln, erinnert mich lebhaft an ein kleines Geschichtchen. Ein französischer König wandte sich an die Pariser Sorbonne mit der Frage: „Weshalb wiegt ein toter Fisch mehr als ein lebendiger?“ Die verschiedensten Gutachten liefen ein mit den verschiedensten Gründen für diese Ermahnung. Als aber dann der König den lebenden und den toten Fisch wiegen ließ, fand man, daß das Gewicht daselbe war. (Heiterkeit.) Man kann gar nicht sagen, daß der deutsche Tabakbau von 1879 bis heute ständig zurückgegangen ist. Es zeigen sich große Schwankungen. 1880 betrug die Anbaufläche über 24 000 Hektar. Damal sank sie herunter bis 15 000. Von 1893-1898 aber stieg sie wieder auf 22 000. 1898-1899 kam dann der plötzliche Abstieg auf 14 000 und einige Hundert Hektar. Wären die Gründe, die von der einen und andern Seite für den Niedergang des Tabakbaues angeführt sind, richtig, dann müßte er seit 1880 nachhaltig und dauernd in Absteigen gewesen sein. Dieser dauernde Rückgang aber kann nicht bewiesen werden. Für den einzelnen Tabakbauer ist die Frage entscheidend, welchen Ertrag die Fläche im Vorjahre ergeben hat. Danach bestimmt er, ob sie wieder mit Tabak bebaut werden soll oder nicht. Daß derjenige Tabakbauer, der ein leichtes Blatt herstellt, sich nicht schlecht gefanden hat, hat ja auch Mollenbuhr zugestanden. Wie der Flächensteuer ist es nicht möglich, das richtige Spannungsverhältnis zum Zoll festzustellen. Bei einem Mißwachs wird der Tabakbauer durch diese Steuer schwer geschädigt, und deshalb ist man auch zur Wertsteuer übergegangen. Die Wertsteuer ist noch schwieriger als ein Wertzoll, denn der Tabak wechselt an Gabe außerordentlich, und die Steuerbehörde kann der Pflanze nicht ansehen, welchen Wert sie schließlich als Tabak liefern wird. Bei der Einführung der Wertsteuer würden wir auf den Widerspruch des Reichstages stoßen, und dieser wird eingeführt, so würden sich eine Menge Kuriositäten ergeben, die den Tabakbauer schwer schädigen.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Wenn es möglich gewesen ist, die Plakereien der Erhebung der Tabaksteuer in Elsaß-Lothringen zu beschränken, so muß es auch im übrigen Deutschland möglich sein. Der Rückgang des Tabakbaues ist zum großen Teil auf diese Plakereien zurückzuführen. Ich denke, im allgemeinen spezifisch über den deutschen Tabakbau. Die Dörfer, die den Tabakbau aufgegeben haben, nehmen an Prosperität zu. Abg. Dr. Köstke-Kaiserlautern (Bund der Landwirte) hält dem Abg. Mollenbuhr entgegen, wenn er recht gehabt hätte, wäre er nicht groß geworden. Wohin kommen wir denn, wenn wir zu einander sagen: Du versiehst nichts davon. Mollenbuhr warf mir vor, wir machten Versprechungen. Ja, welche politische Partei macht denn so viel Versprechungen, wie die Sozialdemokratie. (Sehr richtig! rechts.) Auch bei der Wertsteuer kommt es doch ganz auf die Ausführung an. Und darüber haben wir ja mitzubestimmen. Die Interessen der Tabakarbeiter würden von Mollenbuhr besser verteidigt werden, wenn er mit mir für den deutschen Tabakbau eintreten würde. Denn dadurch wird die deutsche Tabakindustrie nicht geschädigt. Auch ich will den Schutz des deutschen Arbeiters.

Abg. Heyl zu Herrnsheim (natl.): Der ausländische Tabak hat leichtere Rippen als der deutsche. Die Gewichtsteuer trifft also das deutsche Produkt viel härter als das ausländische. Mit Hilfe eines neuen Längungsmittels läßt sich der deutsche Tabak sehr verbessern. Das weiß ich aus eigener Erfahrung. Ich werde, wo ich Gelegenheit habe, auch in der Zollkommission, für die Kleinen Tabakbauern eintreten. (Auf bei den Sozialdemokraten: Sie sind ja gar nicht drin!) Natürlich muß auch der Zoll für Cigarren und Cigaretten erhöht werden. Der deutsche Zoll auf Cigaretten ist geradezu ein Kinderpiel gegen den amerikanischen Zoll.

Abg. Mollenbuhr:

Ich bin nicht groß, sondern höflich gegen Herrn Köstke gewesen. (Heiterkeit.) Ich habe seine Ausführungen nur auf seine Unkenntnis zurückgeführt. War es aber nicht Unkenntnis, dann war es etwas viel Schlimmeres. Ich habe ihm nachgewiesen, daß er ganz willkürlich ein Jahr aus der Statistik herausgehoben hat. Das ist aber Thatsache. Ich war Cigarrenarbeiter; ich habe erlebt, wie zahlreiche Familien von Tabakarbeitern durch den Zoll zu Grunde gerichtet worden sind. Damals hat die Erhebung der Tabakindustrie von Norden nach Süden und die Erhebung der Männerarbeit durch Frauenarbeit stattgefunden. Die Löhne sind jetzt so herabgedrückt, daß sie etwa auf einer Stufe mit denen der thüringischen Spielwörterarbeiter stehen. Und wird der Zoll von neuem erhöht, so ist eine weitere Verschlechterung der Lebenslage der Tabakarbeiterinnen und damit eine Entwürdigung ihrer Sittlichkeit die unabwendbare Folge. Herr v. Heyl hat ganz allgemein behauptet, der ausländische Tabak habe dünnere Rippen, als der einheimische. Es giebt aber genug amerikanische Tabake, wie Domingo und andre südamerikanische Tabake, die eine sehr dicke Rippe haben. Herr v. Heyl hat dann auf ein neues Längungsmittel hingewiesen, das die Drumparbeit des einheimischen Tabaks erhöht. Daraus geht hervor, daß der einheimische Tabak bisher in vielen Sorten zur Cigarrenfabrikation nicht verwendbar war, weil er unregelmäßig brennt.

Abg. Dr. Köstke-Kaiserlautern (B. d. L.):

Ich versichere, nicht wie durch Vergrößerung des inländischen Tabakbaues die Arbeiter arbeitslos werden sollen. Diesen muß es doch gleichgültig sein, ob sie ausländischen oder inländischen Tabak verarbeiten. Dadurch unterscheiden wir uns eben von Ihnen, daß wir auch die Unterlage für die Beschäftigungsmöglichkeit der Arbeiter schaffen wollen. Ich bin der Ueberzeugung, daß die Arbeiter das mit der Zeit auch einsehen werden. Herrn Mollenbuhr danke ich, daß er gesagt hat, was er gesagt habe, nicht für groß, das läßt einen Schluß zu auf seine gewöhnlichen Umgangformen. Herr Mollenbuhr hat es auch nicht widerlegt, daß die Einfuhr des ausländischen Tabaks in dauerndem Steigen begriffen ist.

Abg. Mollenbuhr (Soz.): Herr Köstke verstand es nicht, weshalb bei Erhöhung des Tabakzolls viele Arbeiter arbeitslos werden würden. Die Gründe sind dieselben wie im Jahre 1880. Wenn eine Zollerhöhung in Aussicht steht, dann versorgen sich eben alle Leute mit Cigarren, und tritt dann der Zoll in Kraft, dann ist die Folge eine allgemeine Arbeitslosigkeit und Arbeiterentlassungen. Daß Herr Köstke meint, den Arbeitern wäre es gleich, ob sie ausländischen oder inländischen Tabak verarbeiten, nehme ich ihm nicht weiter ab, denn er hat jedenfalls noch niemals Tabak verarbeitet. Thatsächlich ist der ausländische Tabak bedeutend leichter zu verarbeiten.

Abg. Köstke-Kaiserlautern (B. d. L.) weist nochmals an Hand der Zahlen des statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich darauf hin, daß die Einfuhr von Tabak seit 1850 stetig gewachsen ist. Damit schließt die Diskussion; der Titel wird bewilligt, ebenso debattelos der Rest des Etats, sowie der Etat der Reichssteuerabgaben.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Präsi. Graf Balkeström: Meine Herren! Ich schlage Ihnen für die nächsten beiden Tage der Budgetkommission für ihre Arbeiten vorzutreten (Bravo!) und die nächste Sitzung zu halten Donnerstag 1 Uhr (Wahlprüfungen (Abg. Priepe (natl.), Sieg (natl.), Gothein (fr. Bp.)), Petitionen. Schluß 3 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

34. Sitzung vom 24. Februar, 11 Uhr. Am Regierungstisch: Hr. v. Hammerstein. Die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt beim Titel „Ministergehalt“. Zunächst ergreift das Wort Geh. Oberregierungsrat v. Falkenhahn:

Ich habe inzwischen Gelegenheit genommen, das Stenogramm vom Sonnabend durchzulesen und fühle mich zu der Erklärung verpflichtet, daß es mir ferngelegen hat, der Mehrheit der Berliner Stadtverordneten-Versammlung unsachliche Motive bei der Wiederwahl des Herrn Kaufmann unterzulegen. Der Zweck meiner Ausführungen ging vielmehr dahin, darauf hinzuweisen, daß nach §. 33 der Städte-Ordnung die ohne Veranstaltung neuer Momente erfolgende Wiederwahl eines einmal nicht Versärgelten der Verweigerung der Wahl gleichzusetzen ist. (Vereinzelt Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Voigt (natl.): In dem Hotel „Zum preussischen Hof“ in Grimmen hat keine sozialdemokratische Versammlung stattgefunden, darüber war der Minister falsch orientiert.

Minister des Innern Freiherr v. Hammerstein:

Ich habe nur gesagt, daß im „Preussischen Hof“ in Grimmen Sozialdemokraten an den Versammlungen teilgenommen haben. Darin ähnelte sich ja gerade die bedauerliche Vergrößerung mit den Sozialdemokraten, die dort hervorgetreten ist. (Lachen links.) Was die Versammlung im Circus anlangt, habe ich mich inzwischen nach der Handhabung des Vereinsgesetzes hierbei beim Polizeipräsidenten erkundigt. Der Polizeipräsident hat rechtzeitig die Veranstaltung dortan aufmerksam gemacht, daß gegen die Versammlung nicht teilnehmen dürfen. Das hat auch auf den Eintrittskarten und den Anschlagzetteln im Circus gestanden. Wenn nun doch einige Frauen in der Versammlung gewesen sind, so hat der Polizeipräsident dagegen nicht vorgehen zu sollen geglaubt, weil diese Frauen sich thatsächlich nicht an den Verhandlungen beteiligt haben. Ebenso, wie in diesem Hause, ist es auch dort möglich, daß Frauen als Zuhörerinnen anwesend sind. Es läme allerdings in Frage, daß man ein besonderes Segment des Circus als Zuhörertribüne reservierte. Der Polizeipräsident wird für künftige Versammlungen darauf noch sehr Angemessen rüthen und ausdrücklich darauf hinweisen, daß diese Vermischung von Männern und Frauen (Sittensitte Heiterkeit) nicht zulässig ist. Er hofft, daß dieser Aufforderung im nächsten Jahre entsprochen werden wird. Die preussische Verwaltung ist so gut und so groß, weil in der unteren Instanz die persönliche Verantwortung auf der einen verantwortlichen Person des Landrats ruht. Es muß deshalb das Bestreben sein, diese landräthliche Instanz mit allem Zuständigen und so zu kräftigen, daß sie noch mehr als jetzt dem Staatswesen und der Bevölkerung dient. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Crüger (fr. Bp.):

Besonders interessant waren die Ausführungen des Ministers über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts bei der Versammlung des Bundes der Landwirte im Circus Busch. Ich freue mich, daß der Minister bereit ist, das Vereinsgesetz nicht zu engherzig auszulegen, wie es seitens des preussischen Ober-Verwaltungsorgans geschehen ist, das politischen Vereinen sogar die Abhaltung von Tanzfränzchen untersagt hat. Auch aus diesem Widerspruch geht die Notwendigkeit einer Abänderung des Vereinsgesetzes hervor, und wir dürfen nach der abgegebenen Erklärung des Ministers auf ein gereinigtes Ohr der Regierung hierbei hoffen. (Sehr gut! links.) Weiter hat der Minister es getadelt, daß Sozialdemokraten an den freisinnigen Versammlungen in Grimmen teilgenommen hätten. In welcher politischen Versammlung sind aber Sozialdemokraten nicht vertreten? Gerade weil man es den Sozialdemokraten unmöglich macht, eigene Versammlungsfälle zu bekommen, so bleibt ihnen nichts andres übrig, als in die Versammlungen der andern Parteien zu gehen.

Ich möchte ferner an den Minister die Anfrage richten: wie steht er zu der Verleihung des Stadtraths an die großen in der Umgebung Berlins gelegenen Dörfer Lichtenberg, Weißensee und Wilmerdorf? Die Verleihung des Stadtraths ist für diese Dörfer von entscheidender Bedeutung, ja sie ist eine Lebensfrage für ihre weitere wirtschaftliche Entwicklung. Der Landrat v. Stubenrauch soll aber gesagt haben, er werde dafür sorgen, daß kein weiteres Dorf seines Stadtraths Stadt werde. (Hört! hört! links.) Ist das ein objektiver Standpunkt? In den betreffenden Orten ist man der Ueberzeugung, daß ihr Gesuch auf Verleihung des Stadtraths dilatorisch behandelt werde. So soll der Landrat des Niederbarnimer Kreises das Gesuch von Lichtenberg nicht in die höhere Instanz weitergeben haben. Der jetzige Zustand bedeutet eine Charnaker dieser Gemeinden, die einen ausgesprochen städtischen Charakter haben. (Beifall links.)

Minister Freiherr v. Hammerstein:

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die großen Dörfer in der Umgebung Berlins einen städtischen Charakter haben und daß für sie die dörfliche Verfassung vielfach nicht genügt. Schöneberg und Nixdorf sind ja bereits mit der Städte-Ordnung bedacht worden und sogar zu kreisgemeinden gemacht worden. Ein ähnliches Bedürfnis wird sich voraussichtlich bei einer Anzahl anderer Orte auch herausstellen. Diese Ergänzung darf aber nicht schablonenartig erfolgen, sondern unter sorgfältiger Prüfung des Bedürfnisses jedes einzelnen Ortes. Ich muß entschieden bestritten, daß die Regierung sammtlich dabei verfahren wäre oder daß die Landräthe ihre Schuldigkeit nicht gelhan hätten. Es ist ganz falsch, daß, wie der Vorredner behauptet hat, ein Gesuch der Gemeinde Lichtenberg nicht an die höhere Instanz gelangt sei, weil der Landrat des Niederbarnimer Kreises es in seinen Akten habe liegen lassen. Diese Eingabe hat mir vorgelegen, ich habe ihr aber keine Folge gegeben, weil in Lichtenberg sich inzwischen selbst andre Pläne geltend machten, wie der Gedanke, entweder einen Teil Nixdorfs oder die ganze Gemeinde mit Berlin zu vereinen. Es haben darüber längere Unterhandlungen zwischen Berlin und Lichtenberg stattgefunden. Diese sind vor kurzem gescheitert, und jetzt hat Lichtenberg einen Antrag auf Einführung der Städte-Ordnung wieder angenommen. Auf Grund dieser neuen Eingabe ist der Regierungspräsident vor wenigen Tagen zu einer erneuten Berichterstattung über die Sachlage aufgefordert worden. Rechnerische Angaben, die aber noch keinen amtlichen Charakter angenommen haben, sind bezüglich Wilmerdorfs erfolgt. Dort sind sich die Interessenten aber noch nicht klar darüber, ob sie für Wilmerdorf allein oder mit Steglitz zusammen das Stadtrecht erwerben wollen, oder ob Teile dieser Orte in Schöneberg inkorporiert werden sollen. Die Zukunft dieser Orte wird jedenfalls die sein, daß sie die Städte-Ordnung bekommen, die ihnen früher, die andern später, je nach dem Bedürfnis des einzelnen Ortes.

Abg. Westermann (natl.):

Ich kann zu meinem Bedauern nicht mit dem Gesamturteil übereinstimmen, das Herr v. Cynern über die Thätigkeit des Bundes der Landwirte gefaßt hat. Ich glaube, daß sich Herr v. Cynern durch einzelne Vorurtheile hat verleiten lassen, ein zu ungläubiges Gesamturteil über den Bund zu fällen. Hoffentlich wird eine Einigung zwischen Industrie und Landwirtschaft zu Stande kommen.

Abg. Schwarze (C.) kommt auf den Fall Kaufmann zurück, und meint, wenn die Reichstagsmehrheit die Laune haben sollte, Kaufmann zum Vizepräsidenten des Reichstags zu wählen, so wäre er auf einmal hoffähig. (Heiterkeit links.)

Abg. Dr. Sahn (B. d. L.):

Ich habe leider der Sitzung dieses Hauses vom Sonnabend fernbleiben müssen, weil ich einer Einladung aus katholischen Kreisen des Rheinlandes gefolgt bin. (Abg. im Centrum.) Ich bin in der Lage, Ihnen die betreffenden Briefe vorzulegen. Herr v. Cynern hat sich am Sonnabend in einer Weise geäußert, die in diesem Hause zum mindesten ungewöhnlich ist. Ich war zunächst über seine Ausführungen etwas verblüfft. Der Bund der Landwirte ist keine politische Partei, sondern eine wirtschaftspolitische Vereinigung, die in allen Parteien, mit Ausnahme der freisinnigen und Sozialdemokraten Anhänger zählt. Nur diese beiden Parteien sind für uns nicht zugänglich. Fürst Bis marck äußerte im Jahre 1897, als unser lieber Herr Vorredner Herr v. Bloch, Herr Dr. Köstke und ich ihn besuchten, seine Freude über die Bewegung des Bundes und sagte weiter zu uns: „Meine Herren, merken Sie sich eins: „La rocherche de la fraction est interdit.“ (Das Forschen nach der Fraktion ist untersagt.) So hat denn der Bund Anhänger unter Konservativen und Freikonservativen, unter Nationalliberalen, Antisemiten und im Centrum. Der Bund der Landwirte sucht bei jeder Wahl zu ergründen, welcher der für ihn möglichen Kandidaten am besten die Interessen der Landwirtschaft vertritt. Natürlich wird dabei die Wahl des Bundes nicht auf ausschließliche Kandidaten fallen, wir wollen auch Wahlerfolge sehen! So ist auch Kollege Westermann, der vorhin gesprochen hat, mit Unterstützung des Bundes der Landwirte gewählt worden. Herr Dr. Friedberg sieht eine politische Charakterlosigkeit des Bundes darin, daß dieser je nach Sachlage die Kandidaturen verschiedener Parteien unterfiehlt. Wenn die Herren Nationalliberalen solche Anschauungen über politische Charakterlosigkeit und Charakterlosigkeit haben, wundere ich mich nur, daß die Herren aus ihrer Mitte jahrelang Mitglieder des Hauptvorstandes des Bundes der Landwirte gewesen sind. Ich behalte mir für später vor, noch schärfere Worte gegen die Herren zu gebrauchen, wenn sie sich nicht belehren lassen wollen. (Lachen links.) Ich bedauere, daß Herr v. Cynern sich dazu hat hinreissen lassen, zu sagen, er glaube, daß viele Tausende einem Sozialdemokraten den Vorzug geben würden vor einem Bündler. Wie kommt Herr v. Cynern, der doch eine Partei von Bildung und



Westh vertritt, dazu, von solchem Glauben zu sprechen? Man weise mir eine einzige Entgegnung, die ich in diesem Hause begangen hätte, nach. Ich habe nie einen Ordnungsruf bekommen und nie etwas zurücknehmen müssen. Davor sichert mich auch meine Erziehung. Ich kann auch die Auffassung des Herrn v. Echnern nicht zugeben, daß die Wohlfahrt des Landes vom Abschluß von Handelsverträgen abhängt. Das ist die Capitalistische Anschauung; die Bismarcksche ging dahin, daß die Wirtschaftspolitik des Landes auszugehen hat von der Pflege des Inlandsmarktes, von der Heimat, nicht von der Ausländer. Herr v. Echnern hat einen Ausdruck von mir über die Flottenvorlage eingelesen. Es ist ja sonst nicht üblich, Äußerungen, die im Hohen des Parlaments gefallen sind, in der breiten Öffentlichkeit zu verwerfen. Ich habe aber nie bestritten, daß mir hier diese Entgegnung passiert ist (Große Heiterkeit links) und daß ich die Flotte mit dem bekannten Ausdruck bezeichnet habe. Die Flottenvorlage war aber auch in ihrer ersten Gestalt geeignet, die Fürsorge für unser Heer zu gefährden. Man sollte also nicht immer wieder mit solchen Wägchen kommen.

Präsident v. Krüger (unterbrechend):

Einem Abgeordneten vorzuwerfen, daß er Wägchen mache, ist doch nicht schön. (Heiterkeit.)

Hg. Dr. Hahn (fortfahrend):

Die von Herrn v. Echnern angeführten Äußerungen des Herrn v. Los sind tatsächlich gefallen, wie ja auch z. B. im Randover so harmlose und frische Äußerungen zu fallen pflegen. Es gehört Hyperboreosität und der Genuß von alibi-ästhetischen Thee dazu, um solche Äußerungen allzu furchtbar zu empfinden. Herr v. Echnern hat die Äußerungen nur für seine Person gemacht. Wäre das nicht der Fall, so könnte das für die nationalliberale Partei bei den nächsten Wahlen sehr üble Folgen haben. Ich wundere mich nur, daß so verschiedene Elemente in der nationalliberalen Partei friedlich nebeneinander sitzen. — Nun noch einige Worte an die Herren vom Centrum. (Aus vom Centrum: „Jetzt kriegen wir's!“) Ich höre das lustige Wort „Jetzt kriegen wir's“, das ist aber nicht der Fall. (Heiterkeit.) Die katholische Bevölkerung des Rheinlandes befreundet sich mehr und mehr mit dem Gedanken, daß das Centrum mit dem Bund der Landwirte gehen muß. Die Centrumpresse freilich hängt noch vielfach eine große Antipathie gegen den Bund, besonders wegen seines Vorgehens bei der Posttarif-Vorlage. Wir müssen aber erst abwarten, wie der industrielle Teil des Posttarifs aussehen wird; vorher können wir nicht sagen, ob wir ihn annehmen oder ablehnen werden. Ein Zusammengehen des Bundes mit dem Centrum wird durch nichts verhindert, aber es war notwendig, daß wir Äußerungen auch in die Centrums-Wahlkreise brachten. (Lachen im Centrum.) Wir sind nur gerufen in die Centrums-Wahlkreise gekommen und haben in unseren Versammlungen den allergrößten Erfolg gehabt. Das Centrum kann dem Bunde für seine Thätigkeit nur dankbar sein. (Beifall rechts.)

Hg. v. Echnern (natl.):

Herr Hahn hat selbst zugegeben, mit seinem Worte von der „gräßlichen Flotte“ eine Entgegnung begangen zu haben. (Heiterkeit links.) Er hat weiter die Nationalliberalen aufgefordert, sich vor dem Bund der Landwirte zu hüten. Ich möchte doch Herrn Dr. Hahn bitten, sich selbst in acht zu nehmen. Er ist leider mit Hilfe der Nationalliberalen gewählt worden. (Zuruf: Lebewohl! Heiterkeit.) Er fordert von mir den Beweis für die Meinung vieler Tausender, daß die Socialdemokratie gemäßigter sei, als der Bund. Wie soll ich das beweisen. Diese Leute glauben es eben und nicht mit Unrecht. Die Socialdemokratie ist von ihrem Standpunkt aus bestrebt, unzufriedene Leute unzufrieden zu erhalten. Der Bund dagegen bemüht sich nach Möglichkeit, zufriedene Leute unzufrieden zu machen. (Sehr gut! und große Heiterkeit links.) Es ist in der That eine politische Charakterlosigkeit, wenn der Bund bei jeder Wahl denjenigen Kandidaten unterstützt, der zuerst zu ihm kommt. Ob Dr. Hahn selbst politisch charakterlos ist, weiß ich nicht, dazu kenne ich ihn zu wenig. Bismarck würde heute kaum noch dem Bunde seine Befriedigung ausgedrückt haben, sondern mit mir der Ueberzeugung sein, daß der Bund die Wohlfahrt des Landes schwer gefährdet. (Lärm rechts. Leb. Beifall links.)

Hg. Hansen (Däne) bringt Beschwerden über Ausweisungen von Dänen aus Schleswig-Holstein zur Sprache. Besonders viele Ausweisungen hätten in den letzten Wochen stattgefunden angesichts der bevorstehenden Reichstags-Wahl für den verstorbenen Hg. Johannsen.

Minister Herr v. Hammerstein:

Die Staatsregierung denkt nicht daran, von ihrer bewährten Politik in Nordschleswig abzugehen (Beifall rechts), sie wird in deutschen Landen deutsche Politik treiben (Beifall), und sie hegt die Hoffnung, daß auch die kleinen Teile irgeleiteter Bevölkerung jener Distrikte sich davon überzeugen werden, daß nur feste und gerechte Maßregeln auch ihnen eine glückliche Zukunft bringen werden. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Hg. Barth-Miel (fr. Bg.):

Eine nordschleswigsche Frage existiert für uns nicht. Immerhin können wir verlangen, daß alle Bewohner der Grenzbezirke nach den Grundrissen der Gerechtigkeit und Billigkeit behandelt werden. Die Frage der Staatsangehörigkeit mag zweifelhaft sein; jedenfalls berechtigt das die Verwaltung zu den harten Ausweisungen und Verfolgungen nicht, denen die Grenzbevölkerung ausgesetzt sind und von denen Leute betroffen werden, die seit 30 Jahren für Preußen gegolten, als Preußen gebiet und Invalidenpension beziehen. Gewiß soll deutsche Politik in deutschen Landen getrieben werden, aber mit vornehmen Mitteln. (Sehr richtig! links.) Das jetzige Verfahren durchkreuzt gerade die Germanisierung. Das bisherige dänische Agitation soll man nicht tragisch nehmen, eine Großmacht wie Deutschland wird dadurch in ihrem Bestande nicht erschüttert. Redner wendet sich dann gegen den Hg. Hahn. Der Bund der Landwirte sei keine politische Partei, er liste nur Zwittertrakt bald in dieser, bald in jener Partei. In der konservativen Partei habe er die Kontrolle, so daß die unabhängigen Elemente nicht aufzukommen wagen. Der Bund habe ja seinen großen Wahlfonds und mache von allen Mitteln der Terrorisierung Gebrauch, drohe heute wieder den Nationalliberalen und dem Centrum mit einer kleinen Infurrektion. Ob Herr Hahn das Wort von der „gräßlichen Flotte“ zurückreißt, ist gleichgültig. Die innere Wahrscheinlichkeit würde immer für die Möglichkeit sprechen, daß das Wort gefallen, denn die Flotte ist ein Instrument der Weltpolitik, die der Bund der Landwirte nicht will. Der Reichstagsler wird das Wort von der Heimatpolitik gewiß schon bereit haben, denn die Anlegung, welche der Bund diesem Worte gegeben hat, widerpricht schmerzhaft dem Begriff der Weltpolitik, wie er an letzter Stelle verstanden wird. Der Bund will keine Handelsverträge, keinen Export, während in unsern Augen Exportindustrie und Handel ebenso Heimatpolitik sind wie die Landwirtschaft. Deshalb sind wir berechtigt, von einer rücksichtslosen Politik des Bundes der Landwirte zu reden. Alle Erklärungen, daß der Bund nationale Politik vertritt und allein vaterlandstreudlich sei, sind agitatorisch erfindlich, aber stehen mit den realen Thatsachen im Widerspruch. Ich wünsche nur, daß Herr Hahn auch vom Centrum noch die gebührende Antwort bekommt. (Beifall links.)

Hg. Bachmann (natl.) verteidigt die Dänenpolitik der Regierung. Erst müßten die dänischen Agitatoren beseitigt sein, ehe man sich auf die von dem Redner bestrittenen Politik einlassen könne.

Um 4<sup>30</sup> Uhr wird die weitere Beratung auf Dienstag 11 Uhr vertagt.

## Der Verband der Steinzeiger (Bläserer) und Berufs-genossen Deutschlands

hielt in der vorigen Woche in Mainz seinen fünften Verbandstag ab. In demselben hat der Hauptvorstand genannter Organisation einen vier Druckbogen umfassenden, sehr eingehenden

statistischen Bericht über die sociale Lage der Arbeiter des Berufes herausgegeben. In demselben sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der einzelnen Organisationsorte und ihre Entwicklung seit 1898 aufgeführt, sowie Angaben über das Bestehen torifischer Vereinbarungen enthalten. Bestere sind schon in einer ganzen Anzahl von Orten vorhanden. Der Bericht bezeichnet das als einen Fortschritt, welcher dem Wirken der Organisation zu verdanken ist. Ein besonders in socialer Hinsicht sehr interessantes Kapitel behandelt die Ueberlandarbeit, die im Steinzeigerberuf eine sehr große Rolle spielt, entfällt doch nach dem Bericht durchschnittlich auf je 30 000 Einwohner nur ein Steinzeigerbetrieb; für das flache Land und die industriell weniger entwickelten Distrikte sogar erst auf 40—50 000 Einwohner. Die Betriebe sind überwiegend Kleinbetriebe, da die auf einen Betrieb entfallende Arbeiterzahl durchschnittlich weniger als 10 beträgt.

Die Folge dieses auf den einzelnen Betrieb entfallenden ausgedehnten Wirkungsbereiches ist, daß die in demselben beschäftigten Arbeiter den größten Teil der Arbeitsperiode hindurch (März bis Anfang Dezember, durchschnittlich 34 Wochen) außerhalb ihres Wohnortes beschäftigt sein müssen, also die Kosten eines doppelten Haushaltes zu tragen haben. Unter diesem Gesichtswinkel sind denn auch die höheren Löhne zu betrachten, die stellenweise gezahlt werden.

Dieses sozusagen Komadieren der einzelnen Betriebe ist dann weiter die Ursache, daß ein großer Teil, wohl die Hälfte aller Arbeiter des Berufes, seinen Wohnsitz auf dem Lande hat; dies ganz besonders in Mittel-, Nordwest-, West-, Südwest- und einem Teile Süddeutschlands. Die Bedürfnislosigkeit dieser ländlichen Arbeitseinkäufer hat aber wiederum zur Folge, daß in den Orten, wo dieselben hauptsächlich beschäftigt werden und in denen auch Arbeiter des Berufes anständig sind, die letzteren nur schwer in der Lage sind, durchgreifende Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Und wo es anständige Arbeiter des Berufes nicht oder nur in geringer Zahl giebt, und darunter befinden sich sogar große Städte, wie Frankfurt a. M., Essen, Mannheim, Bochum usw., da verhindert die ständige Fluktuation ein thätigstes Eingreifen der Organisation.

Die Gesamtabericht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergibt, daß in 1899/1901 der Durchschnitts-Stundenlohn der Steinzeiger von 50<sup>1</sup>/<sub>2</sub> auf 50<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Pf., der der Hammer von 38<sup>1</sup>/<sub>2</sub> auf 44<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Pf. gestiegen ist.

Nach einer früher aufgenommenen Statistik betrug der Stundenlohn der Steinzeiger im Gründungsjahr der örtlichen Organisationen durchschnittlich 40<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Pf., so daß die Steigerung des Stundenlohnes für Steinzeiger sich auf 10 Pf. beläuft! Das ist bei einer Jahresarbeitsdauer von 34 Wochen eine Erhöhung des Jahreseinkommens um 336,40 M. pro Kopf. Mit Recht hebt der statistische Bericht hervor, daß nicht ein Mitglied auch nur annähernd soviel in die Organisation hineingezahlt hat.

Interessant ist ein Vergleich der gezahlten Stundenlöhne im Verhältnis zur Länge der täglichen Arbeitszeit. Danach betrug bei neunstündiger Arbeitszeit für Steinzeiger der Durchschnitts-Stundenlohn 74,6 Pf.; bei zwölfstündiger Arbeitszeit 44,6 Pf.; für Hammer bei neunstündiger Arbeitszeit 54,5 Pf.; bei elf- bis zwölfstündiger Arbeitszeit 27 Pf.

Von den 120 Orten bezw. Bezirken, die in die Statistik einbezogen sind, haben in 105 die Steinzeiger in den beiden Jahren Lohnverbesserungen bezw. Verlängerungen der Arbeitszeit erzielt, in mehreren Orten sogar in jedem Jahre. Es sind nur 20 Proz. der Steinzeiger in den beiden Jahren leer ausgegangen. Hammer gab es nur in 67 Orten; Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielten dieselben in 47 Orten, die 88 Proz. sämtlicher Hammer umfaßten, so daß von diesen nur 14 Proz. keine Verbesserungen erzielt haben.

Die Statistik erstreckt sich auf 5775 Steinzeiger und 2282 Hammer, d. h. ca. 76 Proz. der gesamten Arbeiterschaft des Berufes. Davon waren am Schlusse des Jahres 1901 organisiert 5518 (61 Proz.) bezw. 1063 (46 Proz.). Der Prozentsatz der organisierten zur Gesamtarbeiterschaft des Berufes beträgt 45 Proz., so daß die in der Statistik angeführten Arbeitsverhältnisse als typisch für den gesamten Beruf gelten können. Allenfalls dürften die Arbeitsverhältnisse in den noch nicht von der Organisation ergriffenen Orten durchweg schlechter sein. Es folgt dann eine eingehende Abhandlung über die Recordarbeit im Berufe, die durch das Wirken der Organisation so ziemlich verschwindet ist.

Das Kapitel über Lohnbewegungen und Streiks besagt, daß der Verband für Streiks in den beiden Berichtsjahren 43 884,74 M. ausgegeben hat, wovon der Verband 36 897,44 M. aufbrachte; dazu kommen noch 2003,83 M. für Streiks in andern Berufen, so daß auf den Kopf der Verbandsmitglieder ca. 9 M. an Ausgaben für Streiks in den beiden Jahren entfallen. Der statistische Bericht behandelt weiter die Kapitel: Lohnzahlung und Lohnberechnung, Arbeitslohn, Lohnzahlungstage, § 616, Kündigungskasse, Unternehmern-Vertragsbruch, Streikmittel, Arbeiterschutz, Arbeitsnachweis, Regle-Arbeit, Organisation der Unternehmer, Lehrlingswesen, Winterarbeit.

Aus dem statistischen Bericht des Klaffers ergibt sich, daß die Mitgliederzahl des Verbandes seit 1897 in folgender Weise gestiegen ist: 2835, 2943, 3397, 4195, 4644.

## Aus der Frauenbewegung.

### Zum Vereindrecht der Frauen.

Die Landwirtschäbnder haben sich um das Vereindrecht der Frauen ein Verdienst erworben. Bekanntlich sind in der Versammlung des Bundes der Landwirte, eines politischen Vereins, im Cirrus Buch dieser Tage auch Frauen anwesend gewesen und diese Thatsache ist im preußischen Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht worden. Freistimmige Abgeordnete haben den Minister gefragt, wie es zugeht, daß es dem Verein der Agrarier gestattet wurde, Frauen zuzulassen.

Daraus ist in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Herrn Minister des Innern, also von maßgebender Seite eine nicht unerfreuliche Erklärung erfolgt. Wie aus dem Sitzungsbericht an anderer Stelle des Blattes hervorgeht, vertritt der Herr Minister den Standpunkt, daß Frauen, wenn sie lediglich als Zuhörerinnen kommen, zu den Versammlungen politischer Vereine Zutritt haben. Nur wird dafür geordert werden müssen, daß sie sich in einem abgesonderten Zuhörerraum, also beispielsweise auf der Galerie eines Saales befinden. Inwiefern politischen Vereinen werden die offizielle Regierungserklärung nicht unbeachtet lassen und die nächste Veranlassung benützen, den weiblichen Parteigenossen Gelegenheit zu geben, sich wenigstens als Zuhörerinnen von den Vorträgen in den Vereinen zu unterrichten. Ramentlich hier in Berlin werden sie damit nicht zu säumen brauchen in der sonst möglichen Besichtigung, daß etwa die Polizeibehörden von dieser neuen Regierungsauffassung noch nicht offiziell in Kenntnis gesetzt seien, weil der Herr Minister ja ausdrücklich erklärt hat, daß er sich seine vereindrechtliche Erlaubnis erst beim Berliner Polizeipräsidenten geholt hat. Herr v. Windheim ist der Vater des Gedankens und bei der berühmten preussischen Reichsgleichheit werden daher wenigstens den höchsten socialdemokratischen Vereinen von vornherein nicht die geringsten Schwierigkeiten entstehen, wenn sie zu ihren Vereinsversammlungen Frauen als Zuhörerinnen zulassen.

Nur raten wir ihnen dringend, das nur dann zu thun, wenn sie in dem Versammlungsorte über einen abgesonderten Zuhörerraum verfügen. Die Agrarier haben zwar auch das nicht einmal gemacht; ihre Frauen haben sich lediglich mit den Männern vermischt, wie Herr v. Hammerstein so geistreich sagte, und die Versammlung ist doch nicht aufgelöst worden. Aber diese Kulanz der Polizei ist wohl mehr als ein Akt der Dankbarkeit dafür anzusehen, daß die agrarische Mäßigkeit, die sich ungezwungen über das ausdrückliche Verbot der

Zulassung von Frauen hinwegsetzte, Herrn v. Windheim eben die neue Erlaubnis vermittelte.

Nun er sich aber samt dem Herrn Minister darauf besonnen hat, daß die regellose Vermischung doch etwas anstößig ist, hofft er von den Agrariern, daß sie sich seiner Ansicht anschließen werden und deshalb muß er es — schon im Interesse der Rechtsgleichheit — auch von den Socialdemokraten hoffen.

Güßler wäre es freilich noch, wenn sich die Herren Agrarier im nächsten Jahre diesen Vereindrechtsbedenken der beiden Berliner Polizeipräsidenten nicht anschließen. Dann dürften wir hoffen, daß sich Polizeipräsident und Minister — vorausgesetzt, daß letzterer dann noch Hammerstein heißt — von den kühnen Agrariern abermals erleuchten lassen. Und wenn die Vereindrechtigung gerettet würde, dann wäre ja auf dem einfachsten Wege auch das Volkfest der politischen Vereine gerettet und das Ober-Vernichtungsgericht wäre schönstens abgeführt. Nur an den Verhandlungen — den Vorgesprächen — dürfen sich die Frauen nicht beteiligen. Aber das ist ja nicht die Hauptsache beim Volle. Also hoffen wir!

### Die Frauenfrage will nicht zur Ruhe kommen.

Immer wieder versuchen es Leuchten der Wissenschaft mit dem ganzen Aufwand ihrer Gelehrsamkeit der Frau zu beweisen, daß sie eigentlich keinen Verstand habe. Da aber heute eine große Anzahl von Frauen ihren Verstand in verschiedenen Verfassungen, als Arzt, Advokat usw. beschäftigt, so fehlt der Behauptung vom mangelnden Verstand die richtige Unterlage. Ein neues Angriffsfeld müßte gefunden werden, und es fand sich. Es heißt jetzt: Die Frau soll ihren Verstand möglichst wenig ausbilden, ihre Kräfte und ihren Geist möglichst stumpf erhalten, um kräftige und gesunde Kinder zu gebären. Es wäre vielleicht besser, wenn die Frauen dergleichen Vorschläge mit einem Achselzucken abweisen, weil ihre Thorheit zu einleuchtend ist. Aber das Buch von Professor Möbius über den Schwachsinn der Frauen hat eine interessante Streitschrift hervorgerufen, voll Geist und Wissen, Sachlichkeit und feiner Ironie. „Das Weib und der Intellektualismus“ von Oda Olberg (Verlag von John Edelheim, Berlin-Vern) ist nicht bloß eine Verteidigung der angegriffenen Frauen; es stellt auch selbständige Forderungen auf, um die Rechte der Frauen zu wahren; allerdings sehr bescheidene.

Oda Olbergs Namen hat einen guten Klang. Auf socialen Gebiet hat sie ihre scharfe und doch feine Feder mit Mut und Eifer für allerlei sociale Fragen geregt; hat für die Sache des arbeitenden Volkes mit Geschick gekämpft. Hier aber spricht sie nur für die Gebildeten; sie billigt den Namen „Damenfrage“ für die Forderung der geistigen Ausbildung und beschränkt sich mit Bewußtsein auf die rein bürgerlich-frauenrechtliche Seite der Frage. Von dem Recht auf Berufstätigkeit scheidet sie ganz ab, weil diese durch die Prognostik ihre Berechtigung erweisen müßte, oder von der Bildung der weiblichen Verstand. Dies wäre allerdings die wichtigste Stellungnahme — vorausgesetzt, daß die volle Freiheit des Zutritts zu allen Berufen und der billigen Vorbereitung dazu wie für den Mann so auch für die Frau festgelegt sei.

Die Erblichkeit der Eigenschaften von Eltern oder Vorfahren, der Einfluß der Kultur auf die Fruchtbarkeit des Menschengeschlechts und ähnliche wissenschaftliche Fragen, die noch lange nicht spruchreif sind, werden von der Verfasserin im Sinne des Rechts der Frau auf Geistesbildung gegen eine ganze Reihe italienischer und deutscher Autoritäten erörtert. Alles dreht sich um die Frage: Was hat die Frau zu thun, um eine gesunde und thätige Nachkommenschaft zu erzielen? Indem sie die Frage zu Gunsten der Frau beantwortet, merkt die Autorin nicht, daß sie sich auf eine abschlägige Ebene verlocken ließe. Sie sagt: „Was heute einzig unterliegt Erwägung ist die Frage, ob die physiologische und psychologische Wirkung des Weibes zur Mutterkraft durch Geistesarbeit Einbuße erleidet. Wenn dies nicht der Fall wäre, so wäre jeder principielle Einwand gegen die Befreiung gegenstandslos.“ Hiermit ist auch das Gegenteil zugegeben; wenn es einem Gelehrten gelänge, zu beweisen, daß eine dumme Mutter dem Kinde zuträglich sei, als eine kluge, dann würde Bildung und Verstand der Frau ausgerottet werden müssen der ungeborenen Kinder willen.

Rein und tausendmal rein! Nummermehr dürfen sich die Frauen durch die wohlklingenden Phrasen von ihrem hehren Mutterberuf soweit verbenden lassen, ihre ursprünglichsten Rechte preisgeben. Auch die Frau ist zuerst und vor allen Dingen Mensch, und dann erst Mutter. Man brandmarkt es mit recht als Unfälligkeit, wenn ein Mensch nur als Mittel, nicht als Selbstzweck betrachtet wird. Und doch giebt es Menschen, welche finden, daß die eine Hälfte des Menschengeschlechts nach bestimmten Normen herausgeholt werde, um der andern Hälfte eine angenehme Nachkommenschaft zu schenken? Von der Entwicklung der weiblichen Persönlichkeit soll ganz abgesehen werden! Der ganze Gedankengang ist so ungeheuerlich, daß es unbegreiflich erscheint, wie eine Oda Olberg sich zu dieser Meinung belennen konnte. Sie weiß freilich, daß ihr der Beweis gelingen werde, das Wohl des Kindes verlange nicht die Verdrümmung der Mutter. Aber auch die siegreiche Verneinung einer Frage, auf welche gestützt, ist eine Abschwächung und eine Gefahr. Denn wenn ein noch größerer Gelehrter mit noch zwingenderen Beweisen darthut, daß die ungebildete und geistlose Frau gesündere Kinder zur Welt bringt — dann muß Frau Olberg selbst für die bisher von ihr belämpfte Verdrümmung stimmen. Andre aber müssen den Mut haben, offen zu sagen, daß um diesen Preis die späteren Generationen zu teuer erkauft wären. Besser ein Ende der ganzen Menschheit als eine abfällige Verdrümmung und Verdrümmung der einen Hälfte. Alle großen sittlichen Forderungen sind durchgesetzt worden, während die Gegner den Untergang des Volkes oder Staates weissagen. Alle Mühen und Ueberzeugungsstücken haben stets geantwortet: Dann laßt es untergehen. Wenn ein Volk oder Staat sich nur erhalten könnte durch Institutionen, welche das allgemeine Bewußtsein brandmarkt, dann sind sie nicht lebenswert. Und noch jedesmal war die Natur auf Seiten der Erneuerung, wenn sie dem Volksbewußtsein entpochte. Nun sind Verstand und Geist so gut Natur wie Muskelkraft und Stärke der Knochen. Eins pflegen heißt noch nicht das andre vernachlässigen.

Oda Olberg irrt auch, wenn sie die Bildungsfrage bloß eine Damenfrage nennt. Kann auch die Proletarierin heute ihren Bildungsdrang nicht befriedigen, so lebt er doch in ihrer Seele und wird, wenn die Verhältnisse es gestatten, mit elementarer Gewalt hervorbrechen. Geistes Hunger ist ein ebenso unmittelbarer Krieb als leiblicher Hunger und fordert gebieterisch Befriedigung. Und keine Mutter braucht zu fürchten, daß ihr Kind durch ihr Wissen oder ihren Geist Schaden leidet. Nicht weniger Bildung, sondern mehr! Wir freilich fordern sie nicht nur für die wenigen Damen, die sich einen Bildungsluxus schon heute leisten können, sondern für alle, was Menschenamtlich trägt. Das Streben nach gesunden Leibern mit verkümmertem Geiste ist unmöglich. Streben wir also nach dem, was schon die alten Römer priesen — gesundem Geist in gesundem Körper. Der gesunde Geist kann heute nur noch einer sein, dem das Wissen seiner Zeit so weit als möglich zugänglich gemacht ist.

Wir wünschen, daß die geistvolle und lehrreiche Schrift von Frau Olberg, welche so trefflich versteht, den Gegner in die Enge zu treiben, eine Fortsetzung finde, in welcher die letzten Folgerungen rückhaltlos gezogen, die letzten Forderungen siegreich verteidigt würden. M. H.

In einer gut besuchten öffentlichen Frauenversammlung in Rixdorf referierte Genossin Emma Jhrer über die Heimarbeit der Arbeiterfrauen und ihre Krankenversicherung. In anschaulicher Weise zeigte die Referentin die Schäden der Heimarbeit, die Isolierung der Heimarbeiter. In der lebhaften Diskussion ergänzten die Redner die Ausführungen der Referentin, indem sie die Mißstände der Heimarbeit an Orte zur Sprache brachten.

Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: Die heute am 18. Februar in Rixdorf Versammelten erwarten, veranlaßt durch



die kräftige Entwicklung der Konfession einerseits, andererseits durch das steigende Glanz der Heimarbeit und Arbeiterinnen, daß endlich die gesetzliche Gleichstellung mit den Werkstätten- und Fabrikarbeitern, sowie auch die Ausdehnung der Kranken- und Invaliditätsversicherung erfolgt.

**Berichtigung.** In dem Bericht über die Verammlung des Vereins der Frauen und Mädchen, in der Frauensekretärin gesprochen hat, ist in den Angaben über die Keuschungen der Genossin Ihrer ein Irrtum enthalten. Frau Ihrer hat gesagt, es gibt eine einzelne Teppichfabrik, in denen auch die ältesten Arbeiterinnen nur 5-6 M. wöchentlich verdienen.

**Eingegangene Druckchriften.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieb's Verlag) ist soeben das 21. Heft des 201. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ueber den Absolutismus. - Victor Hugo. Von Franz Diederich-Bremen. - Die Situation der sozialistischen Bewegung in Frankreich. Von Jean Longuet. - Die Krise in Russland. Von J. Karst. - Die Gründungsfeierlichkeiten im Jahre 1901. Von Dionys Zimmer. - Epitaph - Literarische Rundschau: Heinrich v. Seydlitz, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., Dr. R. Reiffen, Michael Schmitt, Dr. J. Goldstein, Die Gewerkschaften und ihre Licht- und Schattenseiten.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieb's Verlag) ist soeben die Nr. 5 des 12. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Aufsatz der Generalversammlung zum vierten Gewerkschaftscongrès in Stuttgart. - Die Berliner Arbeitslosenfrage. - Die Thätigkeit der Arbeiterinnen in der bayrischen Gewerbeinspektion im Jahre 1901. Von a. br. - Die weiblichen Angehörigen der Hamburger Bedienstetenanstalten und der Verein für hygienische Zwecke. Von Luise Jitz. - Aus der Bewegung. - Rotgenieße: Weibliche Fabrikarbeiterinnen. - Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. - Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswesens. - Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. - Frauenbewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1902 unter Nr. 8051) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgebühren 35 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die Nr. 5 seines 19. Jahrganges erscheinen lassen. Das farbige Titelbild „Ein Hausen Ungeheuer“ ist eine humoristische Illustration zu dem politischen Wälderwäldchen unserer Nationalpolitiker. Das farbige Bild „Internationale Reue“ bietet eine Reihe satirischer Zeitschriften zu politischen Vorgängen in den verschiedensten Ländern der Erde. In dieser Nummer beginnt eine Serie „Kulturhistorischer Bilderbogen“, von Hans G. Jensch geschrieben, deren erster im Anhang zu den „Fünf Bannhaken“ eine schneidende Satire auf die bürgerlichen Begriffe von Ehre und Moral ist. In einer Abhandlung der Unter-

haltungsbelle wird Jacques Louis David, der „Maler der großen Revolution“, gewürdigt; ebenfalls sind sein Selbstporträt und seine Gemälde „Die Sabotagen“ und „Der Schwur der Korinther“ in antotypischen Reproduktionen beigegeben. Aus dem weiteren Inhalt der 12 Seiten starken Nummer erwähnen wir die politischen Gedichte „Bernhard Wilmanns“, „Die Berliner Gesundheits“, „Erpressung“ und „Aus in Deutschland, da nicht ich wohnen“, auch noch ist die politische Satire nach reich in Wort und Bild vertreten, so daß wir unsere Lesern die Anschaffung der Nummer nur empfehlen können. Der Preis der Nummer ist 10 Pf.

**Briefkasten der Redaktion.**

G. S. Bei der letzten Volkszählung wurden ermittelt für Ständebamtsbezirk XIIb (Moabit, westlicher Teil) 115 607 Einwohner, für den Wedding 140 294 Einwohner und für den nördlichen Teil der Rosenthaler Vorstadt (Ständebamtsbezirk Xb) 137 851 Einwohner.

H. L. Kiel. Werden Sie sich an die Verlagsbuchhandlung Schuster u. Löffler in Berlin, Lindenwaldstr. 1.

2. Streitenbe. Welches sind die dritte Hälfte, also mit „u“. Crieleburg, 80 000.

W. B. Das Reichsgesetz betreffend Abzahlungsgeschäfte datiert vom 16. Mai 1894. In der Gültigkeit der Sammlung deutscher Reichsgesetze findet sich eine brauchbare Ausgabe dieses Gesetzes. - Kriern. 1. Nur Vereine, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, müssen angemeldet werden. Eine Genehmigung ist nicht erforderlich. 2. Sie können während derselben Zeit verbreiten, in der die Reichspost verbreitet. 3. In dem Vereinsgesetz. - H. 7. Nur Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollen, sind angemeldet. - S. B. 68. 1. Es besteht eine Taxe. 2. etwa 60 Mark. - Hier Abonnent 100. Rein: hinterläßt der Ehegatte seine kinderlose Witwe und seine Eltern, so erhält die Witwe die eine, die Eltern die andere Hälfte des Nachlasses. Die Witwe erhält aber abgedruckt als voraus alle Gegenstände, die zum ehelichen Hausstand gehören, und die Hochzeitsgeschenke. - Kautzer. Der erkrankte Kautzer kann für die Zeitdauer einer verhältnismäßig nicht erheblichen unverschuldeten Krankheit die Differenz zwischen seinem Lohn und dem Krankentagegelde verlangen. - G. J. 1. In 10 Jahren. 2. Rein. - W. B. 59. Kündigung ist, falls nicht anders vereinbart ist, an jedem Tage zulässig. - Streitenbe. D. C. hat eines natürlichen Todes. - R. M. Reiter nein. - 888. Ja. - W. Z. 70. 1. Die Aufnahme in den preussischen Staatsverband beantragt ein in Berlin Ansässiger bei dem Polizeipräsidenten, ein in der Provinz Ansässiger bei dem Regierungspräsidenten. Den Staatsangehörigkeitsschein erteilt einem Inhabiter die Regierung, Abteilung des Innern, zu dessen 2. Ein bestimmter Satz ist für die Unterhaltungsspflicht Eltern gegenüber nicht vorgeschrieben. Reichlich verpflichtet sind die Kinder zu solcher, soweit sie nach Bekräftigung des für sie und ihre Familie erforderlichen handsmäßigen Unterhalts hierzu vermögensfähig sind. - 010. 1. Ein eigenhändig und unterschriebenes Testament ist gültig, wenn es die Angabe des Ortes und Tages enthält. Beispiele für ein solches finden Sie S. 238 Nr. 55-59 des dem Arbeiterrecht beigegebenen

Führers. Das Arbeiterrecht liegt in den öffentlichen Verfassungen aus. 2. Ja: Arbeiterrecht, S. 305. - G. H. 10. 1. Werden Sie sich (ähnlich) an das Amtsgericht, das verlegt hat. 2. Rein. 3. Ja: es können aber die Erben vorgelegt, nämlich für den ersten geleglich zulässigen Termin kündigung. Ist der Tod in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März erfolgt, so können die Erben also bis am 3. April zum 30. Juni kündigen. - Waringen. Werden Sie sich um Auskunft an den Landrat oder an den Gemeindevorstand. Es ist für uns unmöglich zu wissen, welche Kasse dort besteht und wie die Statuten lauten. - D. Rein. - Zaegrid. Die Arbeitszeit widerspricht nicht dem Gesetz. Die kaufmännischen Angestellten können nur durch Beitritt zu ihrer gewerkschaftlichen Organisation etwas erreichen. - 100 R. J. Gombuch. 1. Nach der Abrede müssen Sie bis zur Fälligkeit warten. 2. Richten Sie eine Anfrage an das Amtsgericht in Hannover. 3. Wenn Sie nicht aus der Kirche ausgesteuert sind, müssen Sie Kirchensteuer zahlen. - R. S. Gehalts Erlangung des Armenrechts werden Sie sich zunächst an den Armenamtskommissionar Vorsteher Ihres Bezirks mit dem Antrage, Ihnen zu beschleunigen, daß Sie außer Stande sind, die Kosten des Prozesses zu tragen. Sodann beantragen Sie, unter Ueberreichung dieses Urteiles und des Schlichterbeschlusses, die Unterbrechung des Gehalts der Armenrechts zwecks Klage auf Gleichberechtigung. - Christian Weisk. 1. Eine Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts ist über diese Frage noch nicht ergangen. Nach § 50 der Landgemeindeordnung ist die Staatssteuer in Anrechnung zu bringen. Unlängst Defarhaltung hat der Gemeindevorsteher recht. 2. Die Einstellung der 3 Mark Steuer entspricht dem Gesetz. - S. 99. Das ist unmöglich; aber das Erziehungsgeld läßt sich nicht rechtsgültig paßieren. Es liegt sich nur ein Vertrag in ähnlicher Weise schließen, wie der S. 216 Nr. 6 des dem Arbeiterrecht beigegebenen Führers ist. - 101. Die staatliche Einkommensteuer beträgt bei einem Einkommen von mehr als 900 bis einschließlich 1050 M. 6, von mehr als 1050 bis 1200 9, von mehr als 1200 bis 1350 12 1/2, darüber dem ist die Gemeindevorsteher als Zuschlag zur Staatssteuer zu zahlen. In Berlin beträgt der Zuschlag 100 Proz. - W. M. Nicht mehr möglich. - G. J. 36. 1. Werden Sie sich direkt an das Reichs-Verkehrsamt mit der Anfrage, zu welcher Berufs-Gewerkschaft der betreffende Betrieb gehört, wahrscheinlich zur Bau-Berufs-Gewerkschaft. 2. Ja. - G. S. Eine einseitige Verfügung ist möglich. - W. M. Ja: Arbeiterrecht S. 329, Seite 6 bis 8. - Auktant. 1. 8 Proz. 2. Die Kosten einer Testamentseröffnung richten sich nach der Höhe des Objekts. 3. Ja. - Köpenicker. 10. 1. Breitenstr. 24a, Magistrate, Abteilung für Invalidentät. 2. Ja. Erwarten Sie das Armenrecht und klagen dann beim Landgericht Berlin. 3. Sie können Abschrift beim Gericht beantragen. 4. Ja. - Robert Wah. 1. Ist nichts Gegenständliches vereinbart, so besteht 14tägige Kündigungsfrist. 2. Nach Ablauf der 14 Tage: Ja. - W. Z. 50. Eine Klage gegen A. wäre aussichtslos. - Kintorius. 1. Ja. 2. Ja wählen Sie Kommittee S. 238 des dem Arbeiterrecht beigegebenen Führers. - W. B. 7. 1. Schwierig, aber was als Reichsgerichtsbeschleunigung aufgestellt werden kann, läßt sich vor rechtskräftiger Entscheidung nicht voraussetzen. 2. In 5 Jahren. - 707. Die Forderungen der Kasse verjähren in 2 Jahren. Die Verjährungsfrist beginnt mit dem Jahr, das auf den Tag der Fälligkeit der Forderung folgt. Die Forderung für eine im Jahre 1900 geleistete ärztliche Hilfe verjährt demnach mit Ablauf des 31. Dezember 1902.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

Dienstag, 25. Februar.  
Cypernhaus. Mignon. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schaubühnen. König Richard der Dritte. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues Cypern-Theater (Kroß). Geschlossen.  
Zahler. Komische Bourgeoisent. Anfang 8 Uhr.  
Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. Simon. - Der Sohn. - Die Fahrt über den Sturz. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Leitung. Ueber den Wassern. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Mehrens. Sein Doppelgänger. - Rother: Die Vergangenheit. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues. Antren. - Colombine. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Wetten. La Traviata. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sereffensbühne. Dessen Bittercrand Buntel Breitt. Anfang 8 Uhr.  
G. v. Wolzogens Bunte Theater (Mehrens). Anfang 8 Uhr.  
Schall und Rauch. Sereffensbühne. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Trianon. Coralle u. Co. Anfang 8 Uhr.  
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Puffen. Der Barren von Kirchfeld. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Carl Welk. Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmsbühne. Der Zigeunerbaron. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Cr. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Crepens. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Chorvari. Täglich. Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Metropol. 'ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Apolo. Don Juan in der Hölle. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Cosius. Theater. Lustige Brüder. Corlos. - Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die süßen Mädel. Anf. 8 Uhr.  
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Urania. Tauben-Str. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Im Hörsaal um 8 Uhr: Dr. G. Nass: Moders Luftschiffahrt.  
Invalldenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.  
Castans Panopticum. Friedrich-Strasse 105. Neu! Der Boerenkrieg! Vorst. 11-1 vorm u. 4-10 nachm. Neu! Gutenberg und die Buchdruckkunst. Konzert und Vorträge. Entree 50 Pf., Kinder u. Militär ohne Charge 25 Pf. Voranmeldung! Am 1. März Boerenfest. Anfang 8 Uhr abends. Billets a 1 M. im Vorverkauf und a. d. Hauptkasse.

**Urania.**

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera Im Hörsaal um 8 Uhr: Dr. G. Nass: Moders Luftschiffahrt. Invalldenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte. Castans Panopticum. Friedrich-Strasse 105. Neu! Der Boerenkrieg! Vorst. 11-1 vorm u. 4-10 nachm. Neu! Gutenberg und die Buchdruckkunst. Konzert und Vorträge. Entree 50 Pf., Kinder u. Militär ohne Charge 25 Pf. Voranmeldung! Am 1. März Boerenfest. Anfang 8 Uhr abends. Billets a 1 M. im Vorverkauf und a. d. Hauptkasse.

**Central-Theater.**

Seite Dienstag, abends 7 1/2 Uhr: Das süße Mädel. Operette in 3 Akten von D. Reinhardt. Morgen und folgende Tage: Das süße Mädel. - Sonnabend, 1. März, nachmittags 4 Uhr, halbe Preise, jeder Erwachsene hat ein Kind frei; Säugerkindern bei den beiden Zweigen.

**Thalia-Theater.**

Dreddenstr. 72/73. Abends 7 1/2 Uhr: Mit vollständig neuer Ausstattung: Seine Kleine. Große Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Tanz in 3 Akten. Paula Worm a. G., Guido Thielcher, Helmerding, Paulmüller, Gerda Walde, Boje, Wannow, Junter, Schag.

**Carl Weiss-Theater.**

Große Frankfurterstr. 132. Anfang 8 Uhr: Das Jungfernstift. Operette in 4 Akten von Emel-Gutwot. Musik von Jean Wilder.

**Minna Helchelt als Gast.**

Morgen und folgende Tage: Das Jungfernstift. - Sonnabend nachmittags: Hans Huckebein. Sonntag nachmittags: Das Schloß am Meer. Sonntagabend: Preciosa.

**Schall und Rauch (Kleines Theater)**

Unter den Linden 44. Dienstag, 25. Febr., abds. 8 1/2 Uhr: Gastspiel von Eman. Reicher. „Die Frau des andern“, Komödie in 1 Akt v. Lateko. „Geschichten vom toten Rabbi“, improvisierte Serocence von Emanuel Reicher. Serocence-Zwischenspiele Bauernkomödi. Abschiedssouper.

**Apollo-Theater.**

Anfang 8 Uhr: Don Juan in der Hölle Das phänomenale Specialitäten-Progr.

**Metropol-Theater**

Thomas, Bender, Josephi. Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung: 'ne feine Nummer! Burleske Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund. Im 4. Bilde: Franchens Geburtstagsfest. Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

**E. von Wolzogens**

Buntes Theater (Ueberbrett) Köpckeckerstr. 68. Heute abend 8 Uhr a. a.: „Atellenspiel“, „Nora-Parodie“, „Zufall“ von Fuld. „Strohwitwe u. Strohwitwe“, „Brahms Duette“, „Sattr, Schattenbänke“. Bozena Bradsky, Kompositionen und Begleitung Oskar Strauss.

**Trianon-Theater.**

Georgenstrasse, 2 Minuten vom Bahnhof Friedrichstr. Zum 98. Male: Coralle & Co. Anfang 8 Uhr. Parkett 3 M.

**Arbeiter-Bildungs-Schule.**

Sonntag, den 16. März 1902: Dichter-Abend (Sociale Dichter) Im gr. Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15. Instrumental-Musik. Festvortrag. Gesang. Recitationen. Eröffnung 6 Uhr. - Billet 50 Pf. inkl. Programm und Garderobe.

**Louis Kellers Festsäle**

Roppenstr. 29. Jeden Dienstag: Norddeutsche Sänger (Fuhrmann, Horst, Walde). Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Freitag, den 28. Februar, in der Victoria-Brauerei: 1000. Vorstellung. 34942. Nach jeder Solire: Familien-Kränzchen. - Bond haben Gültigkeit. - Jeden Mittwoch: Berliner Prater, Kaskanien-Alice.

**Cirkus Renz-Konzert-Tunnel**

Karlstrasse. Wochentags 7 Uhr. Sonntag 5 Uhr. Nur erstklassige Specialitäten. J. M. Hütt. Jeden Sonntagabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung

**Apollo-Saal!**

Achtung! Allen die ergebene Mitteilung, daß ich das Vocal übernommen habe. Ich empfehle meinen Saal mit Bühne und großen Nebenräumen, ca. 500 Personen fassend, zu Versammlungen, Festlichkeiten und Vortragsabenden, auch Sonntags. Samstagabend nach frei.

**Baldwin Franke, Sebastianstr. 39.**

**Passage-Theater.**

Ganz Berlin spricht von der 7jährigen Lola Gray in dem Mimodrama Der Bajazzo und sein Kind. Täglich ausverkauft! In Vorbereitung: Der kleine Cohn ist da!! Burleske in einem Akt von Robert Breitenbach.

**W. Noacks Theater.**

Brunnenstr. 16. Bajazzo und seine Familie. Schauspiel in 5 Akten v. F. Wittmann. Heute: Tanzkränzchen. Mittwochs: Verlorene Ehre.

**Casino-Theater.**

Lothringersstr. 37. Glänzender Erfolg! Abends täglich ausverkauft! W. Richter in „Lustige Brüder“. Hans Berg in „Christus“ u. c. Anfang Wochent. 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.

**Belle-Alliance-Theater.**

Die Dame aus Trouville. Emil Sondermann a. G. Ferd. Worms. Wigi Birner. Rosa Marton. Hierauf: Cr. Lebensbild in 1 Akt. Abds. Hartwig u. Leopold Turner a. G. Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen: Die süßen Mädel.

**Cirkus Busch**

Dienstag, 25. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Klondike, Criglat, Fantomine des Cirkus Busch und die großartigen Specialitäten.

**Cirkus Schumann.**

Heute Dienstag, 25. Februar, abends prädic 7 1/2 Uhr: Benefiz erworbener Clowns Adolph und Coco mit ihren urromantischen Entrees. Motto: Wer lachen will, muss heute kommen. Ferner: Neu! Neu! am Kontinent! Neu! Push-Ball. Amerikanisches Sports-Spiel. 12 Amerikanerinnen 12. L'écuyère lumineuse! In Feuer und Flammen ausgeführt von Fräulein Dora Schumann. Mon. Sossman in seinem Sports-Akt. Dr. Alb. Schumann mit seinen unerreicht bahrenden Original-Dressuren. Zum Schluß: Mephisto. ca. 500 Mitwirkende. 2 Raketen. Große Ausstattungsgesellschaft. Pantomime vom Fußballermeister A. Siems. Morgen Mittwoch, 26. Februar: Grande Soirée equestre. Solofolter Erfolg der sensationellen Februar-Specialitäten. Jede Nummer ein Schloger.

**5 1/2 Pfund Brot 50 Pf. Backware**

6 Stück für 10 Pf. Abrechts Bäckerei: Brauergasse 9, Kraußstraße 19, Falkenstraße 28, Laufferstr. 2.

**Palast-Theater**

(früher Feen-Palast) Burgstr. 22. Direktion: Winkler u. Fröbel. Donnerstag zum letztenmal das glänzende erfolgreiche Februar-Programm! Neu! Gebrüder Wardini, Neu! die lustigen Ueberbrettler. Neu! Frody Fredoff, Neu! Nur noch bis Donnerstag Dir. Wilhelm Fröbel in der lustigen Ausstattungs-Operette Die süßen Mädel. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Billet-Vorverkauf v. 11-1 Uhr. Freitag, den 28. Februar: Gr. Festvorstellung. Robert Dill-Benetz.

**Casino-Theater.**

Lothringersstr. 37. Glänzender Erfolg! Abends täglich ausverkauft! W. Richter in „Lustige Brüder“. Hans Berg in „Christus“ u. c. Anfang Wochent. 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.

**Belle-Alliance-Theater.**

Die Dame aus Trouville. Emil Sondermann a. G. Ferd. Worms. Wigi Birner. Rosa Marton. Hierauf: Cr. Lebensbild in 1 Akt. Abds. Hartwig u. Leopold Turner a. G. Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen: Die süßen Mädel.

**Cirkus Busch**

Dienstag, 25. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Klondike, Criglat, Fantomine des Cirkus Busch und die großartigen Specialitäten.

**Cirkus Schumann.**

Heute Dienstag, 25. Februar, abends prädic 7 1/2 Uhr: Benefiz erworbener Clowns Adolph und Coco mit ihren urromantischen Entrees. Motto: Wer lachen will, muss heute kommen. Ferner: Neu! Neu! am Kontinent! Neu! Push-Ball. Amerikanisches Sports-Spiel. 12 Amerikanerinnen 12. L'écuyère lumineuse! In Feuer und Flammen ausgeführt von Fräulein Dora Schumann. Mon. Sossman in seinem Sports-Akt. Dr. Alb. Schumann mit seinen unerreicht bahrenden Original-Dressuren. Zum Schluß: Mephisto. ca. 500 Mitwirkende. 2 Raketen. Große Ausstattungsgesellschaft. Pantomime vom Fußballermeister A. Siems. Morgen Mittwoch, 26. Februar: Grande Soirée equestre. Solofolter Erfolg der sensationellen Februar-Specialitäten. Jede Nummer ein Schloger.

**5 1/2 Pfund Brot 50 Pf. Backware**

6 Stück für 10 Pf. Abrechts Bäckerei: Brauergasse 9, Kraußstraße 19, Falkenstraße 28, Laufferstr. 2.

**„Reichsboten“**

haben die Stereotypen wegen Mangel an Material die Arbeit niedergelegt. Der Vorstand des Vereins ersucht die Kollegen, bis zur Beilegung der Differenzen die Offizin zu meiden.

**Grosse Indische Menagerie**

im Exerzierhaus (am Brenzlauer Thor) Lothringersstr. 1-7. Täglich 3 große Vorstellungen, 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Hyänen, sowie Löwen-Ringkampf und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr. Entree: I. Platz 1 M., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf I. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 8. Pl. 15 Pf. Die Direktion: Froese.

**Reichshallen.**

Täglich: Stettiner Sänger. Anfang Wochent. 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

**Sanssouci**

Kottbusstr. 4 a. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger Eine Theaterprobe. Nach jeder Solire: Tanzkränzchen. Entree wie gewöhnlich, Tanz frei.

**Deutsche Konzerthallen.**

An der Spandauer Becke 3. Größt. Vergnügungsort Berlin Internationale Konzerte u. Specialitäten-Vorstellung Tägl. Anstich des „Urbock“ Bockbier-Jubel u. Trubel. Ausschank: Berliner Bock-Brauerei. Bürgerl. Diner, 5 Gänge. Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

**Honig!**

Unvergleichl. deutschen Honigbrot, beste Qual. per 9 Pf. netto in 6,50 M., 5 Pf. 4 M. frants Naden. Garant. Waren. E. Reil, Nordloh, Bahnhof Augusteplatz Oldenburg.

**Dr. Simmel, Prinzenstr. 59.**

Specialarzt für Haut- und Hautleiden. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4

**Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57.**

Aufsucht bis abends neun. (3359)

**Schiller-Theater**

(Wallner-Theater). Dienstagabend 8 Uhr: Familie Fourchambault. Schauspiel in 5 Akten von G. August, a. d. Französi überl. von R. Wittenfeld. Mittwochabend 8 Uhr: König Harlekin. Donnerstagsabend 8 Uhr: Lysanders Mädchen. Hierauf: Die Komödie der Irrungen.



### III. Wahlkreis.

Mittwoch, den 26. Februar cr., abends 8 Uhr. Admiralstr. 18 c:  
**Versammlung des Wahlvereins.**  
Der Vorstand.

### Moabit! VI. Wahlkreis. Moabit!

Donnerstag, den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

# Volks-Versammlung

im „Moabiter Gesellschaftshaus“ (Peterstr.),  
Alt-Moabit Nr. 80/81.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Förster (Hamburg) über: Die Ursachen der Arbeitslosigkeit. 2. Diskussion. 3. Beschlüsse. 219/7  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vertrauensmann.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Modell- u. Fabriktschler sowie Modelldrechsler.  
Mittwoch, 26. Februar, im Wedding-Park, Müllerstr. 178:  
**Branchen-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Wiefenthal: Was lernen wir von dem Verhalten der Unternehmer während der Krise? Die Aussperrung der Berliner Modelltschler. 2. Beschlüsse. 80/1  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Die Kommission.

### Brache der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Dienstag, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Zool III, Engel-Ufer 15.  
Tages-Ordnung:  
1. Fortsetzung der Diskussion über die Einführung der Arbeitstufen-Unterscheidung. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Beschlüsse.  
Die Ortsverwaltung.

### Kleber (Lapezierer).

Dienstag, den 25. Februar, abends 5 1/2 Uhr, bei Jannasch,  
Zustelstraße Nr. 10:  
**Oeffentliche Versammlung aller Kleber Berlins.**  
Tages-Ordnung:  
1. Stand der jetzigen Lohnbewegung. 2. Unsere fernere Taktik. 3. Beschlüsse. 177/9  
Die Sektionsleitung des Verbandes. Die Lohnkommission d. Kleber Berlins.  
H. A.: Franz Anders.

**Zähne 2 Mk.** 10 Jahre Garantie.  
Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark.  
Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Umarbeit. schlechtes Gebisse  
**Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.**  
(Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7 Uhr.

## Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.  
Mittwoch, den 26. Februar cr., abends 8 1/2 Uhr:

### Bezirks-Versammlung

für Süd-Osten, Süden u. Centrum  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Dr. Steiner über: „Soziale Kunst“ 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Beschlüsse. 112/3  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Die Ortsverwaltung.

### H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake  
**Specialität: Nordhäuser Kautabak**  
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 34873\*

### Masken-Carderobe

von **Carl Ernst,**  
Königsplatz 126, 1 Et.  
Größte Auswahl!  
Billigste Preise!  
Vorzug der besten Annoncen  
erb. 10% Preisermäßigung

### 1 1/2 Millionen Mk.

sind mit einem Los zu gewinnen.  
Jedes Los mindestens ein Gewinn.  
Der kleinste Treffer beträgt mehr als der Einsatz, daher bei Auslosung kein Risiko.  
Keine Klassenlotterie, keine Serien- oder Halbesche. Gelegentlich!  
Jeder überzeuge sich erst und verlange Prospekt. 5/6\*  
**P. Seidenfaden,**  
Wühlhansen 181 (Zehlendorf).

### Charlottenburg.

**F. Kunstmann, Wallstr. 1.**  
**Uhren und Goldwaren!**  
Grossartige Auswahl!  
Billigste Preise! Reelle Garantie!

**Robert Hecht,**  
Berlin S.,  
Cranienstr. 142.  
Liefert schnell und billig alle Arten  
**Stempel**  
in bester Ausführung.  
Kautschuk-Typen „Perfekt“  
zum Zusammenlegen einzelner Wörter  
sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an.

### Kranz- und Blumenbinderei

von **Robert Meyer,**  
und **Mariannen-Strasse 2.**  
Bereits-Kränze, Palmen- u. Blumen-  
Arrangements, Bouquets, Girlanden  
usw. werden fein u. preiswert geliefert.

### Arbeiter-

### Stenographen-Verein Stolz-Schrey

Neuer Unterrichtskursus beginnt  
Freitag, den 28. Februar, im Be-  
zirk Centrum, bei Grupé,  
Annenstrasse 16.  
Beginn 8 1/2 Uhr abends.  
Die erste Stunde ist kostenfrei.  
Unterrichtsgeld 4 Mk.  
Das Lehrbuch wird gratis geliefert.

### Ziehung 12., 13., 14., 15. März

zu Köln a. Rh. 300 000 Loose.  
4 1/2 Grosse-Lotterie  
zur Erhaltung des  
**Siebengebirges**

Loose: 1 Ganzes 4.20  
1 Halbes 2.10  
(Porto u. Liste 30 Pf.)  
14 000 Geldgewinne  
25 zahlbar ohne Abzug.  
Hauptgewinn: 1 Mark

### 125000

75000

50000

20000

10000

5 à 4000 - 20000

5 à 2000 - 10000

15 à 1000 - 15000

20 à 500 - 10000

50 à 200 - 10000

100 à 100 - 10000

300 à 50 - 15000

1500 à 20 - 30000

12000 à 10 - 120000

Loose verwendet: General-Debit  
**Lud. Müller & Co.**  
Berlin, Breitestr. 5.  
Telegr.-Adr.: Gückemüller.

### Dr. med. Schaper

homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.  
**Haut- u. Harnleiden,**  
**Frauenkrankheiten.**  
Königsplatz 27. Spr. 9-1. 4-7.

### Codes-Anzeige.

Nach längeren, schweren Leiden ver-  
schied am 21. d. M. der Tischler

### Friedrich Hellwig

im Alter von 64 Jahren. 7766  
Die Beerdigung findet heute,  
Dienstag, den 25. Februar, nachmittags  
2 1/2 Uhr vom Trauerhause aus auf  
den Friesen-Kirchhof in der Berg-  
mannstraße statt.  
**Ida Hellwig** nebst Kindern.

### Centralverein

der Bildhauer.  
Am 23. d. M. verstarb nach kurzem  
Leiden unser langjähriges Mitglied,  
der Holzbildhauer 20/4

### Max Boeser.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
die Verwaltungsstelle Berlin.  
Die Beerdigung findet am Mitt-  
woch, den 27. d. M., nachmittags  
4 Uhr, vom Trauerhause in Ferner,  
Friedrichstr. 71, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung bitten  
Der Vorstand.

### Socialdemokrat. Wahlverein

für den  
**Bezirk Himmelsburg.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß  
das Mitglied 8/2

### Julius Gollnick

am 22. Februar verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Mitt-  
woch, den 26. Februar, nachmittags  
3 Uhr, von der Leichenhalle (Krieg)  
aus statt.  
Rege Beteiligung der Mitglieder  
erwartet  
Der Vorstand.

### Steppdecken

billig in Fabrik **Oranien-158.**  
Katalog der **Emil Lefèvre,**  
Berlin  
transfo. S.

### Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchband-  
agen, Leibbinden, Geradenhalten,  
Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl.  
Artikel zur Krankenpflege.  
**Eigene Werkstatt.**  
Vielseitig f. Cris- u. Hüft-Krankheiten  
Berlin C., [31739\*]

### 30. Finien-Strasse 30.

**Dr. Schünemann,**  
Spezialarzt für Haut-, Horn- und  
Neuenerleiden, **Seydelstr. 9.**  
Sprechstunden: 1/2, 12-1/2, 1/2, 6-1/2, 8.

### Dr. Schünemann,

Spezialarzt für Haut-, Horn- und  
Neuenerleiden, **Seydelstr. 9.**  
Sprechstunden: 1/2, 12-1/2, 1/2, 6-1/2, 8.

## Betriebswerkstätte für Knaben-Konfektion Gustav Laaser, Knaben-Anzüge Brunnenstrasse 84.

# Kleine Anzeigen.

### Verkäufe.

**Edelkaffee** verlässlich, 30 Heller  
liter Bier Unsay Monat. Beustel-  
straße 38, Restaurant. 781\*

**Cigarren-Geschäft** sofort veräußert  
schöne Wohnung, Arbeitsstube,  
äußerst billig. Lyr, Bräuerstraße 43 I,  
rechts. 722\*

**Grünfruchtgeschäft** wegen andern  
Unternehmens billig veräußert. Stör-  
garberstraße 69. 759\*

**Grünfrucht-Geschäft**, gut gehend,  
wegen Umzug noch überhalb preis-  
wert zu verkaufen. Bismarckstraße 32.

**Zeitungsgeschäft** trancheilhaber  
sofort zu verkaufen, Rietz 50 Post.  
Ra erfragen Sorauerstraße 22, Barbier-  
Geschäft. 722\*

**Mehrere Jahrgänge „Reue Welt“**,  
Unterhaltungsblatt, „Wahrer Jakob“,  
Kuhbaum-Bericht verkauft billig  
Ranlesstraße 11, Quergebäude  
parterre. Rehe. 678\*

**Wardienhaus** Große Frankfurter-  
straße 9, parterre. 737\*

**Vorjährige elegante Herrenboots**  
aus feinsten Stoffen 9-12 Post.  
Verkauf Sonnabend und Sonntag,  
Berndthaus Germania, Unter den  
Linden 21, II. 9748\*

**Teppiche!** (schlechte) in allen  
Größen für die Hälfte des Wertes im  
Teppichlager Berlin, GodefrichsMarkt 4,  
Bahnhof Börsen. 111/2\*

**Spottblig!** Teppiche, Betten  
Steppdecken, Gardinen, Uhren, Ver-  
hänge, Kleider, etc. 6. Teilzahlungen  
gestattet. 8/8\*

**Wuschelkleider** 20, 00, Be-  
ritto 26, 00, Salentrommen mit Stufe  
35, 00, Wuschelwanne 50, 00, Wasch-  
schüssel 6, 00, Wuschelspiegel 10, 00, Spiegel-  
spind, zwei Wuschelstühle, Kuchensch-  
rank, Sofa, Schrank, Schrank, etc.  
mit Spiegel, Stühle, Teppich, Regu-  
lator, schöne Decken, etc. 3, 00, Küchen-  
einrichtung, mehrere (speziell) ver-  
käuflich Gartenstraße 148, eine Treppe  
hals oben. 7137\*

**Wohlfühlverkauf**, neue und ge-  
brauchte, Römer, Sebastianstr. 81.

**Kanarienvogel** und Weibchen,  
Prima - Buchmalerei, Köpenicker-  
straße 154a, IV. r. 7289\*

### Kindersachen.

Kindersachen, gebiegen, gut er-  
halten, verkauft billig. Leichter,  
Königsplatz 49, parterre. 6506\*

**Teppiche** mit Gardinen  
Fabrikatverlage Große Frankfurter-  
straße 9, parterre. 737\*

**Fahrräder**, großer Posten, 15 bis  
50, 00, neue 70-100, Jahresgarantie,  
Rehrad, Bedarfsartikel aller Art,  
Schlösser 2, 75, Federn 5, 00, Käfer,  
Vermauerstraße 21. 6715\*

**Musikwerke** mit auswechselbaren  
Rotoschleiben, für Reparaturen Musik-  
instrumente, geringe Teilzahlung,  
Kunzeberg, Landbergerstraße 13.

**Wolfsbrot**, blühend, für  
Blutarme, Brustkranke, Schwächliche,  
Gewichtszunahme, bessere Verdauung,  
überreichend, 14 Flaschen  
3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 exklusive.  
Nicht Frischwaren, Qualität ent-  
scheidend. Bortelstraße 119, Ringler,  
Vermauerstraße 119. 112/16\*

**Steppdecken** billig Fabrik Große  
Frankfurterstraße 9, parterre. 737\*

**Kanarienvogel**, Buchmalerei  
verkauft Brandt, Holzmarktstraße 9.

**Kolonialwaren**, Obst, Gemüse, mit  
Kasse in frankfurterweise billig ver-  
käuflich, Wogauerstraße 31. 7746\*

**Beit**, prokolliert, 17, -. Michel,  
Königsplatz 26. 7739\*

**Möbelfachende** kaufen vorteilhaft  
Einrichtungen, sowie einzelne Möbel,  
Säulenstühle, Wuschelstühle, 28,  
Godefrichs-Markts-Straße 4, 28. Riechen-  
schüssel, Schlösser 28, Riechen-  
schüssel, Kuchenschrank, etc. 3, 00,  
Küchen-einrichtung, mehrere (speziell) ver-  
käuflich Gartenstraße 148, eine Treppe  
hals oben. 7137\*

**Kanarienvogel** mit Weibchen, auch  
gebrauchte Möbel, Friedrichsstraße  
28, vom part. links. 7656\*

**Edelkaffee**, 2 Beine, 3200  
Mark verlässlich. Brunerstr. 23  
1000 Mark zu Kaufpreis 18. 723\*

**Alles Materialwaren-Geschäft** mit  
Kasse zu verkaufen Urbanstraße 33.

**Ringelstr. Nähmaschine** (Garantie)  
umständlicher 30, 00. Koch (Moabit),  
Bismarckstraße 57. 781\*

**Zahnteilerei**, Zahnreparaturen,  
500, verlässlich Auguststraße 51,  
Renzler. 7815\*

**Andertrittstelle**, Renzlerstr. 51,  
Andertritt verkauft Weiser, Ostfriesen-  
straße 8. 770\*

### Nähmaschinen.

preiswerteste Be-  
zugsmittel, ohne Teilzahlung, Woche 1, 00,  
Lieferung nach allen Stadtteilen so-  
fort. Landbergerstraße 82, Köpenicker-  
straße 60/61. 788\*

**Nußbaum** Wuschelstühle, Bettstül-  
chen, Spiegel, etc. neu, billig abgegeben  
Königsplatz 19, Ost IV. 7855\*

### Wohlfühlverkauf.

Wohlfühlverkauf, neue und ge-  
brauchte, Römer, Sebastianstr. 81.

**Wohlfühlverkauf**, neue und ge-  
brauchte, Römer, Sebastianstr. 81.

**Wohlfühlverkauf**, neue und ge-  
brauchte, Römer, Sebastianstr. 81.

### Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche.**

**Volkskrieger** - Gesellschaft Bewan-  
dungsbüro, Friedrichstraße 4. 781\*

**Jungfer Mann**, 27, mit sämtlichen  
schriftlichen Arbeiten vertraut, sucht  
Stellung irgend welcher Art, auch  
als Hausdiener oder Dreiarbeiter.  
Anträge bescheiden. Offerten an  
Otto Lehmann, Berlin, Krautstraße 38,  
bei Rothmann. 10232\*

**Fuhrmann** sucht Stellung im fahren  
für Berlin und Vororte. G. Kato,  
Charlottenburg, Wallstraße 14. 7840\*

**Stellengebote.**

**Geübte Feiler** auf Naturhölzer und  
auf Partrise verlangt sofort W. Rennert  
u. Co., Pringelstraße 36. 7866\*

**Barockvergoldner** und Maler  
gesucht, Partrise, Michaelstraße 17.

**Vollreifer** verlangt Köbelstraße  
Andreasstraße 57.

**Zimmerpolier**, tüchtig, praktisch  
erfahren, verlangen sofort Max  
u. Rieg, Zimmermeister, Ströber,  
Thüringerstraße 8. 7820\*

**Zuarbeiterin**, Schneiderei, geschult,  
Vegetarier, Dronienstraße 187. 7886\*

**Korsett-Arbeiterinnen** in und außer  
dem Hause gesucht. Woche 20-25 M.  
Dronienstraße 187, Quergebäude I.

**Jadett- und Fod-Näherinnen**,  
die flott liefern, verlangt. Langen-  
straße 23, I. 1798\*

**Lehrmädchen** zur Erlernung der  
Damen- und Herren-Moderei verlangt Frau Klara  
Schroder, Edingerstraße 10, Brieftr.  
gesch. 7148\*

**Ältere Frau** tagelöhner zu 1 Rinde  
gesucht. Kleine Andreasstraße 5,  
vom II links. 798\*

**Bessere Jadett-Arbeiterinnen** im  
Hause verlangt. Franzländerstr. 45.

**Mädchen** - Arbeiterinnen ver-  
langt Schmidt, Ströberstraße 58 III

**Mamsell** auf Ballett, 40. \*

### Wohlfühlverkauf.

Wohlfühlverkauf, neue und ge-  
brauchte, Römer, Sebastianstr. 81.

**Wohlfühlverkauf**, neue und ge-  
brauchte, Römer, Sebastianstr. 81.

**Wohlfühlverkauf**, neue und ge-  
brauchte, Römer, Sebastianstr. 81.

### Vermischte Anzeigen.

**Haselkuchen**, Kagen, Eingaben,  
Reklamationen, Puffer, Steglitzer-  
Kage 65. 426\*

**Rechtsbureau** „Reiter“, Pots-  
damerstraße 26 b. Karteileitung in  
schwierigen Fällen durch langjährigen  
Landgerichtsrat a. D. 487 b\*

**Rechtsbureau**, Letztwörterstraße  
Humboldtstr. 48, Eingabengeld, Karte-  
teilung. 9018\*

**Kokenfreie** Zahnärztliche Behand-  
lung, Zahnziehen, Zahnärztliche Zahn-  
klinik, Chausseestraße 1a. 9098\*

**Amstank** Zahnziehen, Brunnen-  
straße 42. Jährlich 9000 verschiedene  
Patienten. Dr. dental surgery  
Bischof. 4416\*

**Kunsttopferei** von Frau Kolobki,  
Steinbergstraße 48, Quergebäude hoch-  
parterre. 7716\*

**Reklamation!** Wer sich über diese  
nützliche Grafsamkeit unserer Zeit  
unterrichtend will, verlange die Pro-  
gramme des Weltbundes gegen Bio-  
sektion, welche unentgeltlich versendet  
werden vom Tierärztlichen Verein Berlin,  
Königsplatz 108. Dofelstr. können  
auch Referenten für Vorträge in  
Arbeitervereinen über Biosektion be-  
stellt werden. Um gütigen Abdruck  
wird gebeten. 1611\*

**Fahrräderbeleuchtung**, Alexandrinen-  
straße 55. 6308\*

**Recherchen**, Großhaus und  
alle andern Bücher, Kochstraße 56 I,  
Amt VI, 3397. 982K\*

**Bücherantiquar** zu höchsten Preisen,  
Ephraim, Partrisestraße 101. 1130/3\*

**Goldschmied**, Zahngehülfe, Uhren,  
Silber, feinst, Brunnenstraße 137,  
Uhrmacherladen. 5886\*

**Kanarienvogel** verkauft Bogel-  
handlung, Partrisestraße 6. 6545\*

### Vermietungen.

**Zimmer.**

**Möbliertes** Zimmer vermietet  
sofort Reumann, Stallmeister-  
straße 15, II. 7716\*

**Möbliertes** Zimmer vermietet  
Schäfer, Lützowstraße 8. 7686\*

**Schlafstellen.**

**Schlafstelle** zu vermieten zum  
1. März für Herrn Zu erfragen:  
Katz, Kabanen-Allee 96. 759\*

**Zuarbeiterin**, Schneiderei, geschult,  
Vegetarier, Dronienstraße 187. 7886\*

**Freundliche** Schlafstelle für junges  
Mädchen, Köpenickerstraße 24,  
Seitenflügel II links. 7125\*

**Mietsgesuche.**

**Handwerker** sucht ein feines,  
möbliertes Zimmer. Preisofferten  
erbeten unter O. 1902, Hauptpost-  
lagernd. 7729\*

### Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche.**

**Volkskrieger** - Gesellschaft Bewan-  
dungsbüro, Friedrichstraße 4. 781\*

**Jungfer Mann**, 27, mit sämtlichen  
schriftlichen Arbeiten vertraut, sucht  
Stellung irgend welcher Art, auch  
als Hausdiener oder Dreiarbeiter.  
Anträge bescheiden. Offerten an  
Otto Lehmann, Berlin, Krautstraße 38,  
bei Rothmann. 10232\*

**Fuhrmann** sucht Stellung im fahren  
für Berlin und Vororte. G. Kato,  
Charlottenburg, Wallstraße 14. 7840\*

**Stellengebote.**

**Geübte Feiler** auf Naturhölzer und  
auf Partrise verlangt sofort W. Rennert  
u. Co., Pringelstraße 36. 7866\*

**Barockvergoldner** und Maler  
gesucht, Partrise, Michaelstraße 17.

**Vollreifer** verlangt Köbelstraße  
Andreasstraße 57.

**Zimmerpolier**, tüchtig, praktisch  
erfahren, verlangen sofort Max  
u. Rieg, Zimmermeister, Ströber,  
Thüringerstraße 8. 7820\*

**Zuarbeiterin**, Schneiderei, geschult,  
Vegetarier, Dronienstraße 187. 7886\*

**Korsett-Arbeiterinnen** in und außer  
dem Hause gesucht. Woche 20-25 M.  
Dronienstraße 187, Quergebäude I.

**Jadett- und Fod-Näherinnen**,  
die flott liefern, verlangt. Langen-  
straße 23, I. 1798\*

**Lehrmädchen** zur Erlernung der  
Damen- und Herren-Moderei verlangt Frau Klara  
Schroder, Edingerstraße 10, Brieftr.  
gesch. 7148\*

**Ältere Frau** tagelöhner zu 1 Rinde  
gesucht. Kleine Andreasstraße 5,  
vom II links. 798\*

**Bessere Jadett-Arbeiterinnen** im  
Hause verlangt. Franzländerstr. 45.

**Mädchen** - Arbeiterinnen ver-  
langt Schmidt, Ströberstraße 58 III

**Mamsell** auf Ballett, 40. \*

### Wohlfühlverkauf.

Wohlfühlverkauf, neue und ge-  
brauchte, Römer, Sebastianstr. 81.

**Wohlfühlverkauf**, neue und ge-  
brauchte, Römer, Sebastianstr. 81.

**Wohlfühlverkauf**, neue und ge-  
brauchte, Römer, Sebastianstr. 81.



### Das Schulwesen im Stadthaushalts-Etat.

Das Schulwesen präsentiert sich in dem Stadthaushalts-Etat für 1902 ganz stillschweigend — wenigstens äußerlich. Es erfordert eine Ausgabe von 22 260 535 M., das ist fast ein Fünftel des gesamten 113 Millionen-Etats. Durch Einnahmen werden nur 2 941 590 M. gedeckt, so daß 19 318 945 M. aus dem Stadtkasse zugewandt werden müssen. Die städtischen Schulen bilden in Anbetracht dieser Summe den besondern Stolz des Berliner Freistaats; aber, wenn man genauer zusieht, dann erkennt man — trotz der blühenden Millionen — gerade sie sich als einen der wundensten Punkte in der reichshauptstädtischen Kommunalverwaltung. Im letzten Jahre hat unser städtisches Schulwesen zwar eine vollständige neue Leitung erhalten, indem beide Schulratsstellen neu besetzt wurden. Es erscheint aber leider nicht fraglos, ob die neuen Männer versuchen werden, ernstlich gegen die Stagnation anzukämpfen, die auf diesem Gebiet so lange geherrscht hat.

Für das Volksschulwesen, das Fundament des gesamten Unterrichtswesens, sind im Etat 15 275 441 M. ausgeworfen. Da an Einnahmen nur 1 025 578 M. erwartet werden, so sind 14 249 863 M. zuzuschlagen. Es ist nicht ohne Interesse, einmal darauf hinzuweisen, daß der allergrößte Teil der auszugebenden 15 275 441 M., nämlich 13 289 718 M., für „persönliche Kosten“ (Gehälter, Vertretungskosten etc.) draufgeht. Die Beamtengehälter spielen hier, wie man sieht, eine ungemein wichtige Rolle als in anderen Verwaltungen die Arbeiterlöhne. Das irreführende Verfahren, nur die Ausgaben zu nennen, ohne zugleich anzugeben, wie groß das Verwaltungsvermögen ist, wird übrigens bei den Gemeindefinanz von den Lobrednern der Berliner Kommunalverwaltung besonders gern geübt. In unseren Gemeindefinanzbüchern sind gegenwärtig rund 212 000 Kinder, pro Kind werden hiernach rund 72 M. ausgegeben und rund 71 M. zuzuschlagen. Für die Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen muß pro Kopf das Doppelte zuzuschlagen werden — trotz des Schulgeldes! Niemand verlangt einen ebenso hohen Zuschuß für die Gemeindefinanz; es ist aber leicht auszurechnen, daß auch keineswegs gleich eine Verdoppelung des Gemeindefinanzbedarfs erforderlich ist, um beispielsweise die vielbesagte Ueberfüllung der Gemeindefinanz zu beseitigen. Wir haben diesen Mangel und manchen andern, an dem die Berliner Gemeindefinanz krankt, oft genug erörtert und wollen die alten Klagen hier nicht zum so und sovielten Male wiederholen. Einer dieser Mängel soll ja nun beseitigt werden — aber wie! Das Etatsjahr 1902 steht unter dem Zeichen des Abschlusses der Verhandlungen über den neuen Lehrplan. Die neue Organisation wird in dem Etatentwurf als ein „Klassen-System“ bezeichnet, während sie diesen Namen doch nur sehr bedingungsweise verdient. Die famose „Oberklasse“, die als vorläufig nur fakultative Einrichtung beibehalten werden soll, ist gegenwärtig in 114 Exemplaren vorhanden, bei 249 Gemeindefinanzstellen. Der Etat für 1902 sieht nur eine Vermehrung auf 180 vor, die sich auf 208 Schulen verteilen werden. Da sind wir wirklich neugierig, wann das „Klassen-System“ einmal allgemein durchgeführt sein wird.

Als Fortsetzung der Gemeindefinanz gilt die Realschule, sie ist es aber tatsächlich nur für einen geringen Teil der Realschüler. Die Zahl der Realschulen steigt im neuen Etatsjahr auf 18, die Ausgabe auf 1 206 558 M., die Einnahme auf 421 278 M., der Zuschuß auf 785 280 M., wobei als Schülerzahl rund 5400 angenommen ist. Die 20 Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen mit voraussichtlich 12 200 Schülern werden nach dem Etat 8 229 997 M. Ausgabe und 1 420 328 M. Einnahme haben, also 1 809 667 M. Zuschuß erfordern. In gewissem Sinne will man auch diese Anstalten als eine Art Fortsetzung der Gemeindefinanz hinstellen. Im Zeitalter der Vorkursen kann man aber solchen Lusten nur lachen. Die Vorkursen der Vorkursen wäre die allererste Bedingung für die Ausübung einer allgemeinen Volksschule, aber wer darf hoffen, unsere freisinnigen Stadtväter für diese Forderung zu gewinnen! Nicht einmal das ist ihnen bisher abzugewinnen gewesen, daß die Vorkursen, wenn sie schon erhalten bleiben sollen, den Hauptaufgaben auch im Schulgeld gleichgestellt werden. Für die sechs höheren Mädchenschulen mit rund 4200 Schülerinnen sind im Etat 727 728 M. Ausgabe, 510 140 M. Einnahme, 217 588 M. Zuschuß angenommen. Ausgabe und Zuschuß sind hier um so viel geringer als bei den höheren Lehranstalten für Anaben, weil an den Mädchenschulen die Mehrzahl der Lehrkräfte Seminarbildung hat und daher geringer bezahlt wird. Auch die Mädchenschulen haben ihre Vorkursen, wenngleich der Name „Vorkurs“ hier vermieden ist. Als solche haben die drei untersten Klassen zu gelten, deren Befreiung mittels gleichfalls verlangt werden muß. Nebenbei bemerkt: ein Unterschied in der Schulgebühre wird hier nicht gemacht — verständigerweise. Realschulen für Mädchen haben wir noch nicht; auf die Dauer wird man sich aber der Aufgabe, solche Schulen zu schaffen, nicht entziehen können.

Für die bereits ins Leben hinausgetretenen, in Handel und Gewerbe tätige Jugend soll die Fortsetzung der Gemeindefinanz die „Fortbildung“ und die Fachschule sein. Auch sie ist es tatsächlich leider nur selten. Der Fortbildungsschulzwang — eine alte Forderung unserer Genossen im roten Hause, über die in diesen Tagen aufs neue entschieden werden soll — ist bei uns bisher nicht zu erreichen gewesen. Berlin kommt infolgedessen in seinem Fortbildungsschulwesen nach dem Etat für 1902 immer noch mit der lächerlich geringen Ausgabe von 519 583 M. aus und braucht, da 61 300 M. als Einnahme erwartet werden, nur 458 283 M. zuzulegen. Rehnlich steht es um das Fachschulwesen, das bei 832 805 M. Ausgabe und 286 055 M. Einnahme 546 750 M. Zuschuß erfordern wird.

Die besonderen Schulausrichtungen für Blinde und Taubstumme, die der schulpflichtigen Jugend und zum Teil auch den der Schule bereits entwachsenen Personen zu gute kommen, belasten den Etat nur wenig (250 125 M. Ausgabe, 115 207 M. Einnahme, 134 918 M. Zuschuß).

Für die im engeren Sinne erzieherische Seite des Schulwesens ist in Berlin bisher sehr wenig geschehen. Die Einsicht, daß die Schule nicht eine bloße Anstalt für Unterrichtsdienst sein, sondern sich auch einem möglichst weitgehenden Einfluß auf die Erziehung der Jugend sichern muß, bricht sich erst ganz langsam Bahn. In den städtischen Anfängen, die vorhanden sind, gehört die Pflege des Spiels, die in diesem Jahre erweitert werden soll. Auch die Rebenklassen (Vermehrung von 66 auf 80), die Stotterer-Lurze (5000 M. statt 2000 M.), die Frauenhäuser (Vermehrung von 15 auf 22) sind geeignet, den erzieherischen Einfluß der Schule zu steigern; doch gehören diese Einrichtungen ebenso, wie die Schulärzte, bereits in das Grenzgebiet zwischen Schul- und Gesundheitswesen. Für die Gottesdienste an Fortbildungsschulen usw., die der erzieherischen Beeinflussung der schulentlassenen Jugend dienen sollten, werden diesmal 6000 M. (statt 4000 M.) gefordert. Hier wäre einmal jene Sparfamkeit am Platze, die dem Schulwesen gegenüber sonst so gern beobachtet wird.

### Berliner Partei-Angelegenheiten.

Ueber „Socialdemokratie und Socialreform“ spricht am Mittwoch, den 26. Februar, abends 8 Uhr, Genossin Dr. Rosa Luxemburg in Gehns-Börsen (großer Saal), Deutschstr. 20/21, in einer Volksversammlung des ersten Kreises.

Reichstags-Abgeordneter Förster-Hamburg wird in einer im Roabiter-Saal stattfindenden Volksversammlung am Donnerstag abends 8 1/2 Uhr, stattfindenden Volksversammlung über: „Die Ursachen der Arbeitslosigkeit“ sprechen. Zahlreicher Besuch dieser Versammlung ist geboten.

Schöneberg. Heute abend 8 Uhr findet bei Obst, Meinfingerstraße 8, eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer statt, in der Reichstags-Abgeordneter August Webel über das Thema: „Der Sozialtarif und die Arbeiterklasse“ sprechen wird.

In Wilmersdorf findet morgen, Mittwoch abends 8 1/2 Uhr, bei Witte, Berlinerstr. 40, eine Volksversammlung statt, in der Gen. Reichstags-Abgeordneter Zubeil über: „Die Bedeutung der Gemeindevahlen“ referieren wird. Auch erfolgt die Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevorstellung. Parteigenossen, agitiert für zahlreicheren Besuch der Versammlung.

### Lokales.

#### Warum die Berliner Kinder „nicht spielen können“.

Die Berliner Jugend hat das Spielen ziemlich verlernt. Zum mindesten das Spiel im Freien, das Bewegungsspiel in harmlos-fröhlicher Gemeinschaft, ist in Berlin fast vollständig verkommen. Wer die Berliner Kinder beobachtet, wie sie auf den Straßen entweihen sich unbehilflich und gelangweilt umherdröseln oder in erteiltem Verbotungsdrang allerlei Unfug verüben, der wird diesem Urteil bedauernd zustimmen.

Wir haben seit einer langen Reihe von Jahren immer und immer wieder darauf hingewiesen, daß von Gemeinde wegen eingegriffen werden muß, wenn hier noch einmal eine Veränderung und Besserung erreicht werden soll. Vermehrung der öffentlichen Spielplätze und Förderung der Spielthätigkeit durch die Schule sind notwendig, um unsere Kinder wieder an ein richtiges Spiel zu gewöhnen. Erfreulicherweise ist diese Erkenntnis in den letzten Jahren mehr und mehr auch in den Kreisen der städtischen Verwaltung zum Durchbruch gekommen. Lange genug hat es ja gedauert, bis man sich hier entschloß, einen neuen Kurs anzubahnen. Man ist auch vorläufig noch immer nicht über das Stadium der Versuche hinausgekommen, aber schon das muß als ein Fortschritt angesehen werden, daß die städtische Verwaltung sich überhaupt erst mal zu Versuchen herbeigelassen hat. Das Experiment, den Gemeindefinanzstellen für die Sommerferien ein paar Schulklassen freizugeben, darf nach den im vorigen Sommer gesammelten Erfahrungen als durchaus glücklich gelten. Es soll in diesem Jahre in größerem Umfang wiederholt werden, und wir hoffen, daß im Anschluß daran die Vermehrung möglicher aller Schulhöfe durch die spielende Jugend zu einer dauernden Einrichtung werden und nicht nur auf die Ferien beschränkt bleiben wird.

Daß die Sache in Fluß gekommen ist, das ist wesentlich der socialdemokratischen Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung zu danken, die in dieser Richtung wiederholt Anregungen gegeben hat. Aber auch von anderer Seite ist mit dankenswerthem Eifer agitiert worden. Der rührige Verein für gesundheitsgemäße Erziehung der Jugend hat der Spielfrage schließendlich seine Aufmerksamkeit zugewendet. In dem gegenwärtigen Zeitpunkt will er zur weiteren Förderung der Angelegenheit sich mit einer beachtlichen Eingabe direkt an die städtische Verwaltung wenden. In der Vereinsversammlung vom Donnerstag hat der Gemeindefinanz-Rector D. Hing, der auf dem Gebiet der Schulgesundheitspflege eine emsige und mehrfach auch recht erfolgreiche Tätigkeit entfaltet, den Nachweis geführt, daß die Förderung der Jugendhilfe in Berlin nicht nur dringlich notwendig, sondern auch sehr wohl möglich ist. Der Verein hat eine von Herrn Hing vorgelegte Resolution angenommen. Er fordert darin: Einrichtung besonderer Spielstunden neben den Turnstunden; Vermehrung, bessere Reinigung und Lüftung der Turnhallen, die aber selbst im Winter nur bei ungünstiger Witterung statt der Höfe benutzt werden sollen; Vermehrung der öffentlichen Spielplätze, die den Mädchen in gleicher Weise wie den Anaben offen stehen sollen; Gleichstellung der Veranlassung von Schulausflügen, die auch den ärmeren Kindern ermöglicht und auch in den Ferien veranstaltet werden sollen; für den Winter mögliche Umwandlung der Spielplätze in Eisbahnen. Vorauszusetzt wird im übrigen, daß die Kinder beim Spiel mehr nur ausgelastet als „beaufsichtigt“ werden.

Noch wichtiger und wertvoller als die Unterstützung durch diesen Verein ist die Förderung, die die Spielfrage in neuerer Zeit aus den Kreisen der Lehrerschaft erhält. Es muß leider gesagt werden, daß die Berliner Lehrer sich lange recht müßig und teilnahmslos, ja vielfach geradezu ablehnend verhalten haben. Von dem Eifer, mit dem in der zweiten Hälfte der 60er Jahre die Berliner Volksschullehrer für die Vermehrung der Spielplätze eintraten und ihre Mitwirkung leisteten, ist in unsren Tagen nichts zu spüren gewesen. Aber endlich scheint sich auch hier eine Wandlung vollziehen zu wollen. Auch die „Vereinigung für Schulgesundheitspflege“, die beim Berliner Lehrerverein besteht, hat kürzlich — gleichfalls durch Herrn Rector Hing veranlaßt — den Beschluß gefaßt, der städtischen Verwaltung die oben skizzierten Forderungen vorzulegen.

Wir wünschen, daß die gesamte Lehrerschaft sich diesem Vorhaben anschließt. Sie würde damit einen heilsamen Dienst an die städtische Verwaltung ausüben. Von den Lehrern zu aller erst muß gefordert werden, daß sie für unsre spielbedürftigen Kinder eintreten, daß sie mithelfen, unsre heranwachsende Jugend wieder an richtiges Spielen zu gewöhnen. Wenn die Berliner Lehrer das zu rechter Zeit gethan hätten, dann wäre die Spielfrage heute — so weit das in einer Großstadt wie Berlin überhaupt möglich ist — wahrscheinlich längst gelöst.

#### Das Bürgerturn und der Jollwücher.

Mitglieder der städtischen Behörden haben sich heute schlußlich gemacht, eine Versammlung von deutschen Städte-Vertretern zwischen Ostern und Pfingsten nach Berlin zu berufen, um gegen die Zolltarif-Vorlage der Regierung Stellung zu nehmen.

Für die Neu- und Umplasterung zahlreicher Straßen sind in den städtischen Etat rund 4 Millionen Mark eingestellt worden, darunter allein 707 000 M. für die Umplasterung der Straße Unter den Linden zwischen Opernplatz und Pariser Platz. 15 Straßen beziehungsweise Teile derselben sollen neu- und 76 Straßen bezw. Strecken umgeplastert werden. Außerdem sind 8 Straßen zur Umplasterung in Aussicht genommen worden. 28 Straßen sollen Asphalt, und die übrigen Steinpflaster erhalten, nur ein Teil der Reichstraße und die Warschauer Brücke werden mit Holzpflaster belegt werden.

Für den Neubau des städtischen Untersuchungsamtes hat der zur Vorbereitung dieser Angelegenheit eingesetzte Stadtverordneten-Ausschuß das in Aussicht genommene Grundstück, Fischerstr. 39/42, für völlig ausreichend erachtet, nachdem auch Professor Dr. Prossauer sich gütlich dahin geäußert hat, daß, unter Zugrundelegung einer Mittelzahl von 80 Proben auf 1000 Personen, wie sich eine solche im Königreich Sachsen bewährt hat, für Berlin rund 60 000 Proben jährlich anzunehmen seien und hierzu das projektierte Gebäude genügenden Raum gewähre. Auf dem bezeichneten Grundstück sind 2044 Quadratmeter verfügbar, es braucht daher nicht auf die Offerte eines Agenten zurückgegriffen werden, der die Warenbörsen (Zeenpalast) mit 2850 Quadratmeter zum Preise von 1,8 Millionen Mark den städtischen Behörden offeriert hat. Nebenbei hat sich Professor Prossauer, der sowohl beim Bau des kaiserl. Gesundheitsamtes, wie auch bei dem des hygienischen Instituts reiche Erfahrungen gesammelt hat, bereit erklärt, die städtischen Behörden bei der Einrichtung des Gesundheitsamtes in der Fischerstraße mit Rat und That zu unterstützen. Der Antrag eines Mitgliedes, den Magistrat zu ersuchen, sich rechtzeitige über die Verdon des zukünftigen Direktors schlußlich zu machen, wurde abgelehnt, dahingegen fast einstimmig beschlossen, der Versammlung die Genehmigung des Vorentwurfs zu empfehlen. Nach dem soll der Magistrat er-

sucht werden, der Versammlung den speziellen Entwurf und Kostenanschlag vorzulegen.

Die Gewerbe-Deputation des Magistrats hatte an den Ausschuß für Gutachten etc. des Gewerbegerichts das Gutachten gerichtet, den Wert für freie Dienstkleidung (Uniformen) festzusetzen. Der Ausschuß hat festgesetzt, unter Berücksichtigung des § 6 des Gewerbe- und Unfallversicherungs-Gesetzes vom 30. Juni 1900, wonach der Wert der Naturalbezüge, welche ganz oder teilweise an Stelle des Gehaltes oder Lohnes treten, nach Orts-Durchschnittspreisen in Anschlag zu bringen, und die von der unteren Verwaltungsbehörde festgesetzt sind: Für Betriebsbeamte (Controleure, Techniker usw.) 40—45 M., für Arbeiter und sonstige Angestellte (Wagenführer, Schaffner, Hausdiener und Radler) 30—35 M., für jugendliche Arbeiter (Rauflungen, Portierjungen und Lehrlinge) 15 bis 20 M. Ferner wurde beschloffen, dem Handelsminister einen Antrag zu unterbreiten, der die Befreiung von Nichtständen in einigen Unterrichtsanstalten für Kravatten-Räherinnen und Plättereien usw. in Bezug auf die Ausbildung der Lernenden bezweckt. Sämtliche Lehranstalten, welche Lernende für ein Handwerk oder Gewerbe ausbilden, sollen danach, soweit diese nicht unter die Gewerbe-Ordnung fallen, ihre Streitigkeiten in Zukunft bei den Gewerbegerichten zum Austrag bringen.

Die Aufdeckung der Mißstände in Krankenhäusern, die Genosse Antick im Reichstage vornahm, haben nach zwei Seiten hin gewirkt. Während sich auf der einen Seite die Krankenhausbewertungen bemühen, das wichtige Anlagematerial Anticks als Uebertreibung hinzustellen und das Vorhandensein trasser Mißstände in Abrede zu stellen, werden auf der anderen Seite Stimmen laut, welche die vom Genossen Antick vorgebrachten Thatsachen nicht nur bestätigen, sondern das von ihm vorgebrachte Material noch ergänzen. Diese Stimmen kommen aus den Reihen derjenigen, die unter den geklagten Mißständen leiden, und die nun mit ihren Klagen hervortreten in der Hoffnung, daß auch ihnen durch öffentliche Besprechung ihrer Beschwerden geholfen werde. Verschiedene Zuschriften dieser Art sind in der letzten Zeit beim Genossen Antick eingelaufen. So wird ihm aus den Kreisen des Pflegepersonals der städtischen Irrenanstalten geschrieben: Ein Verabsolutieren mit Ihnen zu für das warme Interesse, welches Sie für unsre Verhältnisse betunden haben. Wir Pfleger und Pflegerinnen in Irrenanstalten sind durch den künftigen Umgang mit Geisteskranken großen Gefahren ausgesetzt. Wer wie ist der Lohn für unsre schwere Arbeit? Das Anfangsgehalt beträgt für Pfleger 35 M., für Pflegerinnen 24 M. monatlich bei freier Kleidung und Verköstigung. Für Kranken- und Invalidenversicherung werden uns monatlich gegen 2 M. abgezogen, dazu kommen noch vierteljährlich 1,37 M. resp. 87 Pf. Steuern. Die freie Verköstigung ist derart, daß wir ein Viertel unfres Gehalts verbrauchen, nur ein einzigemal andrerhand zu ernähren. Das ist den Verwaltern und Direktoren bekannt, aber eine Veränderung tritt trotzdem nicht ein. Wenn es nicht paßt, der kann gehen, so heißt es. Die Betroffenen hoffen, daß die Bekanntheit Ihrer Klagen eine Besserung der Verhältnisse zur Folge haben möge.

Eine Räherin schreibt, sie sei im Jahre 1890 gegen einen Tagelohn von 75 Pf. im Elisabeth-Krankenhaus mit Ausbessern von Wäsche beschäftigt worden. Sie leide seit jener Zeit an Tuberkulose, und könne sich auf ärztliche Gutachten stützen, welche besagen, daß sie sich die Krankheit durch Aufstellung bei ihrer Arbeit zugezogen habe, da die Wäsche, mit der sie zu thun hatte, von Tuberkulose-Kranken benutzt war, und nur in gewöhnlicher Weise gewaschen wurde ohne genügend desinfiziert worden zu sein. Die arme Räherin schreibt weiter, sie habe einen langwierigen Prozeß wegen Schadenersatz gegen die Verwaltung des Elisabeth-Krankenhauses geführt, sie sei aber mit ihren Ansprüchen nicht durchgedrungen, habe die erheblichen Kosten der ärztlichen Behandlung selbst tragen müssen, und befände sich nun, da sie infolge der Krankheit erwerbsunfähig sei, in den traurigsten Verhältnissen. Die Kenntnis mißt die Schuld an ihrem Unglück anscheinend nicht ohne Grund dem Anstande zu, daß man zu jeder Zeit im Elisabeth-Krankenhaus die infizierte Krankenschwester nicht mit derjenigen Sorgfalt behandelte, die den Umständen nach geboten war.

Zuschriften der vorstehenden Art beweisen zur Genüge, daß die Kritik, welche Antick an den Zuständen in Krankenhäusern übte, durchaus berechtigt und weit entfernt war von Uebertreibungen. Wir erwarten, daß man an maßgebender Stelle für Besserung sorgt.

Arbeitslosigkeit und Lebensbedürfnis. In den unter dieser Epithete am Sonnabend veröffentlichten Mitteilungen erfahren wir, daß der Verein zur Wahrung der Interessen der Rouler sowohl als auch der Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend eine sehr gut angelegte Bibliothek besitzen. In unsrem Artikel hatten wir die Centralorganisation der beiden Berufe ins Auge gefaßt.

Von der Hochbahn. Rund 50 000 Personen hat die Hochbahn nach vorläufigem Ueberschlag am Sonntag befördert. Trotzdem das Wetter nicht so sonnig war wie an den letzten Wochentagen, wurde der Sonntag doch von ganzen Scharen zu einer „Vesittungsfahrt“ benutzt. Man schaute lange Straßenbahn-Fahrten nicht, um zu einer der Hochbahn-Haltestellen zu gelangen. Meist wurde die ganze Strecke in der einen oder andren Richtung abgefahren, was bekanntlich in der dritten Klasse 15, in der zweiten 25 Pfg. kostet. Vieles konnte man auch bemerken, daß die Fahrgäste von dem Ansturm nach dem Absatz-Bahnhof pilgerten, um von dort die Rückfahrt anzutreten. So herrschte zeitweise auf den vorläufigen End-Haltestellen „Voldamer Platz“ und „Straßener Thor“ ein ganz gewaltiger Andrang. In den Stunden zwischen 11 Uhr vormittags und 7 Uhr abends waren die Züge fast ausnahmslos überfüllt. Selbst in der zweiten Klasse war kein Platz zu haben. Der Betrieb funktionierte tadellos, nur wurde über die Langsamkeit der Abfertigung an den Wästelhaltern manche Klage laut.

Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Beratung über die Wahl eines unbesetzten Stadtrats an Stelle des zum besetzten Stadtrat gewählten Dr. Wüsterberg tritt am Mittwochabend wiederum zusammen. Vorgesprochen ist der Kandidat Jordan, Charlottenburg.

Der Frauenarzt unter Auflage. In dem demnächst zur Verhandlung vor der ersten Strafkammer anstehenden ärztlichen Prozeß, den wir angekündigt haben, werden uns von unterrichteter Seite noch folgende ergänzende bezw. berichtende Mitteilungen gemacht: Der Anlaß zu diesem Prozeße, der zwei Jahre zurückliegt, hält seit längerer Zeit die medizinische Welt in Aufregung. Es handelt sich um einen der bekanntesten Gynäkologen Deutschlands, Professor Dr. D. Die Anklage nimmt Körperverletzung an (nicht mit tödlichem Ausgang), begangen an einer Patientin, die von dem Arzte operiert und von langsam, schmerzhaftem Leiden befreit worden ist. Die betreffende Patientin war von ihrem Hausarzt zu dem jetzt angeklagten Arzte geschickt worden, um sich einer Operation zu unterziehen, wie sie von ihm schon in weit als launisch Hüllen vorgenommen worden waren. Nach gründlicher Untersuchung und mit voller Einwilligung der Patientin fand die Operation statt, doch stellten sich während derselben neue, nicht vorhergesehene Komplikationen ein, die eine akute Lebensgefahr heraufbeschworen und die sofortige Vornahme einer größeren Operation, als sie ursprünglich beabsichtigt war, als notwendig erscheinen ließen. In dem Umstande nun, daß die Patientin zu dieser größeren Operation nicht anwesend, sich ihre Einwilligung geben konnte, weil sie sich in der Anstalt befand und die Gefahr der Verletzung eintrat, oder daß der Arzt die Patientin nicht vor der beabsichtigten leichteren Operation auf die Möglichkeit weiterer Erfahrungen hinwies, ist die Grundlage der Anklage gegeben. Diefelbe stützt sich auf ein Gutachten



der wissenschaftlichen Deputation, deren einziges auf diesem Gebiete sachverständiges Mitglied Prof. Olschhausen ist. Von seinen des angeklagten Arztes werden nun Gutachten vorgeführt von dem bekannten Gynäkologen Prof. Czerny, Heidelberg, Prof. Guffert, Berlin, Prof. v. Sintel-München, Prof. Schanz, Wien, Prof. Küstner, Breslau, Prof. Landau und Prof. Rohmann, Berlin, Prof. Taylor, Birmingham und vielen andern, die sämtlich rückhaltlos für den angeklagten Arzt und gegen das Gutachten der Deputation sich aussprechen. Der Antrag, den Referenten der Deputation als Gutachter vor Gericht zu laden, um persönlich seine wissenschaftliche Ansicht zu begründen, wurde trotz gerichtlichen Verlangens vom Kultusminister abgelehnt, eine Thatsache, die dem Abg. Gamp im preussischen Abgeordnetenhaus bereits zu einem Vorstoß Veranlassung gegeben hat. Die principielle und für das Publikum hochbedeutsame Seite des Prozesses ist in der Frage gegeben: Darf in Zukunft ein Arzt einem Patienten durch eine Operation das Leben retten, wenn eine außerordentliche Gefahr die Möglichkeit ausschließt, ihn vorher um seine Zustimmung zu erfragen, und könnte man es dem Arzt verargen, wenn er sich der Gefahr der Gefängnisstrafe entzieht, indem er den Patienten sterben läßt? Die Verhandlung wird bereits am 3. März (nicht am 5.) stattfinden.

**Das wankende Wilhelmshafenmal.** Wir lesen in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ folgende Mitteilung aus Berlin: „Sind die Fundamente des Nationaldenkmals an der Schloßfreiheit in Bewegung? Seit mehreren Jahren bemühte sich die Dortmund-Firma Rud. Leisner — infolge des eigenartigen Verhaltens des Reichsanwalts des Innern erfolglos — den Nachweis zu liefern, daß die an dem Wilhelmshafenmal zu Tage tretenden Risse und Rissebildungen nicht auf die Qualität der von ihr gelieferten Arbeiten zurückzuführen seien. In einem endlich vorliegenden Gutachten des vom Schiedsgericht erwählten Sachverständigen, des königlichen Baurats A. Kramer-Berlin, spricht sich dieser bestimmt dahin aus, daß die Schäden in dem Wilhelmshafenmal auf verfehlte Konstruktion des Unterbaus und auf die daraus folgende Bewegung der Fundamente zurückzuführen sind. Da in dem seiner Zeit mit Leisner abgeschlossenen Vertrage die Bewegungslosigkeit des Untergrundes garantiert wurde, so wird dem Bistum wohl nichts übrig bleiben, als der Firma Leisner die durch das Mißlingen ihrer Arbeiten erwachsenen Nachteile zu ersetzen.“

**Das Scharlach-Serum.** Im vorigen Jahre hat, wie damals gemeldet wurde, Professor Lehden in Berlin ein Serum gegen Scharlach hergestellt, ein sogenanntes Refonvaleszenten-Serum, d. h. ein solches, welches von Leuten gewonnen wurde, die den Scharlach überstanden hatten. Wenige Tage nach der Entfieberung wird bei den Refonvaleszenten ein schmerzloser Abstrich gemacht und aus dem abgelassenen Blut das Serum nach einer vom Assistenten Lehden, Dr. Blumenthal, ausgearbeiteten Methode gewonnen. Ueber die bisherigen Ergebnisse des Verfahrens teilt man der „N. Fr. Pr.“ jetzt interessante Einzelheiten mit. Mit einer Dosis von zwanzig Kubikcentimetern wurde das neue Mittel bisher fünfzehn Patienten injiziert, und zwar allen mit glänzendem Erfolge. Ueberraschend günstig verliefen fünf Fälle; die betreffenden Kranken, denen mit dem Serum am ersten Tage des Auftretens des Ausschlags Injektionen gemacht worden waren, waren bereits am nachfolgenden Tage absolut fieberfrei. Es waren im allgemeinen Scharlachfälle schweren Grades. Lehden, der das Serum nur an Erwachsenen selbst in Dosen von 40 Kubikcentimetern ohne die geringsten nachteiligen Folgen angewendet hat, spricht sich nunmehr, da auf seiner Klinik ausschließlich Erwachsene seien, für die gleichartige Behandlung scharlachkranker Kinder mit allerdings kleineren Dosen aus. Das Prinzip Lehden's bestand in der Thatsache, daß Menschen, welche einmal Scharlach überstanden haben, davon in der Folge zeitlebens nicht mehr befallen werden. Demnach müsse im Blute solcher Patienten ein Schicksalserbe entstehen, der ihnen eine lebenslängliche Immunität gegen diese Krankheit verleihe.

**Als Vörsenschwindler** entpuppte sich hier ein von Frankreich und Rußland aus geruchter Chefsäckler, der sich in einem erstklassigen Hotel der Friedrichstadt niedergelassen hatte. Er reist unter dem Namen eines amerikanischen Bürger's Jac Levin und suchte an der Börse Wertpapiere an den Mann zu bringen, die in Reims gestohlen wurden und in Frankreich als gestohlen geipert sind. Da nun solche Papiere, bevor sie an der hiesigen Börse gehandelt werden dürfen, amtlich gestempelt sein müssen, so besorgte der Pseudo-Amerikaner dies bei der Steuer. Dann kamen sie auf den Markt und sollten durch eine vorgeschobene Person verhandelt werden. Die Papiere wurden aber angehalten, nachdem man sich vorsichtigerweise bei der Kriminalpolizei erkundigt hatte. Diese hatte Kenntnis von dem Diebstahl und sah sich den vorgebliehen Levin, der als „reicher Amerikaner“ mit vieltem Gepäck und Dienerschaft reist und im Saal und Brand lebte, etwas genauer an. Bei der Polizei wies er sich mit guten amerikanischen Papieren aus, zeigte tiefe Enttäuschung, daß die Polizeibehörde sich mit seiner Person beschäftige und gab an, daß er sich schon seit langer Zeit aus seiner Heimat entfernt habe. Auffallend war in dem Verkehr mit ihm, daß er einen unerkennbar russischen Typus zu unterdrücken sich bestrebt. Weitere Forschungen ergaben dem auch, daß er ein aus Rußland gebürtiger, mehrfach dort und in Frankreich wegen Chefsäcklung bestraffter Mann zu sein scheint. Der angebliche Baron wurde zur Sicherheit vorläufig in Untersuchungshaft genommen.

**Von der Straßbahn totgefahren** wurde der 64-jährige, in Potsdam in der Schwanenstr. 5 wohnhafte Schneidermeister Schenk. Er wollte den Fahrdamm in der Kanonierstraße vor dem Hause Nr. 41/42 überqueren und zwar kurz vor einem Straßbahnwagen, trotzdem der Fahrer denselben ihn durch Juraß zu warnen versuchte. So geriet Schenk unter den Wagen und erlitt neben einer Quetschung der Brust und mehreren Rippenbrüchen auch schwere innere Verletzungen. Auf der Unfallstation in der Mauerstraße wurde dem Verwundeten die erste Hilfe zu teil, dann wurde er nach dem städtischen Krankenhaus Moabit gebracht, wo der Bedauernswerte, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, gestern morgen gestorben ist.

**Feuer im Krankenhaus Friedrichshain** alarmierte in der Nacht zum Sonntag die Feuerwehr. Im Arztzimmer einer Station wollte eine Schwester Watte aus einem Schrank nehmen, wobei ihr ein angezündetes Streichholz entfiel und die Watte in Brand setzte. Die benachrichtigte Feuerwehr fand bei ihrer Ankunft die Gefahr bereits beseitigt.

**Der fünfte Vortragabend** des Vereins „Berliner Weser“ findet am nächsten Donnerstag im großen Saale des Architektenhauses statt. Felix Gollaender, der Richter des „Thomas Lied“, wird an diesem Abend eine bisher ungedruckte Novelle lesen. Eintrittskarten sind zu haben in den Buchhandlungen von Amelang, Potsdamerstr. 126; Lazarus, Friedrichstraße 66; Speyer u. Peters, Unter den Linden 43; Woyte, Potsdamerstr. 13, und im Berliner Pressklub, Charlottenstr. 37.

**Drei Mitgliederbücher** des Textilarbeiter-Verbandes, welche die Nummern 79352, 135378 und 141849 tragen, sind verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, die Bücher im Arbeitsnachweis, Alie-Jacobstr. 66, bei Mißgel abzugeben.

**Feuerbericht.** Eine reiche Brandruhm hatte die Wehr in der Zwischenzeit zu verzeichnen. Sonntag früh kurz nach 6 Uhr wurde sie nach der Lübeckerstr. 27 gerufen, wo sich auf dem Hofe Steinbohlen entzündet und eine Bretterwand in Brand gesetzt hatten. Schonabendend gegen 9 Uhr brannte Unter den Linden 4 in dem Weiswangen-Geschäft von Fürstenthal (Jodeklub) der Inhalt eines Schaufensters und hatte die Wehr kurze Zeit mit Rohre Wasser zu geben, um die Flammen zu ersticken. Kurz darauf gingen in der Rührbergerstr. 67 Gardinen und Kleidungsstücke in Flammen auf. Gleichzeitig war durch Umfallen einer Petroleumlampe in der Zwingerstr. 46 ein Brand entstanden, der hauptsächlich Möbel beschädigte, aber noch in keine erlösch werden konnte. Nachmittags hatte auf dem Güterbahnhof Weiskusee in einer

Bretterbude eine Bretterwand Feuer gefangen, dessen Ablösung bald erfolgte. Montag früh 9 Uhr mußte in der Tomatenstr. 28 ein Brand abgelöscht werden, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. In der Bergmannstr. 88 brannten Gardinen und ein Korb mit Wäsche. Alarmierungen nach Klosterstr. 77/78 und Stralauerstr. 29/29 betrafen Zimmerbrände, die in kurzer Zeit beseitigt werden konnten.

#### Aus den Nachbarorten.

**Treptow-Baumkutschentum.** Unsere Gemeindevorsteher-Wahlen haben durch die Art, wie kurz vor Schluss des Wahlschlusses die Papierwähler — die bekannten Forensen — gewissen Herren schodweise aus allen Taschen herausquollen, eine gewisse Bekanntheit erlangt. Die Arbeiterschaft hat diese sonderbare Art Wähler stets mit dem größten Mißtrauen betrachtet, weil sie der festen Ueberzeugung war, daß es bei dieser massenhaften Produktion von Forensenstimmen unmöglich mit rechten Dingen zugehen könne. Unsere Genossen haben deshalb nach den Vorgängen bei der letzten Wahl im vergangenen Herbst der Gemeindebehörde unabweislich zu verstehen gegeben, daß die Wählerlisten in Zukunft einer strengen Prüfung unterworfen werden würden. Bei der Auslegung der Listen im Januar d. J. wurde dem auch den respektierenden Genossen von den dienstthuenden Beamten treuherzig versichert, daß alles in bester Ordnung sei, da man nach dem Orisstatut nur solche Forensen als Wähler eintragen habe, deren Bestium einen Hektar umfasse.

Wie wären die Arbeiter wieder hereingefallen, wenn sie diesen biedereren Versicherungen Glauben geschenkt hätten! Bei nur oberflächlicher Durchsicht der Wählerlisten ergab sich, daß unberechtigte Forensen wieder massenhaft eingetragen waren, und es wurde dem auch sofort gegen 22 derselben Einspruch erhoben.

Und der Erfolg? In der am vergangenen Freitag abgehaltenen Sitzung hat sich die Gemeindevorsteherung mit den eingelegten Protesten beschäftigt und bei 19 von den 22 angeforderten Forensenwählern sofort ohne jede Debatte zugegeben, daß die Eintragung unrechtmäßig erfolgt sei. Drei Proteste wurden verworfen, aber auch über sie ist noch nicht das letzte Wort gesprochen. Gewiß ein Beweis dafür, mit welcher Gewissenhaftigkeit die Listen angefertigt wurden und mit welcher Liebe man die so geschätzten Forensen behandelt hatte, die nun auf Betreiben des bösen Roten lang- und langsam wieder aus den Listen hinausgerudert werden mußten.

Weiter beschäftigte sich die Gemeindevorsteherung mit der Frage der Dauer der Wahlzeit bei der bevorstehenden Gemeindevorsteher-Wahl. Vom sozialdemokratischen Wahlverein war ein Antrag eingegangen, die Wahlzeit bis 8 Uhr abends auszuweiten, um so jedem Arbeiter die Möglichkeit zu gewähren, ohne pekuniären Verlust an der Wahl teilnehmen zu können. Dagegen hatte einer der patriotischen Drei-Männervereine gebeten, die Wahlzeit nur bis 6 Uhr abends dauern zu lassen. Recht und Billigkeit hochhaltend, wie immer, schloß sich natürlich die Mehrheit der Gemeindevorsteherung dem letzteren Antrage an. Die Wahlhandlung wird demnach bereits um 6 Uhr abends geschlossen werden.

Goffentlich werden die Arbeiter trotz alledem und alledem ihren Mann stehen.

**Nixdorf.** Die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion hat beschlossen, folgenden Antrag der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten: „Die Stadtverordneten-Versammlung möge den Magistrat ersuchen, baldmöglichst in gemischter Deputation mit den Stadtverordneten über den Erlaß eines Ortsstatuts bezüglich Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die Hausgewerbetreibenden zu beraten.“

**Charlottenburg.** Der von der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse veranstaltete Cylus hygienischer Vorträge abende wird auch diese Woche fortgesetzt, nur mit dem Unterschiede, daß der Besuch der dieswöchentlichen Vortragabend Dienstag, den 25. cr., in der Aula der Ober-Realschule, Schloßstraße 27, und Freitag, den 28. cr., in der Aula der Gemeindevorsteher-Schule, Goethestr. 22, nicht für jedermann, sondern nur für Frauen zugänglich ist. An beiden Abenden wird von namhaften Ärzten auf dem Gebiete des Studiums der Frauenkrankheiten über dieses Thema gesprochen. Wir empfehlen den Besuch dieser Vortragabend, die präzis 8 1/2 Uhr abends beginnen, wofür geschätzten weiblichen Lesern und Zuhörern die vortragenden Herren Ärzte gern bereit sind, einschlägige Fragen ihrer Zuhörer zu beantworten.

**Laubendiebe.** Ein Verbrecherflecht, drei „schwere Jungen“ aus Berlin, welche seit Monaten in Nixdorf und Umgebung die Laubenzweige heimlich und zahlreiche Diebstähle an Hühnern, Ziegen und Kaninchen ausführten, sind am Sonntag von der hiesigen Kriminalpolizei festgenommen worden. Die Namen der Diebe sind Josef Klose, Emil Hest und Wilhelm Mängel.

### Versammlungen.

**In der Monatsversammlung des Centralverbandes deutscher Brauer** hielt Tröger das einleitende Referat über den diesjährigen Delegiertentag. Besondere Bedeutung wies er ihm deshalb zu, weil auf ihm eine Umarbeitung resp. Reubereitung der Statuten stattfinden muß. Im übrigen warnte er vor einer Herabsetzung der Beiträge, ebenso aber auch vor einer Verkürzung der Karenzzeit und vor jeder Erhöhung der Leistungen in Fällen von Krankheit und Arbeitslosigkeit. Die bis jetzt vorliegenden Anträge des Hauptvorstandes, welche eine anderweitige Regelung des Unterstufungswehens bezwecken, bezeichnete er als wohlbedacht und durchaus annehmbar. Er selbst stellte dann noch einige Anträge und begründete sie, und zwar einen betr. Fortfall der Entschädigung von 0,50 M. für Vorstandssitzungen an Vorstandsmitglieder, weil an diesen Sitzungen auch die Vertrauensmänner teilnehmen, die nicht entschädigt werden. Der zweite Antrag verlangt Nummerierung der Markenscheide im Antragsbuch nach Wochen von 1-52. Zum Schluss verlangte er, daß die zu entscheidenden Delegiertenanträge, die hier abgelehnt worden sind, auf dem Delegiertentage als ihre eignen nicht wieder aufnehmen dürfen. In der Diskussion sprachen Richter, Hobapp, Abel, Heyder und Gaudorfer meist in zustimmendem Sinne. Die Anträge werden in der nächsten Versammlung noch weiter diskutiert.

**Von der Firma Wertheim** erhalten wir folgende Zuschrift: In der Nr. 45 des „Vorwärts“ vom 22. Februar ist ein Bericht über eine Sitzung der Gewerkschaftskommission enthalten. Gegenüber den in dieser Sitzung aufgestellten Behauptungen erklären wir, daß niemals ein Hausdiener gemahnt worden ist, weil er irgend einer Organisation angehört. Ebenso ist es unrichtig, daß die als Betriebsgenossenschaft bezeichneten mit uns in Verbindung stehenden „Berliner Betriebs-Verhältnisse“, G. m. b. H.“ zu dem Zwecke gegründet sind oder benutzt werden, um die Preise zu „drücken“ oder überhaupt um Lohnfragen zu regeln. Die in der Sitzung der Gewerkschaftskommission erhobenen Beschwerden über den Schneider-Larix der „Berliner Betriebs-Verhältnisse“, G. m. b. H.“ werden seitens des Vorstandes derselben unverzüglich auf ihre Berechtigung geprüft werden und es wird, wie uns der Vorstand mitteilt, falls sich deren Berechtigung herausstellt, Abhilfe geschaffen werden. W. Wertheim.

Die Erklärung befriedigt nur insofern, als die Firma sich bereit erklärt, die von dem Verband der Schneider erhobenen Beschwerden zu prüfen. Leider vermischen wir, daß die Firma in der Folge ihren ablehnenden Standpunkt, bei Beschwerden der Gewerkschaften mit diesen zu verhandeln, aufgibt. Die in der Gewerkschaftskommission beschriebenen Angelegenheiten wären gewiß durch gegenseitige Ansprache in der einfachsten Weise erledigt, denn der Firma Wertheim sollte es klar sein, daß die Gewerkschaften auf ihrem Standpunkt, als Vertreter der Arbeiter anerkannt zu werden, weiter beharren werden. Die Red.

**Centralverein der Bildhauer Deutschlands** (Vermittlungsstelle Berlin). Im Gewerkschaftshaus abends 8 1/2 Uhr Vortrag des Herrn Dr. Max Odum über „Künstlerische Kultur“. Bericht der Agitations-Kommission (Holzbranche), Wahl derselben, sowie der Vergütungs-Kommission.

**Achtung!** Alle im Massage-, Bade- und Krankenpflege-Berufe beschäftigten Personen. Mittwoch, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in den Kriminallisten, Kommandantenstr. 20. Reichstags-Abgeordneter D. Antik über: Herr Stadtrat Weigert und die schlechten Krankenwärter.

**Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands** (Bezirk Berlin). Kriminallisten, Kommandantenstr. 20, Mittwochabend 9 Uhr. Vortrag des Herrn Victor Brantel: „Derzen und Traufeldwahn“. Gäste sind willkommen.

### Vermischtes.

**Unglücksfälle beim Schlittschuhlaufen.** Die der „Frankfurter Oerzeitung“ aus Sonnenburg gemeldet wird, sind dort vier Anaben beim Schlittschuhlaufen eingebrochen, zwei sind ertrunken, zwei konnten gerettet werden. — In Wadstena, Schweden, sind Sonntag vier Arbeiter beim Schlittschuhlaufen ertrunken.

**In Ulen, Schweden,** wütete Sonntag eine heftige Feuersbrunst, bei welcher sieben Personen, darunter vier Kinder, um 6 Leben kamen.

**Die Erdbeben-Katastrophe in Schemacha.** Die Ausgrabungen in Schemacha finden unter Leitung von Sappuren statt. Es sind in Schemacha 5 Kommissionen gebildet worden: eine medizinische, eine Verpflegungskommission, eine Auswanderungs- oder Ueber-siedelungskommission, eine Ausgrabungskommission und eine Baukommission. Täglich verlassen Hunderte von Familien die Stadt, zum größten Teil auf Kosten des Komitees. — Im ganzen sind 4500 Häuser zerstört. In Schemacha ist Kälte und Schneefall eingetreten. — Seit zwei Tagen sind Typhus und Scharlach ausgebrochen. Menschen- und Tierleiden gehen in Verwesung über, es herrscht großer Mangel an warmen Räumen. — Der Landeschef des Kaukasus, Fürst Golizyn, ist gestern mit dem Vicedirektor seiner Kanzlei und dem Chef des Stabes des kaukasischen Militärbezirks nach Schemacha abgereist.

**Leo Tolstoj.** Nach dem gestern über das Befinden des Grafen Tolstoj ausgegebenen Krankheitsbericht läßt die Entzündung, einem Telegramm aus Jalta zufolge, allgemein nach. Die Temperatur ist normal, der Puls im ganzen befriedigend. Tolstoj selbst aber klagt über Schwäche.

**Portugiesisches Ueberbrett.** Man schreibt der „Ruffischen Zeitung“ aus Lissabon: Das schöne Lissaboner Opernhaus sah sich plötzlich in einen Augiasstall verwandelt, so daß sich die vornehmen Besucher unter wütenden Protesten weigerten, an den Vorstellungen teilzunehmen, ehe nicht eine große Reinigung vorgenommen würde. In den Karnevalstagen hatte allerdings eben dieses Publikum den Schmutz selbst, trotz der Vorstellungen des Imprefario heringeholt, es hatte außer mit Serpentinaen und Papierconfetti auch mit Mehl, Gips und selbst sogar mit Säugkeiten, Zahneluden usw. um sich geworfen, und Lefschel und Logen mit dicker Schmutzkruste bedeckt, darüber waren dann noch Ströme von Wein und parfümierten Wassern gespritzt worden, so daß das Theater schließlich wirklich eher einem Augiasstall als einem vornehmen königlichen Opernhause glich. Der Imprefario, im höchsten Grade gekränkt, beschloß, das Publikum dadurch zu strafen, daß er das Theater zur nächsten Galla-Vorstellung nicht mehr reinigen ließ. Kurz, als nun die auserlesene Gesellschaft, auch die königliche Familie am nächsten Abend in feinsten Toilette erschien, da vermochte sich niemand zu setzen aus Angst, seine Kleider zu ver-dorben. Der Imprefario wurde angepöffelt und bedroht, man wollte auf die Bühne dringen und Lynchjustiz üben und ein Sturm der Entrüstung brach von allen Seiten los. Auch der Gouverneur, welcher von seinerloge aus das Publikum zu beschwichtigen suchte, wurde von Herren und Damen ausgetrampelt, kurz, es blieb nichts andres übrig, als das elektrische Licht auszudrehen und die Zuschauer auf diese Weise zum Heimwege zu zwingen. Die Vorstellungen aber bleiben bis auf weiteres unterbrochen, bis es endlich gelingt, aus dem Augiasstall wieder ein königliches Theater zu machen.

**Schiffunglück.** Ein Telegramm aus Palermo meldet: Wie aus Marzomen gemeldet wird, ist der von Cyprien kommende russische Dampfer „Maria Gorianowna“ gestern bei Sturm an der Küste gescheitert. Drei Mann der Besatzung retteten sich in einem Boot, weitere 18, darunter der Kapitän und seine Frau, wurden durch ein Rettungsboot gerettet. Dode Nacht hereinbrach, wurde die Rettung der letzten vierzehn noch an Bord befindlichen Personen auf heute verschoben. Nach telegraphischer Mitteilung wurde der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Redar“ mit dem englischen Dampfer „Philadelphia“ im Schlepptau auf dem Atlantischen Ocean westwärts steuernd angetroffen. Voraus-sichtlich wird der „Redar“ den englischen Dampfer nach Halifax zu bringen versuchen.

**Marktpreise von Berlin am 22. Februar 1902**  
nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidiums.

|                       | 17.50 | 17.46 | 17.46 | 17.46 | 17.46 |
|-----------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| † Weizen, gut D.-Str. | 17.50 | 17.46 | 17.46 | 17.46 | 17.46 |
| „ mittel              | 17.42 | 17.38 | 17.38 | 17.38 | 17.38 |
| „ gering              | 17.34 | 17.30 | 17.30 | 17.30 | 17.30 |
| † Roggen, gut         | 14.95 | 14.94 | 14.94 | 14.94 | 14.94 |
| „ mittel              | 14.93 | 14.92 | 14.92 | 14.92 | 14.92 |
| „ gering              | 14.91 | 14.90 | 14.90 | 14.90 | 14.90 |
| * Gerst, gut          | 14.60 | 14.20 | 14.20 | 14.20 | 14.20 |
| „ mittel              | 14.10 | 13.70 | 13.70 | 13.70 | 13.70 |
| „ gering              | 13.60 | 13.30 | 13.30 | 13.30 | 13.30 |
| * Hafer, gut          | 17.20 | 16.70 | 16.70 | 16.70 | 16.70 |
| „ mittel              | 16.60 | 16.20 | 16.20 | 16.20 | 16.20 |
| „ gering              | 16.10 | 15.70 | 15.70 | 15.70 | 15.70 |
| † Weizen, 60 Stk.     | 7.16  | 6.82  | 6.82  | 6.82  | 6.82  |
| „ 60 Stk.             | 8.40  | 6.00  | 6.00  | 6.00  | 6.00  |
| † Gerst, 60 Stk.      | 4.00  | 2.50  | 2.50  | 2.50  | 2.50  |
| † Hafer, 60 Stk.      | 6.00  | 2.50  | 2.50  | 2.50  | 2.50  |
| † Weizen, 60 Stk.     | 6.00  | 2.00  | 2.00  | 2.00  | 2.00  |

† ab Bahn.  
\* frei Wagen und ab Bahn.

**Produktenmarkt vom 24. Februar.** Der Getreidemarkt war still, so daß die Umsätze belanglos blieben und neunendwerte Preisveränderungen ebenfalls ausgeschlossen waren. Als Grund der Teilnahmlosigkeit des Marktes galt der völlige Mangel an Anregung von außerhalb. Getreid-Lagern meldete anfangs schwächere, nachher leicht erholte Preispreise, und die amerikanischen Börsen waren vorgerufen erschienen. Bei hiesigen Plagen war eine einschneidende Tendenzrichtung kaum erkennbar. Weizen legte eine Kleinigkeit niedriger ein, konnte aber später seinen vorgelegten Preisstand wieder erreichen. Roggen erholte unverändert und zeigte späterhin einige Schwächeneigung infolge größerer, wenn auch unrentablen Angebots. Weizen war eher etwas schwächer, Hafer und Weizen bill und unverändert. Rüböl notierte 40 Pf. höher, da erneute Pariser Preissteigerungen Meinungskäufe veranlassen. Schluss für Getreide unverändert laßlos. Am Spiritusmarkt wurde Ter loco mit 34,30 M. (- 0,30) bezahlt.

**Witterungsübersicht vom 24. Februar 1902, morgens 8 Uhr.**

| Stationen  | Barometer | Wind | Witterung | Temp. u. G. | Stationen  | Barometer | Wind | Witterung | Temp. u. G. |
|------------|-----------|------|-----------|-------------|------------|-----------|------|-----------|-------------|
| Swinemünde | 766 DRD   | 1    | wolkent   | -2          | Bayreuth   | 761 W     | 2    | Schnee    | -8          |
| Danzburg   | 765 D     | 2    | wolkent   | -2          | Petersburg | 770 SSW   | 1    | wolkent   | -8          |
| Berlin     | 766 SD    | 1    | wolkent   | -2          | Corf       | 747 SSW   | 4    | Dunst     | 7           |
| Frankf./M. | 762 D     | 1    | wolkent   | -2          | Aberdeen   | —         | —    | —         | —           |
| München    | 762 SO    | 3    | Rebel     | -5          | Paris      | 766 SD    | 1    | bedekt    | 5           |
| Wien       | 766 D     | 1    | bedekt    | -4          | —          | —         | —    | —         | —           |

**Wetter-Prognose für Dienstag, den 25. Februar 1902.**  
Troden und zunächst mehr heiter, nachts Frost, am Tage mild bei mäßigen östlichen Winden; später zunehmende Bewölkung.  
Berliner Wetterbureau.